

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 12. Januar 2010

[www.epd.de](http://www.epd.de)

**Nr. 2**

## Stumme Krise im Osten – 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung

Texte einer Tagung vom 2. bis 4. Oktober 2009 in der  
Evangelischen Akademie Meißen

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Direktor:  
Jörg Bollmann  
Verlagsleiter:  
Frank Hinte  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur  
Peter Bosse-Brekenfeld  
Tel.: (069) 58 098 –135  
Fax: (069) 58 098 –294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

## ■ »Stumme Krise im Osten«

Die Tagung »Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung« bildete den dritten Teil der Veranstaltungsreihe »Wirtschaft im Dienst des Lebens«, die 2005 begonnen wurde.

Die Impulse für diese Reihe kamen aus der ökumenischen Debatte, die bereits Mitte der 1990er Jahre in den Weltbünden angestoßen wurde. Im AGAPE-Prozess nahm der Ökumenische Rat der Kirchen die Diskussionen auf und führte sie auch im Rahmen der Ökumenischen Dekade »Gewalt überwinden – Kirchen für Frieden und Versöhnung« weiter.

In Kooperation mit der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-luth. Landeskirche Sachsens, dem Ökumenischen Informationszentrum e.V. Dresden (ÖIZ) und wechselnden weiteren KooperationspartnerInnen wurden zuvor zwei Tagungen veranstaltet, die große Resonanz erfuhren.

Dies waren die Veranstaltungen »Wirtschaft im Dienst des Lebens. Die Herausforderungen der Globalisierung« vom 23. bis 25. September 2005 und »Solidarität – Die andere Globalisierung« vom 23. bis 25. März 2007. Bei der zweiten Tagung 2007 wurde das WORT AUS MEISSEN verabschiedet.

Ein weiterer Anlass für die diesjährige Tagung in dieser Reihe

war der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In Kooperation mit der *Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e.V.* hat sich der *Studienbereich Arbeitswelt & Wirtschaft* an der Ev. Akademie Meißen entschieden, den »Nachbau West« als Transformationsstrategie in vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas kritisch zu reflektieren und ihn im Kontext der Globalisierung zu diskutieren. Die geografische Lage und die Kooperationsbeziehungen der Meißner Akademie insbesondere mit der *Ökumenischen Akademie Prag* prädestinierten sie zu diesem Beitrag.  
(Einführung, Seite 4)

---

### Quellen:

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«

Überarbeitete Referate einer Tagung in der Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.

## Aus dem Inhalt:

### »Stumme Krise im Osten.

#### **20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung**

---

- ▶ »Vorwort zur Tagungsdokumentation« – Von Jörg Göpfert, Christine Müller, Dr. Bettina Musiolek, Elisabeth Naendorf: **4**

#### **Beiträge zur Tagung**

---

- ▶ Jan Wielgoß:  
»Einführung und Überblick: Sozioökonomie von 20 Jahren Transformation« **6**

- ▶ Jiří Silný:  
»Tschechien und Mittelosteuropa: Transformationen, Identitäten und Herausforderungen« **17**

- ▶ Vsevolod Chaplin:  
»Die Russisch-Orthodoxe Kirche und Wirtschaftsethik« **21**

- ▶ Sonja Lokar:  
»Transformation auf dem Balkan und ihre sozialen Folgen – Die EU und ihre Semi-Peripherie« **35**

- ▶ Gisela Kallenbach:  
»Wie sozial ist die EU? « **37**

- ▶ Michael Ralph:  
»Sozialpolitik in Europa: Antworten auf die Krise und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« **40**

- ▶ Patrick Roger Schnabel:  
»Quo vadis soziales Europa?« **44**

- ▶ Martin Schenk:  
»Quo vadis soziales Europa?« **50**

- ▶ Dr. Bettina Musiolek:  
»Arbeit und Akteure: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie in Mittelost-, Südosteuropa und der europäischen Clean Clothes Campaign« **52**

- ▶ Joachim Becker:  
»Osteuropa in der Krise: nur eine Finanzkrise oder Krise des Entwicklungsmodells? « **58**

- ▶ Klara Butting:  
»Weg oder Wippe - Auseinandersetzung mit der kirchlichen Rede von Sünde und Vergebung« **61**

- ▶ Jiří Silný:  
»Predigt« **66**

#### **Anhang**

---

- ▶ Tagungsprogramm **69**

- ▶ Die Tagungsreihe »Wirtschaften im Dienst des Lebens« **70**

- ▶ Das Wort aus Meißen (2007) **71**

## Vorwort zur Tagungsdokumentation

Von Jörg Göpfert, Christine Müller, Dr. Bettina Musiolek, Elisabeth Naendorf

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009



Die Tagung »Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung« (Programm vgl. Anhang 1) bildete den dritten Teil der Veranstaltungsreihe »Wirtschaft im Dienst des Lebens«, die 2005 begonnen wurde.

Die Impulse für diese Reihe kamen aus der ökumenischen Debatte, die bereits Mitte der 1990er Jahre in den Weltbünden angestoßen wurde. Im AGAPE-Prozess nahm der Ökumenische Rat der Kirchen die Diskussionen auf und führte sie auch im Rahmen der Ökumenischen Dekade »Gewalt überwinden – Kirchen für Frieden und Versöhnung« weiter.

In Kooperation mit der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-luth. Landeskirche Sachsens, dem Ökumenischen Informationszentrum e.V. Dresden (ÖIZ) und wechselnden weiteren KooperationspartnerInnen wurden zuvor zwei Tagungen veranstaltet, die große Resonanz erfuhren. Dies waren die Veranstaltungen »Wirtschaft im Dienst des Lebens. Die Herausforderungen der Globalisierung« vom 23. bis 25. September 2005 und »Solidarität – Die andere Globalisierung« vom 23. bis 25. März 2007 (vgl. Anhang 2). Bei der zweiten Tagung 2007 wurde das WORT AUS MEISSEN verabschiedet (siehe Anhang 3).

Ein weiterer Anlass für die diesjährige Tagung in dieser Reihe war der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In Kooperation mit der *Ev. Akademie Sach-*

*sen-Anhalt e.V.* hat sich der *Studienbereich Arbeitswelt & Wirtschaft* an der *Ev. Akademie Meißen* entschieden, den »Nachbau West« als Transformationsstrategie in vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas kritisch zu reflektieren und ihn im Kontext der Globalisierung zu diskutieren.<sup>1</sup> Die geografische Lage und die Kooperationsbeziehungen der Meißner Akademie insbesondere mit der *Ökumenischen Akademie Prag* prädestinierten sie zu diesem Beitrag.

Unser gemeinsamer Befund war, dass sich seit 1989 gravierende soziale Probleme in Ost- und Mitteleuropa herausgebildet haben. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Armut und massive Sozialängste breiten sich in der Region immer mehr aus. Doch die Menschen bleiben besorgniserregend stumm. Im Westen kaum wahrgenommen, kehren viele von ihnen dem »Projekt Europa« den Rücken. Osteuropa fungierte und fungiert als verlängerte Werkbank und finanzierte mit Niedriglöhnen und niedrigen Steuern westliche Investitionen mit. Ist mehr nicht geblieben vom »gemeinsamen Haus Europa«, auf das viele im Osten – auch heute noch – ihre Hoffnung setzen?

Wie in vielen Ländern des Südens herrschen auch in Ländern des Ostens Zustände, die marktradikal sind als in den Mutterländern des (angelsächsischen) Kapitalismus. Transformation hieß nicht Übergang in eine soziale Marktwirtschaft westeuropäischer Prägung. Nach den Erfahrungen mit dem Scheitern des Staatssozialismus müssen sich die Menschen in Ost- und Mitteleuropa nun mit dem Scheitern des Turbokapitalismus auseinandersetzen.

Eine zusätzliche Motivation für den Zuschnitt der Tagung sehen die VeranstalterInnen in den Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und den zugespitzten globalen Herausforderungen für den Planeten: »Im Nachhinein scheint es so klar, dass der Staatssozialismus zusammenbrach. Nur hat es sonderbarer Weise fast keiner vorausgesagt. Praktisch waren alle überrascht. Pläne und Modelle für den Umbau gab es keine. Jetzt erleben wir eine analoge Ratlosigkeit in einer viel gefährlicheren Situation des Zusammenspiels vieler Krisen, die immer mehr einer Systemkrise ähneln.« (Jiri Silný in diesem Heft)

Wir fragen, ob das Entwicklungsmodell »Nachbau West« für die ehemaligen staatssozialistischen

Länder tatsächlich und auch angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise funktionieren kann und soll. Welche Perspektiven sind zukunftsweisend für ein vielgestaltiges, friedliches und gerechtes Europa?

Diesen Fragen stellte sich die Tagung – wohl wissend, dass es keine perfekten und fertigen Antworten geben wird. Es wird deshalb auch weiterhin Aufgabe und Anliegen von Evangelischen Akademien und ihren Kooperationspartnern sein, existenzielle Fragen einer menschenwürdigen, umweltverträglichen und zukunftsfähigen Globalisierung in die Diskussion einzubringen.

**Jörg Göpfert**

Studienleiter Technikfolgen und Soziales, Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e.V., Lutherstadt Wittenberg

**Christine Müller**

Leiterin Arbeitsstelle Eine Welt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Leipzig

**Dr. Bettina Musiolek**

Studienleiterin Arbeitswelt & Wirtschaft, Ev. Akademie Meißen

**Elisabeth Naendorf**

Ökumene-Referentin, Ökumenisches Informationszentrum e.V., Dresden

**Dr. Jiri Silný**

Direktor, Ökumenische Akademie Prag e.V.

**Anmerkung:**

<sup>1</sup> Ergänzend zu dieser Tagung veranstaltet die Ev. Akademie Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2010 zum 20-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit die Tagung »Stumme Krise— geteiltes Land. Die Deutsche Einheit braucht frische Ideen«.



## Einführung und Überblick: Sozioökonomie von 20 Jahren Transformation

Von Jan Wielgohs

**»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009**

Als vor zwanzig Jahren die staatssozialistischen Ordnungen im Osten Europas zusammengebrochen waren, verkündeten die neuen politischen Führungseliten in allen betreffenden Ländern nahezu gleichlautend, ihren Gesellschaften durch die Einführung demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Ordnungen neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Der Übergang zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist bekanntlich nicht in allen Fällen gelungen. Kapitalistische Marktwirtschaften hingegen existieren heute überall im postsozialistischen Raum in der einen oder anderen Form. Allerdings war von Anfang an umstritten, in welchem Maße kapitalistische Wirtschaft mit Mechanismen und Institutionen des sozialen Ausgleichs kombiniert werden sollte.

In einigen Ländern gab es starke Plädoyers dafür, sich an skandinavischen oder kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten zu orientieren. In anderen gaben die Anhänger liberaler Marktwirtschaft angelsächsischer Prägung den Ton an. Nicht alle diese Bekenntnisse hatten Bestand. Die Verkündigungen der späten sowjetischen Führung, eine Art schwedischen Sozialismus anzustreben, haben in keinem der Nachfolgestaaten der UdSSR sichtbare Spuren hinterlassen. Und die tschechische Gesellschaft, der ihr damaliger Ministerpräsident Vaclav Klaus eine »Marktwirtschaft ohne Adjektiv« verhieß, hat bis heute ihre sozialstaatlichen Traditionen in einem im ostmitteleuropäischen Vergleich beachtlichen Maße bewahrt.

Im Ergebnis der Transformation hat sich die einstige »sozialistische Staatenwelt« inzwischen in die »most diverse region in the world«<sup>1</sup> verwandelt. Selbst unter den zehn Ländern, die seit 2004 bzw. 2007 der EU angehören, sind die Unterschiede hinsichtlich ihrer ökonomischen Modernisierung und wirtschaftlichen Leistungskraft, der sozialstaatlichen Institutionen und ihrer sozialen Verhältnisse erheblich.

Im Folgenden werde ich schlaglichtartig einige Trends der sozioökonomischen Entwicklung der

letzten zwanzig Jahre in Osteuropa darstellen, wobei ich mich auf eine sehr grobe Auswahl von Indikatoren beschränken und auf die neuen EU-Länder konzentrieren werde.

### Ausgangsbedingungen für die Wirtschaftstransformation

Äußere Beobachter haben die »Welt hinter dem Eisernen Vorhang« zumeist als einen weitgehend homogenen Block wahrgenommen. Dieser Eindruck war natürlich oberflächlich, denn auch damals gab es schon erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die zum Teil auf den unterschiedlichen Modernisierungsstand der Vorkriegszeit zurückgingen, zum Teil durch unterschiedliche Strategien der kommunistischen Führungen in den 1970er und 1980er Jahren bedingt waren. So waren Arbeitsproduktivität, wirtschaftliche Leistungskraft und damit verbunden der allgemeine Lebensstandard in der Tschechoslowakei und der DDR vergleichsweise weit entwickelt, in Rumänien am geringsten. Auch die institutionelle Ausgestaltung des Wirtschaftssystems war keineswegs einheitlich. Während beispielsweise Ungarn der Planungsmechanismus in den 1980er Jahren weitgehend flexibilisiert und durch die Zulassung begrenzter privatwirtschaftlicher Aktivitäten sowie Marktmechanismen ergänzt worden war, hatte die DDR-Führung bis zum Schluss an einer streng zentralisierten Kommandowirtschaft festgehalten. Von Belang für die spätere Transformation war schließlich auch das Niveau der seit den 1970er Jahren aufgehäuften Auslandsschulden, das 1989 in Ungarn und Polen extrem hoch war, während die CSSR und Rumänien nahezu schuldenfrei in die postsozialistische Ära starteten.

Neben diesen und weiteren Unterschieden lassen sich jedoch wichtige Gemeinsamkeiten in den Ausgangsbedingungen für die sozialökonomische Transformation ausmachen:

- Gemessen an westlichen Standards hatte die sozialistische Ära in allen betreffenden Ländern eine rückständige Wirtschaftsstruktur hinterlassen, was sich vor allem in einem vergleichsweise hohen Anteil klassischer Industrie und Landwirtschaft am Bruttoin-

landsprodukt (BIP) und der Beschäftigung manifestierte. Technologische Rückständigkeit und geringe Produktivität im Verbund mit der staatlichen Beschäftigungsgarantie hatten ein hohes Niveau an Überbeschäftigung zur Folge.

- Bis 1989 hatten die osteuropäischen Länder den überwiegenden Anteil ihres Außenhandels innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsverbunds RGW<sup>2</sup> abgewickelt. In Folge des Zerfalls des sowjetischen Imperiums und der außenwirtschaftlichen Neuorientierung der ersten postsozialistischen Regierungen waren 1990/91 die traditionellen Handels- und Kooperationsbeziehungen abrupt zusammengebrochen. Eine schnelle Umorientierung auf westliche Märkte war dadurch erschwert, dass die meisten Betriebe aufgrund ihrer Produktivitätsnachteile international kaum wettbewerbsfähig waren.
- Die Transformation ganzer Volkswirtschaften von einem System der zentralen Planwirtschaft auf der Basis von Staatseigentum in eine kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ordnung war ein Projekt, für das es in der Geschichte keine Vorbilder gab. Zwar war das Ziel – kapitalistische Marktwirtschaft nach westlichem Muster – im Groben bekannt, doch gab es kaum verlässliches Wissen hinsichtlich der Gestaltung des Übergangs. Die neuen Regierungen konnten sich bei der Konzipierung ihrer Reformpolitik daher kaum auf anderswo gemachte Erfahrungen stützen. In dieser, von hoher Unsicherheit gekennzeichneten Situation konnten schlichte Konzepte von einfach nachvollziehbarer Logik und mit bekannten Zielangaben leichter überzeugen, als hoch komplexe Reformideen, die zudem – wie diverse Konzeptionen von einem »Dritten Weg« - auf Vorstellungen einer künftigen sozialökonomischen Ordnung hinausliefen, für die es nirgendwo praktisch funktionierende Vorbilder gegeben hat. Ein derart überzeugendes, weil schlichtes Konzept bot Anfang der 1990er Jahre der sog. Washington Konsensus, der die Reformagenda gleichsam unterschiedslos für alle postso-

zialistischen Länder auf einen Katalog von drei Maßnahmenpaketen reduzierte – Liberalisierung, makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung. Mit diesem Programm erlangte marktliberales Denken in der ersten Hälfte der 1990er Jahre überall in Osteuropa die ideologische Hegemonie über sozioökonomische Transformationspolitik.

Die marktliberale Reformagenda umfasste im Wesentlichen folgende Maßnahmen: Freigabe der bis dato administrativ festgelegten Preise und Aufhebung zentraler Planungsvorgaben für den Binnenhandel, Abbau administrativer Restriktionen für den Außenhandel, Aufhebung der staatlichen Beschäftigungsgarantie (Liberalisierung); Subventionsabbau, Konsolidierung des Staatshaushalts, Einführung von Währungskonvertibilität und Währungsabwertung als Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und Exportförderung (Stabilisierung); Kommerzialisierung und Privatisierung der staatseigenen Unternehmen (Privatisierung).<sup>3</sup>

#### **Transformationskrise und wirtschaftlicher Aufschwung**

Zwischen 1990 und 1992 wurde in allen osteuropäischen Ländern das Gros dieser Maßnahmen eingeführt. Dabei sind sowohl in der zeitlichen Abfolge der einzelnen Reformschritte als auch hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung, insbesondere der Privatisierungspolitik, erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern zu verzeichnen, die zum großen Teil erklären, warum die ökonomische Transformation unterschiedlich erfolgreich verlaufen ist.<sup>4</sup>

In Folge des Zusammenbruchs der alten Handelsbeziehungen, der mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der frühen Liberalisierungsmaßnahmen brach 1990/91 in allen postsozialistischen Ländern die Wirtschaftsleistung rapide ein. In den meisten Fällen erreichte die *ökonomische Transformationskrise*, die enorme soziale Kosten nach sich zog, Dimensionen, die weit über das von Wirtschaftsexperten erwartete Maß hinausgingen.

**Tabelle 1:** Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab 1990 (1989 = 100 %)

	Rückgang insgesamt auf	Beginn des anhaltenden Wachstums	Stand von 1989 erreicht	2008 zu 89 = 100% *
Polen	82,2	1992	1996	154
Tschechien	84,6	1993	2001	139
Slowenien	82,0	1993	1997	151
Ungarn		1994		135
Rumänien	75,0	2000	2004	120
Slowakei	75,0	1994	2002	151
Bulgarien	65,7	1998	2006	107
Estland	60,8	1995	2004	150
Litauen	53,3	1995	2006	116
Lettland	50,9	1996	2006	124
Albanien	60,4	1993	1999	152
Belarus	62,7	1996	2003	146
Russland	55,2	1999	2007	102
Ukraine	36,6	2000	-	68
Moldowa	< 34,0	2000	-	51

Quellen: EBRD Transition Report 1998, 2003, \*2008; Beyer 2001 (für BIP 1990)

Im günstigsten Fall, in Polen, dauerte die Krise zwei Jahre. Die russische Volkswirtschaft brauchte 17 Jahre, um das Niveau von 1989 wieder zu erreichen. Die Ukraine und Moldova sind noch heute weit von ihrem Ausgangsniveau entfernt. Während des Abstiegs ging das reale BIP im Vergleich zu 1989 im besten Fall um 18 Prozent (Polen) zurück, in den schlimmsten Fällen um gut zwei Drittel (Ukraine, Moldawien). Die größten Einbrüche waren in den Nachfolgestaaten der UdSSR zu verzeichnen. Die Schrumpfung um 15 bis 18 Prozent in Tschechien, Polen und Slowenien nahmen sich dagegen geradezu moderat aus. In den Ländern, die 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurden, begann die Wirtschaft Mitte der 1990er Jahre wieder zu wachsen, in den GUS-Republiken erst Ende der 1990er oder im Jahr 2000. Polen, Slowenien und Estland liegen heute bereits um gut 50 Prozent über dem Stand von 1989. Berücksichtigt man die unterschiedliche Kaufkraft des Euro in den einzelnen Ländern, dann lag die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt der neuen EU-Länder im Jahr 2008 bei 63 Prozent des Mittelwerts für die EU-27 - zwischen 91 Prozent in Slowenien und 40 Prozent in Bulgarien (siehe Tabelle 6, linke Spalte).

Eine sozial gravierende Folge des ökonomischen Leistungseinbruchs und der Liberalisierung war – neben der zum Teil extremen Inflation der frühen 1990er Jahre, auf die ich hier nicht weiter eingehen kann – ein massiver *Abbau der Beschäftigung*. Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenraten in den neuen EU-Ländern seit 1991 (Raten über 15 % sind fett markiert; im unteren Teil zum Vergleich die Ländern mit die niedrigsten und den höchsten Raten in der EU-15 sowie die Werte für Deutschland). Insbesondere Polen, die Slowakei und Bulgarien hatten bis 2005 mit deutlich überdurchschnittlichen Raten zu kämpfen. Erst 2007 haben die neuen EU-Länder im Durchschnitt erstmals dieselben Werte wie die alten EU-Länder erreicht. Ein Teil des rapiden Rückgangs der Arbeitslosigkeit seit 2005, insbesondere in Polen und Litauen, dürfte allerdings der Migration zu verdanken sein. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit in Folge der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise vor allem im Baltikum und in Ungarn wieder schneller ansteigen wird als im EU-Durchschnitt.



**Tabelle 2:** Arbeitslosenraten in Ostmitteleuropa 1991-2007 (in Prozent)

	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007
Bulgarien	11,1	<b>16,4</b>	13,7	14,5	<b>15,7</b>	<b>19,5</b>	13,7	10,1	6,9
Estland	-	6,5	9,7	9,6	11,3	12,4	10,0	7,9	8,4
Lettland	0,6	8,7	<b>18,1</b>	<b>15,1</b>	14,0	12,9	10,5	8,9	6,0
Litauen	0,3	4,4	<b>17,5</b>	14,1	13,7	<b>16,5</b>	12,5	8,3	4,3
Polen	11,8	<b>16,4</b>	14,9	8,6	13,4	<b>18,3</b>	<b>19,7</b>	<b>17,8</b>	9,6
Rumänien	3,0	10,4	9,5	8,9	7,1	6,8	7,0	7,2	6,4
Slowakei	-	12,2	13,1	12,5	<b>16,4</b>	<b>19,3</b>	<b>17,6</b>	<b>16,3</b>	11,1
Slowenien	7,3	9,1	7,4	7,1	7,3	6,2	6,7	6,5	4,9
Tschechien	4,1	3,5	2,9	5,2	8,6	8,0	7,8	7,9	5,3
Ungarn	7,4	12,1	10,2	8,7	6,9	5,7	5,9	7,2	7,4
Ø EU-10	5,7	10,0	11,7	10,4	11,4	12,6	11,1	9,8	7,0
Ø EU-15					8,5	7,3	7,9	8,1	7,0
Holland					3,2	2,2	3,7	4,7	3,2
Österreich					3,9	3,6	4,3	5,2	4,4
Deutschland					8,2	7,6	9,3	10,7	8,4
Griechenland					12,0	10,7	9,7	9,9	8,3
Spanien					12,5	10,3	11,1	9,2	8,3

Quellen: EBRD 1999, 2003; ab 1999 Eurostat 2009

Deutlicher noch als in der Arbeitslosenstatistik, die aufgrund nationaler Unterschiede hinsichtlich der Kriterien für die Anerkennung und Registrierung von Arbeitslosigkeit ein nur bedingt vergleichbares Bild liefert, zeigen sich die Auswirkungen der Transformationskrise im Rückgang der Beschäftigungsquote, d.h. des Anteils der Beschäftigten an der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. In sechs der zehn Beitrittsländer ist die Beschäftigung in den ersten zehn Transformationsjahren um mehr als 20 Prozent geschrumpft, nur in Tschechien und Slowenien fiel der Rückgang relativ moderat aus. Zwischen 2000 und 2008 hat

sich der Rückstand gegenüber den EU-15 im Durchschnitt deutlich reduziert. Insbesondere die Frauenbeschäftigung ist erkennbar gestiegen. Allerdings gibt es auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Namentlich in Bulgarien und Lettland ist die Beschäftigung um mehr als 10 Prozentpunkte angestiegen, in Rumänien dagegen sogar wieder deutlich zurückgegangen. Insgesamt sind jedoch die neuen EU-Länder vom Beschäftigungsziel der Lissabonstrategie der EU – 70 Prozent Gesamtbeschäftigung bis 2010 – heute noch weiter entfernt als die alten.

**Tabelle 3:** Entwicklung der Beschäftigung 1990-2008 (Anteil der beschäftigten an der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Prozent)

	Rückgang der Beschäftigungsquote bis Ende 1999 in % gegenüber 1990	Beschäftigungsquote 2000		Beschäftigungsquote 2008	
		insg.	Frauen	insg.	Frauen
Lettland	- 31,2	57,5	53,8	68,6	65,4
Bulgarien	- 24,6	50,4	46,3	64,0	59,5
Ungarn	- 22,3	56,3	49,7	56,7	50,6
Rumänien	- 22,3	63,0	57,5	59,0	52,5
Slowakei	- 20,6	56,8	51,5	62,3	54,6
Estland	- 19,0*	60,4	56,9	69,8	66,3
Litauen	- 13,2	59,1	57,7	64,3	61,8
Tschechien	- 6,6	65,0	56,9	66,6	57,6
Slovenien	- 6,3	62,8	58,4	68,6	64,2
Polen	- 2,5	55,0	48,9	59,2	52,4
Ø EU-10	- 16,7	58,6	53,8	63,9	58,5
Ø EU-15	-	63,4	54,1	67,3	60,4
Dänemark	-	76,3	71,6	78,1	74,3
Holland	-	72,9	63,5	77,2	71,1
Deutschland	-	65,6	58,1	70,7	65,4
Griechenland	-	56,5	41,7	61,9	48,7
Italien	-	53,7	39,6	58,7	47,2

Quellen: EBRD Transition Report 1999, 2003; Eurostat 2009. \*gegenüber 1992

Zu den zentralen Komponenten der Reformagenda gehörte die *Privatisierung* der Unternehmen. In allen europäischen postsozialistischen Ländern war die Unternehmensprivatisierung Ende der 1990er Jahre weitgehend abgeschlossen. In einigen Staaten hat sie inzwischen auch weite Teile der Infrastruktur erreicht. Wie Tabelle 4 zeigt, liegt der Anteil des Privatsektors am BIP und an der Gesamtbeschäftigung heute in allen neuen EU-Ländern zwischen 70 und 80 Prozent, in Russland und der Ukraine nur geringfügig darunter. Mit der Privatisierung der Wirtschaft war auch die Öffnung für ausländische Investoren verbunden. In den neuen EU-Ländern wurde seit 1989 sechs bis sieben mal soviel ausländisches Kapital investiert wie in Russland und der Ukraine zusammen. Insbesondere Tschechien, Estland, Ungarn und die Slowakei haben sich zu überdurchschnittlich attraktiven Ökonomien für aus-

*ländische Direktinvestitionen* entwickelt. Von einheimischen Ökonomen wurde diese Entwicklung zum Teil ambivalent bewertet. Auf der einen Seite hat sie unbestreitbar zur Modernisierung der Wirtschaft beigetragen. Auf der anderen wurde mitunter kritisiert, dass von den ausländischen Unternehmen kaum Impulse (*spill over*-Effekte) für die in einheimischem Besitz befindlichen Sektoren ausgehen und letztere damit in wachsenden Modernisierungsrückstand geraten. Zudem wurde die Befürchtung geäußert, eine übermäßige Abhängigkeit von ausländischem Kapital könne die betreffenden Volkswirtschaften gegenüber externen Krisenimpulsen besonders anfällig machen. Die bislang absehbaren Auswirkungen der aktuellen Krise auf Estland und auch Ungarn scheinen dafür zu sprechen, die auf Tschechien und die Slowakei eher dagegen.

**Tabelle 4:** Privatisierung und Ausländische Direktinvestitionen

	Anteil des Privatsektors am BIP/ an der Gesamtbeschäftigung in %		Ausländische Direktinvestitionen kumulativ 1989-2007 in Millionen US\$	Ausländische Direktinvestitionen pro Kopf 1989-2007 in US\$
	1990	2007		
Tschechien	10	80/ 70	65.782	6.337
Estland	10	80/ 76	8.001	5.960
Ungarn	25	80/ 79*	48.557	4.829
Slowakei	10	80/ 75	23.579	4.366
Bulgarien	10	75/ 71*	29.444	3.854
Lettland	10	70/ 76	7.635	3.347
Polen	30	75/ 72	99.771	2.621
Litauen	10	75/ -	7.841	2.322
Rumänien	15	70/ 68	44.894	2.069
Slowenien	15	70/ 71	2.482	1.241
EU-10			<i>insg.</i> 337.986	Ø 3.695
Russland	5	65/-	25.045	176
Ukraine	10	65/-	31.070	674

Quelle: EBRD Transition Report 1999, 2008. \* Angabe von 2005

Ökonomische Modernisierungsfortschritte spiegeln sich insbesondere auch im *Wandel der sektoralen Wirtschaftsstruktur*. Wie Tabelle 5 zeigt, sind die Anteile von Industrie und Landwirtschaft an der Wirtschaftsleistung und Beschäftigung deutlich zugunsten des Dienstleistungssektors zurückgegangen. Am deutlichsten war der Rück-

gang der Industrie in Bulgarien, Lettland und Litauen, was allerdings vor allem daran liegen dürfte, dass hier veraltete Industrieanlagen in geringerem Maße als etwa in Tschechien und der Slowakei durch moderne Industrien ersetzt, sondern schlicht geschlossen wurden.

**Tabelle 5:** Veränderungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur (Angaben in Prozent)

	Anteil der Industrie am BIP		Anteil der Industrie an der Beschäftigung		Anteil des Agrarsektors am BIP	
	1991/92	2005	1990	2007	1992	2005
Bulgarien	/40,5	26,1	44,8	22,0	11,7	8,0
Estland	/27,5	25,3	36,8	22,9	12,6	3,2
Lettland	38,2/	19,1	40,6	17,2	17,2	3,5
Litauen	45,3/	29,9	41,2	19,5	14,3	5,1
Polen	40,2/	31,0	36,3	30,1	6,7	2,5
Rumänien	37,9/	24,6	38,1	32,0	18,9	8,4
Slowakei	/37,9	26,2	44,9	28,4	6,2	3,5
Slowenien	36,0/	23,9	49,2	35,5	5,2	2,4
Tschechien	/40,2	40,1	45,4	40,0	6,1	3,3
Ungarn	26,7/	26,6	36,4	32,6	6,7	5,8
Ø	37,0	27,3	41,4	28,0	10,6	4,6

Quelle: EBRD Transition Report 1999, 2008

### Ambivalente soziale Entwicklungen

Wie eingangs bereits angesprochen, fand die Transformation generell in einem Kontext statt, der seit den frühen 1990er Jahren durch die globale Hegemonie marktliberalen Denkens geprägt war. In der Sozialpolitik ist das besonders deutlich in der *Teilprivatisierung der Alterssicherungs-*

*systeme* zum Tragen gekommen. Sieben der zehn neuen EU-Länder haben diesen Weg inzwischen beschritten und mehr oder weniger modifizierte Versionen des Drei-Säulen-Systems eingeführt; Rumänien hat eine entsprechende Reform im Jahr 2000 beschlossen, aber noch nicht umgesetzt. In diesem Modell, das in den 1980er Jahren erstmals in Chile getestet wurde und seitdem von der Weltbank empfohlen wird, wird das herkömmli-

che umlagefinanzierte Verfahren der gesetzlichen Rentenversicherung (1. Säule), das auf dem Prinzip des Generationenvertrags basiert und in Westeuropa bis heute den überwiegenden Teil der Alterssicherung umfasst, durch eine obligatorische Rentenversicherung nach dem Kapitaldeckungsverfahren (2. Säule) ergänzt (oder im Extremfall ersetzt). Dabei werden die individuellen Rentenbeiträge durch private oder staatliche Rentenfonds auf dem Kapitalmarkt investiert. Die spätere Rente richtet sich dann nach der Wertentwicklung des individuell angesparten Kapitalstocks. Inwieweit die diversen Modifizierungen des Modells die Alterrenten vor der Abhängigkeit

von unberechenbaren Schwankungen und Turbulenzen an den Finanzmärkten zu schützen vermögen, wird sich allerdings erst in der Zukunft zeigen.<sup>5</sup>

Der Einfluss marktliberalen Denkens zeigt sich insbesondere auch in einem generellen Rückgang der *redistributiven Staatstätigkeit*. Der Anteil der staatlichen Gesamtausgaben am BIP ist 1997-2007 EU-weit gesunken. Steigerungen des Anteils gab es nur in Ländern, in denen dieser traditionell unter dem Durchschnitt lag – in Großbritannien und Portugal im Westen bzw. Rumänien im Osten.

**Tabelle 6:** Staatliche Gesamtausgaben und Sozialschutzausgaben (in Prozent am BIP)<sup>6</sup>

	BIP pro Kopf (KKS)		Reales BIP-Wachstum 2000-2007 1999 = 100%	staatliche Gesamtausgaben		Sozialschutzausgaben	
	Ø EU 27 = 100 %			1997/ 2007		2000/ 2007	
Slowenien	78	91	141 (4,4)*	44,8	42,4	24,2	21,4
Tschechien	73	80	141 (4,4)	43,2	42,5	19,5	18,6
Slowakei	51	72	154 (5,6)	49,0	34,4	19,4	16,0
Estland	42	68	190 (8,3)	37,5	34,8	13,9	12,5
Ungarn	51	63	130 (3,9)	52,2	49,8	19,6	22,3
Litauen	38	61	178 (7,5)	50,3	34,8	15,8	14,3
Polen	47	57	137 (4,1)	46,4	42,2	19,7	18,1
Lettland	35	56	196 (8,8)	36,3	35,9	15,3	11,0
Rumänien	26	46	155 (5,6)	34,9	36,0	13,0	12,8
Bulgarien	26	40	154 (5,5)	41,8	41,5	-	15,1
Ø EU-10	47	63	158 (5,8)	43,6	39,4	17,8	16,2
Ø EU-15	115	111	119 (2,8)	48,4	46,0	26,8	26,9
Luxemb.	215	253	144 (4,7)	40,7	36,2	19,6	19,3
Irland	115	136	160 (6,0)	36,7	36,2	13,9	18,9
Niederlande	127	135	119 (2,2)	47,5	45,5	24,4	28,4
Österreich	131	123	120 (2,3)	53,7	48,8	28,4	28,8
Schweden	123	121	127 (3,0)	60,9	52,5	30,1	29,7
Dänemark	133	118	116 (1,8)	56,6	51,0	28,9	28,9
Großbritannien	118	117	124 (2,7)	40,5	44,1	26,4	25,3
Deutschland	124	116	112 (1,5)	48,4	43,7	29,3	27,7
Belgien	126	115	119 (2,2)	51,1	48,4	26,5	29,5
Finnland	111	115	130 (3,3)	56,2	47,3	25,1	25,4
Frankr.	115	107	118 (2,1)	54,1	52,3	29,5	30,5
Spanien	93	104	133 (3,6)	41,6	39,2	20,3	21,0
Italien	119	100	112 (1,5)	50,3	47,9	24,7	26,7
Griechenland	85	94	139 (4,2)	44,8	44,4	23,5	24,4
Portugal	76	75	112 (1,4)	43,2	45,8	21,7	24,8

Quelle: Eurostat 2009; \* durchschnittliche jährliche Wachstumsrate.

Festzuhalten bleibt auch, dass der relative Umfang der Staatsausgaben in den neuen EU-Ländern im Schnitt stärker gesunken ist als in den alten, obwohl hier das BIP weitaus stärker gestiegen ist, die Schere zwischen Wirtschaftswachs-

tum und Staatstätigkeit also noch schneller gewachsen ist. 2007 lag der Anteil im Westen zwischen 36,2 Prozent in Luxemburg und Irland und 52,5 Prozent in Schweden. Im Osten lag er in der Hälfte der Länder unter 40 Prozent, wobei die

Slowakei mit 34,4 Prozent den niedrigsten Wert aufwies, Ungarn mit 49,8 Prozent den höchsten. Insgesamt ist der Unterschied zwischen Ost und West von 1997 bis 2007 gestiegen, obwohl sich die Differenz in der Wirtschaftsleistung deutlich reduziert hat. Das spricht dafür, dass marktliberale Konzepte im Osten noch stärkere Geltung erlangt haben als im Westen.

Hinsichtlich des Anteils der öffentlichen Sozialausgaben ist der Trend ähnlich. Seit 2000 ist er in allen neuen EU-Ländern zurück gegangen, außer in Ungarn. Im Westen ist er im Großen und Ganzen unverändert geblieben, leichte Steigerungen sind in südeuropäischen Ländern zu verzeichnen, die 2000 noch klar unter dem Durchschnitt lagen.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch darin, dass seit 2000 die *Armutgefährdung* im Durchschnitt sowohl der alten wie der neuen EU-Länder gestiegen ist – und dies trotz des erheblichen Anstiegs der Beschäftigung, was auf das wachsende Gewicht des Niedriglohnsektors verweist. In den neuen EU-Ländern war der Anstieg etwas stärker als in den alten, wobei das Niveau inzwischen gleich ist: Gut ein Viertel der Gesamtbevölkerung wäre im Osten wie im Westen ohne Sozialtransfers

von Armut bedroht. Durch staatliche Sozialleistungen wird dieser Anteil reduziert. Aber selbst nach Erhalt dieser Leistungen gelten im Westen heute durchschnittlich 15 Prozent, im Osten 17 Prozent als armutsgefährdet. In den neuen EU-Ländern ist der Anteil der Armen (nach Sozialtransfers) ausnahmslos angestiegen. Im Westen betraf das neun der 15 Länder, wobei der Anstieg in Deutschland am stärksten ausfiel.

Die Effektivität der staatlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung hat sich zwar in beiden Gruppen leicht erhöht, im Westen mehr als im Osten. 2007 wurden durch staatliche Sozialtransfers im Schnitt der alten EU-Ländern rund die Hälfte derjenigen Personen, die ohne staatliche Hilfe gefährdet wären, vor realer Armut geschützt, im Schnitt der neuen EU-Ländern knapp ein Drittel. Allerdings ist diese Effektivitätssteigerung deutlich hinter der Entwicklung der Wirtschaftsleistung zurück geblieben, die im Westen von 2000 bis 2007 um durchschnittlich ein Fünftel (19 %), im Osten um mehr als die Hälfte (58 %) gestiegen war. Wachsende Armut ist – neben der Zunahme des Billiglohnsektors – vor allem eine Folge des relativen Rückgangs der Staatstätigkeit.

**Tabelle 7:** Armutgefährdung in der EU 2001/ 2007 (in Prozent an der Gesamtbevölkerung)<sup>7</sup>

	Armutgefährdung vor Sozialtransfers		Armutgefährdung nach Sozialtransfers		Armutreduktion durch Sozialtransfers*	
	2001	2007	2001	2007	2001	2007
Rumänien	22	31	17	25	- 5	- 6
Bulgarien	18	26	16	22	- 2	- 4
Lettland	22	27	16	21	- 6	- 6
Litauen	24	26	17	19	- 7	- 7
Estland	25	25	18	19	- 7	- 6
Polen	31	27	16	17	- 15	- 10
Slowenien	17	23	11	12	- 6	- 11
Ungarn	17	29	11	12	- 8	- 17
Slowakei	-	18	-	11		- 9
Tschechien	18	20	8	10	- 10	- 10
Ø EU-10	21	25	14	17	- 7	- 8
Ø EU-15	24	26	15	15	-9	- 13
Griechenland	23	24	20	20	-3	- 4
Italien	22	24	19	20	-3	- 4
Spanien	23	26	19	20	-4	- 6
Großbritannien	28	30	18	19	-10	- 11
Portugal	24	24	20	18	-4	- 6
Irland	30	33	21	18	-9	- 15
Deutschland	21	25	11	15	-10	- 10
Belgien	23	28	13	15	-10	- 13
Luxemburg	23	23	12	14	-11	- 9

Finnland	29	29	11	13	-18	-16
Frankreich	26	26	13	13	-13	-13
Österreich	22	25	12	12	-10	-13
Dänemark	29	27	10	12	-19	-15
Schweden	17	28	9	11	-8	-17
Niederlande	22	21	11	10	-11	-11

Quelle: Eurostat 2009, \*eigene Berechnung.

Zu den aussagekräftigsten Indikatoren des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft zählt das Ausmaß der sozialen Ungleichheit. Wie Tabelle 8 zu entnehmen ist, ist in dem jetzt zu Ende gehenden Jahrzehnt die soziale Ungleichheit in der

Mehrzahl der EU-Länder gestiegen; unter den alten Mitgliedsstaaten ist der stärkste Anstieg für Deutschland zu verzeichnen, bei den Beitrittsländern für Rumänien und Bulgarien.<sup>8</sup>

**Tabelle 8:** Einkommenssteuern, öffentliche (monetäre) Sozialausgaben und soziale Ungleichheit in der EU (1997 und 2007)<sup>9</sup>

	Einkommens- u. Vermögenssteuer % am BIP		Sozialbeiträge % am BIP		Soziale Ungleichheit 2000 2007	
Rumänien	10,4	6,8	7,3	10,6	4,5	7,8
Bulgarien	11,2	6,6	10,0	8,7	3,7	6,9
Lettland	7,5	9,2	10,7	8,9	5,5	6,3
Litauen	8,9	9,3	8,5	8,9	5,0	5,9
Estland	9,3	7,8	11,4	11,1	6,3	5,5*
Polen	11,1	8,6	11,7	12,0	4,7	5,3
Ungarn	9,1	10,2	14,3	13,6	3,3	3,7
Tschechien	8,8	9,4	14,6	16,3	3,4	3,5
Slowakei	9,2	6,2	15,1	11,8	3,9	3,5*
Slowenien	7,4	9,5	14,5	14,0	3,2	3,3
Ø EU-10	9,3	8,4	11,8	11,6	4,3	5,2
Ø EU-15	13,0	13,8	15,2	13,6	4,5	4,9
Portugal	9,1	9,7	10,7	12,7	6,2	6,5
Griechenl.	7,0	7,9	11,9	13,9	5,8	6,0
Italien	15,8	15,1	15,0	13,3	4,8	5,5
Großbritannien	15,0	16,6	7,4	8,3	5,2	5,5
Spanien	10,3	12,9	12,8	13,0	5,4	5,3*
Deutschland	11,0	11,2	19,2	16,5	3,5	5,0
Irland	13,8	12,6	5,9	6,3	4,7	4,8
Luxemb.	16,4	13,4	11,1	11,0	3,7	4,0
Niederl.	12,1	12,0	16,2	14,3	4,1	4,0*
Belgien	16,8	16,3	16,3	15,7	4,3	3,9*
Frankreich	9,2	11,4	20,0	18,0	4,2	3,8*
Österreich	13,5	13,5	17,3	15,9	3,4	3,8
Finnland	18,4	17,5	13,3	12,0	3,3	3,7
Dänemark	30,3	29,6	2,0	1,9	3,0	3,7
Schweden	21,1	19,1	13,6	12,8	3,1	3,4

Quelle: Eurostat 2009

Als grober Trend ist auszumachen, dass in Ländern, in denen die einkommensabhängigen Steuer- und Sozialabgaben vergleichsweise gering sind, die soziale Ungleichheit relativ hoch ausfällt, wobei Einkommensungleichheit natürlich noch von weiteren Faktoren beeinflusst wird.

Damit, dass in den ehemals sozialistischen Ländern mit der Preisliberalisierung, dem Abbau der staatlichen Preissubventionen für Grundbedarfsgüter, der Beendigung administrativer Lohn- und Beschäftigungspolitik und der Privatisierung die soziale Ungleichheit deutlich ansteigen würde,

war von vornherein zu rechnen. Prominente Sozialwissenschaftler warnten davor, dass bei einer übermäßig ungleichen Verteilung der sozialen Kosten der Transformation die benachteiligten Bevölkerungsgruppen ihre neu erworbenen demokratischen Rechte dazu nutzen könnten, weitere Reformen politisch zu blockieren.<sup>10</sup> Der allgemeine Anstieg der Ungleichheit kam daher nicht überraschend. Nicht ohne weiteres zu erwarten waren dagegen die Unterschiede, die heute in dieser Hinsicht zwischen den postsozialistischen Ländern zu konstatieren sind. Denn namentlich in Bulgarien, Rumänien und den Staaten den ehemaligen Sowjetrepubliken, deren Bevölkerungen Sowjetologen und Ostforscher besonders stark ausgeprägte egalitäre Orientierungen zuschrieben, haben heute überdurchschnittlich hohe Ungleichheitswerte zu verzeichnen, ohne dass sich nennenswerte Protestbewegungen dagegen formiert hätten. Dagegen fallen die Werte für die vermeintlich »liberaler« orientierten Gesellschaften Sloweniens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns vergleichsweise moderat aus. Hier bewegt sich die soziale Ungleichheit heute in etwa auf dem Niveau von Skandinavien und Frankreich (bei freilich deutlich geringerem Lebensstandard), und noch klar unter dem von Deutschland.

Das im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohe Niveau der sozialen Ungleichheit einiger neuer EU-Länder, das nicht nur, aber auch nicht zuletzt

durch eine Abkoppelung der Reallohnentwicklung von den beachtlichen Produktivitätsfortschritten bedingt ist, hat eine seiner Ursachen zweifellos in der *strategischen Schwäche der Arbeitnehmerorganisationen*. Tabelle 9 zeigt die wichtigsten Unterschiede. Zwar ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit den 1990er Jahren auch im Westen zurückgegangen. Doch ist der Anteil der abhängig Beschäftigten, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, dort noch fast doppelt so hoch wie in den neuen EU-Ländern. Ein Grund dafür liegt insbesondere die Tatsache, dass in der Mehrzahl der neuen EU-Länder bislang kaum Branchentarifverträge abgeschlossen werden. Die Existenz von Gewerkschaften ist hier weitgehend auf den öffentlichen Dienst sowie große ehemalige Staatsunternehmen beschränkt. Der in den ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften heute dominierende Sektor kleiner und mittelständischer Privatunternehmen bildet dagegen eine weitgehend »gewerkschaftsfreie Zone«. Zwar ist der Anteil der abhängig Beschäftigten, die auf der Unternehmensebene durch Betriebsräte vertreten werden, höher als der gewerkschaftliche Organisationsgrad: Er bewegt sich zwischen 20 Prozent in Lettland und Polen auf der einen Seite und 50 Prozent in Slowenien auf der anderen. Das große Vertretungsdefizit für Arbeitnehmerinteressen im privaten Unternehmenssektor wird dadurch jedoch allenfalls etwas reduziert, nicht wirklich kompensiert.

**Tabelle 10:** Industrielle Beziehungen

	Organisationsgrad der Gewerkschaften		Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände 2006	Deckungsrate von Tarifverträgen 2006	Dominante Ebene der Tarifverhandlungen
	1995	2006			
Slowenien	63	44	40	100	B
Rumänien	-	35	75	50	B/U
Ungarn	63	17	40	40	U
Slowakei	75	22	30	40	B
Bulgarien	-	20	65	35	B
Tschechien	46	20	35	33	U
Polen	33	14	20	25	U
Estland	32	11	25	20	U
Lettland	28	16	25	18	U
Litauen	20	12	20	15	U
Ø EU-10	(45)	21	37	38	U
Ø EU-15	31	26	67	71	B

Quelle: Kohl 2005, 2008.11 U: Unternehmen; B: Branche

## Schlussbemerkung

Mit der Aufnahme der 10 ostmitteleuropäischen Länder ist das ökonomische und soziale Gefälle innerhalb der EU dramatisch angestiegen. Die in der Logik des EU-Binnenmarktes angelegte Standortkonkurrenz wurde dadurch weiter verschärft und stellt die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten zweifellos vor zusätzliche Herausforderungen. Die neuen EU-Länder deswegen als »trojanisches Pferd« der »Amerikanisierung« der EU zu brandmarken, scheint bei näherem Hinsehen dennoch nicht uneingeschränkt gerechtfertigt zu sein. Zum einen zeigen sie ganz erhebliche Unterschiede in ihrer sozialökonomischen Entwicklung. Während etwa die baltischen Länder tatsächlich eine dominant marktliberale Richtung eingeschlagen haben, ist die Tendenz in Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Slowenien weniger eindeutig. Zumindest die Werte für soziale Ungleichheit und Armutsgefährdung liegen hier auf einem den fortgeschrittenen westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten vergleichbaren Niveau.

Zum anderen ist daran zu erinnern, dass die marktliberalen Tendenzen, die in Westeuropa den »historischen Kompromiss« zwischen Kapital und Arbeit unterminieren und damit auch den in der Formel vom »Europäischen Sozialmodell« deklarierten Anspruch, wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich systematisch zu verkoppeln, keineswegs erst mit der EU-Osterweiterung eingesetzt haben. Diese Entwicklungen basieren vielmehr auf politischen Beschlüssen der führenden westlichen Industriestaaten, die lange vor den Umbrüchen in Osteuropa gefasst wurden – von der Aufkündigung des internationalen Währungssystems von Bretton Woods Anfang der 1970er Jahre, der Aufhebung der internationalen Kapitalverkehrskontrollen bis hin zur Grundkonstruktion des Europäischen Binnenmarktes, die Wettbewerbsfreiheit klare Priorität vor sozialen Standards einräumt und zugleich die sozialpolitische Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten zunehmend einschränkt. Vor diesem Hintergrund hatten die postsozialistischen Staaten in der Wahl ihrer reformpolitischen Strategien von vornherein wenig Spielraum. Angesichts dessen und der Dimension der ökonomischen Transformationskrise der 1990er Jahre, deren soziale Kosten für die betreffenden Gesellschaften weit höher ausfi-

len als die Auswirkungen der aktuellen Weltwirtschaftskrise auf irgendein westeuropäisches Land, sind die heute konstatierbaren Ergebnisse der Transformation in den neuen EU-Ländern im Großen und Ganzen als Erfolg zu bewerten.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Jeffrey S. Kopstein/ David A. Reilly: *Geographic Diffusion and the Transformation of the Postcommunist World*. In: *World Politics*, Heft 1/2000, S. 1.

<sup>2</sup> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; im Westen ehe als *Comcon* (Council for Mutual Economic Assistance) bekannt.

<sup>3</sup> Vgl. Jeffrey Sachs: *Crossing the Valley of Tears in East European Reform*. In: *Challenge* Heft 5/1991, S. 26-34.

<sup>4</sup> Vgl. Jürgen Beyer: *Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie – Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor*. In: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 169-190; Jan Wielgohs: *Varianten erfolgreicher Privatisierungspolitik*. Ebenda, S. 93-168; John Nellis: *Time to Rethink Privatization in Transition Economies?* In: Oleh Havrylyshyn/ Saleh M. Nsouli (Hrsg.): *A Decade of Transition: Achievements and Challenges*. Washington C.C.: IMF 2001, S. 160-193.

<sup>5</sup> *Freiwillige private Rentenversicherungen bilden die 3. Säule. Einen Überblick über den aktuellen Stand der Rentenreformen im postsozialistischen Raum bietet: Dmytro Ostapenko: Die politische Ökonomie der Rentenreform in der Ukraine*. Berlin: GSFP 2008, S. 92-102. Zur Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme generell vgl.: Alexandra Baum-Ceisig u.a.: *Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa*. Baden-Baden: Nomos 2008.

<sup>6</sup> *Sozialausgaben pro Kopf: ausgezahlte Leistungen der Sozialsysteme für Gesundheitsvorsorge, Renten (Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten), Arbeitslosigkeit, Familie/ Kinder, Wohnen, soziale Ausgrenzung*.

<sup>7</sup> *Als armutsgefährdet gilt der Anteil der Personen, die weniger als 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens beziehen*.

<sup>8</sup> *Die Länder, in denen die Ungleichheit entgegen dem allgemeinen Trend zurückgegangen ist, sind in der Tabelle mit \* gekennzeichnet*.

<sup>9</sup> *Ungleichheit der Einkommensverteilung: Verhältnis des Gesamteinkommens (verfügbares Äquivalenzeinkommen) der obersten 20 Prozent der Bevölkerung zum Gesamteinkommen der untersten 20 Prozent (Verteilungsquintile)*.

<sup>10</sup> Vgl. Claus Offe: *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit*. In: *Merkur* Jg. 45, 1991, S. 278-292.

<sup>11</sup> Heribert Kohl: *Arbeitsbeziehungen in den neuen EU-Mitgliedsländern und ihre Implikationen für das Europäische Sozialmodell*. In: Timm Beichelt/ Jan Wielgohs (Hrsg.): *Perspektiven der Europäischen Integration nach der EU-Osterweiterung*. FIT-Workshop Dokumentation, Frankfurt (Oder) 2005, S. 51-71; Ders.: *Where Do Trade Unions Stand Today in Eastern Europe?* Friedrich Ebert Stiftung, Briefing Papers 5/2008.



## Tschechien und Mitteleuropa: Transformationen, Identitäten und Herausforderungen

Von Jiří Silný

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009

### Perspektive/Identität

Wo liegt Tschechien? Die Tschechoslowakei lag vor der Wende im »Osten«, nach der Wende wurde sie ein Teil von »Central and Eastern Europe« (»CEE countries«), eines der »Mittel-Osteuropäischen Länder«. Das ist eine höflichere Alternative zu »postkommunistische Länder« und schließt auch die postsowjetischen Länder, aber nicht Russland ein. Die Tschechen verstehen sich natürlich seit jeher als die Mitte (oder romantisch: als Herz) Europas.

Es gibt seit ein paar Jahren die »Mitteleuropäische Initiative« zu der schon fast 15 Staaten gehören. Sie macht wenig Sinn. Ein kleines »Mitteleuropa« könnten die Staaten der »Visegrader Vier« sein (Tschechien, Polen, Ungarn und Slowakei), wenn sie sich gegenseitig etwas mehr mögen würden. Es gibt dann natürlich die Zugehörigkeit zu den »New Member States« der EU (NMS – auch Malta oder Zypern), aber da es auch schon neuere Mitgliedstaaten gibt (Rumänien und Bulgarien), sind die ehemals NMS jetzt »EU 12«. Der »Ostblock«, die Welt des Sozialismus, eigentlich die »Zweite Welt«, hat sich durch die Wiedereinführung des Kapitalismus geteilt: Manche haben es zur »Ersten Welt« (EU) gebracht, manche sind in die »Dritte Welt« zurück gefallen. Also »Globaler Norden« und »Globaler Süden/Osten« schien bis vor kurzem die zutreffende Teilung von heute zu sein. Aber die aktuelle Krise wird alles noch einmal verändern. Wer hätte so etwas vor 20 Jahren gedacht? Na ja, es gab schon solche Leute.

Am 18. November 1989 habe ich im Büro vom Professor Ulrich Duchrow an der Universität von Heidelberg die TV-Nachrichten von der großen Demonstration in Prag gesehen. Wir waren mit einer kleinen ökumenischen Gruppe aus der Tschechoslowakei dort zu Besuch. Er meinte damals: »Das was jetzt im Osten passiert, rettet den Kapitalismus für die nächsten dreißig Jahre.« »Worüber redet er denn?«, habe ich damals ge-

dacht. Jetzt scheint mir, dass ich besser verstehe, was er meinte.

Dagegen hat sich der berühmte Politologe Francis Fukuyama damals mächtig geirrt, als er behauptete, dass die Menschheit durch den Sieg der westlichen Demokratie und der kapitalistischen Marktwirtschaft am Ende der Geschichte angelangt sei. Er hat seinen Irrtum bald danach korrigiert.

Aber es war meiner Meinung nach gerade diese Art ideologischer Verblendung, in der viele unserer Politiker immer noch leben, die aus den letzten zwanzig Jahren die Periode der vertanen Chancen, der verlorenen kostbaren Zeit, die uns möglicherweise fehlen wird, gemacht hat. Mit uns meine ich jetzt nicht nur die Tschechen oder die Mitteleuropäer, sondern die Menschheit insgesamt angesichts der systemischen ökonomischen und ökologischen Krise von heute. Es wird kein leichter Weg für die existenziell notwendige Wende der planetaren Zivilisation in Richtung Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Ich werde versuchen, aus der angedeuteten Perspektive die sogenannte Transformation zu beschreiben und zu charakterisieren, um die heutigen Herausforderungen zu verdeutlichen.

### Die Samtene Revolution

Warum kam es zur Samteten Revolution, der »Wende« in der Tschechoslowakei? Im Nachhinein scheint es so klar, dass der Staatssozialismus zusammenbrach. Nur hat es sonderbarerweise fast keiner vorausgesagt. Praktisch waren alle überrascht. Pläne und Modelle für den Umbau gab es keine. Jetzt erleben wir eine analoge Ratlosigkeit in einer viel gefährlicheren Situation des Zusammenspiels vieler Krisen, die immer mehr einer Systemkrise ähneln.

Der Staatssozialismus hatte zwei wesentliche Mängel: Erstens die schwache Effektivität der Wirtschaft, die einerseits dem Rüstungswettlauf und andererseits der Systemkonkurrenz im Konsumgüterverbrauch und in der Entwicklung der Informationstechnologien nicht standhalten konnte. Und zweitens und entscheidend: die

wesentliche Beschränkung der Freiheit seiner Bürger. Beide Mängel hingen mit dem Bemühen um ideologische Kontrolle über die ganze Gesellschaft zusammen. Nach der Unterdrückung der Aufstände und Reformbemühungen versuchten einige Länder, den Unmut in der Bevölkerung mit besserer Versorgung (sogenanntem Gulaschsozialismus) aufzufangen. Das war jedoch nur unter Inkaufnahme einer Verschuldung möglich. In Ländern wie Ungarn und Polen liefen hohe Auslandsschulden des Staates auf, in der Tschechoslowakei gab es innere Schulden auf Kosten der Umwelt, der Infrastruktur und der Modernisierung der Wirtschaft. Rumänien hatte seine Auslandsschulden um den hohen Preis der massiven Verarmung der Bevölkerung unter einer schlimmen Diktatur beglichen.

Die Wirtschaftslage war freilich nicht der unmittelbare Grund des Zusammenbruchs. Keines dieser Länder war pleite im technischen Sinne, zahlungsunfähig, wie es heutzutage mehrere europäische Länder geworden sind und wie es real den Vereinigten Staaten droht. Auch die relative und absolute Armut war niedriger als es heute der Fall ist, das Wohlstandsgefälle, die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft waren wesentlich geringer, es gab praktisch keine Arbeitslose, kaum Obdachlose, die sozialen Systeme waren auf einem gemäßigten Niveau flächendeckend.

Aber selbst die Führungsschichten haben keine Vision für die Zukunft gehabt und so ver schwand die letzte Legitimation des Systems. In dieser Situation bekamen symbolische Gesten der Überwindung von Angst und das Einfordern von Bürgerrechten eine einigende Kraft, die sehr schnell den vorhandenen Unmut der Bevölkerung mobilisierte.

In der Tschechoslowakei war der Wendepunkt die Polizeigewalt gegen Studierende, die am 17. November, dem Weltstudententag, in Prag demonstrierten. Der Weltstudententag wurde nach dem zweiten Weltkrieg zur Erinnerung an die Verfolgung der tschechischen Studierenden in der Nazizeit ausgerufen. Die Tatsache, dass die kommunistische Polizei gerade an diesem Tag die Studierenden »wie die Nazis« geschlagen hatte, brachte in den nächsten Tagen hunderttausende Menschen auf die Straßen. Nach einer Woche, die mit Generalstreik endete, kapitulierte das Regime, ohne dass es noch von der einen oder anderen Seite zu Gewalt kam. Die Gefahr eines Armeeansatzes bestand allerdings. Eine interessante Hypothese besagt, dass er durch den

Druck aus Gorbatschows Moskau verhindert wurde. Immerhin war die sowjetische Armee im Lande massiv präsent. Auch eine der geschichtlichen Absurditäten.

Im tschechischen Kontext spricht man über die Revolution des Jahres 1989 – ähnlich dem Aufstand gegen die faschistische Besatzung im Mai 1945 – als einer demokratischen Umwälzung.

Transformation: »one size fits all« versus demokratischer Sozialismus und öko-soziale Marktwirtschaft

Um die Lage der Mitteleuropäischen Länder in der Krise zu verstehen, ist es notwendig sich die Ergebnisse der Transformation zu vergegenwärtigen.

Allgemein spricht man von gesellschaftlicher Transformation in eine demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung. Die Transformation war ein chaotischer Prozess, einerseits weil, wie gesagt, der Zusammenbruch unerwartet kam, andererseits weil eine derart schnelle und grundlegende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und der politischen Strukturen in dem riesigen geografischen Gebiet und der großen Vielfalt der staatssozialistischen Länder historisch beispiellos war. Regionale Zerfallsprozesse (Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Warschauer Pakt, RGW) verliefen parallel zu neuen Integrationen (NATO, EU, OECD, Weltbank und Internationaler Währungsfonds, WTO).

In der Tschechoslowakei war die Samtene Revolution – bald auch spöttisch Plüsch Revolution genannt – eher ein demokratisches als ein prokapitalistisches Projekt. Man sehnte sich nach Freiheit und Wohlstand – also etwa nach dem Modell der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. In seiner großen programmatischen Rede als Präsident Anfang 1990 sprach Václav Havel über eine gerechte Gesellschaft, in der es keine Privilegierten geben wird, ganz im Sinne der Ideen eines demokratischen Sozialismus. Diese Ideen waren allgemein akzeptiert. Aber die Zeiten änderten sich schnell. Entscheidend für die Transformation waren nicht die Vorstellungen der Bevölkerung, sondern die Strukturanpassung nach dem Muster des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der einheimischen »Marktbolschewisten« beispielsweise eines Václav Klaus. Das lief auf den bekannten neoliberalen Mix aus Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung hinaus. Genau dieses Modell führte uns in die aktuelle Krise – und wieder

müssen die Länder, die IWF-Kredite brauchen, um überhaupt funktionieren zu können, diesen Maßnahme-Cocktail als Kreditbedingungen akzeptieren.

### **Transformation und Korruption**

Ähnlich wie die Marxisten betonen auch die Neoliberalen die Bedeutung des Eigentums. Deshalb war und ist die Privatisierung so wichtig. Unter den fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen führte die schnelle, zwanghafte Privatisierung zu einer märchenhaften Bereicherung weniger. Das waren teils ehemalige kommunistische Manager und zum Teil ausländische »Investoren«. Im Tschechien der 90er Jahre schätzte man nüchtern die Verluste durch Privatisierungsbetrug auf 40 Milliarden €. Dazu kommen die »rechtmäßigen« Verluste, weil zu billig verkauft wurde. Die Versuche, auch die restlichen öffentlichen Dienste (Schulwesen, medizinische Versorgung und Rentensystem) zu privatisieren, konnten in Tschechien nur mit Mühe durch den Sturz der Regierung Topolanek verhindert werden.

Transparency International<sup>1</sup> zeigt, wie die Privatisierung Korruption begünstigte: Seit dem Jahre 1980 verkaufte die öffentliche Hand weltweit mehr als 100.000 große Firmen und noch mal so viele kleinere Betriebe für etwa 700 Milliarden USD, was nur ein Bruchteil ihres Wertes ausmacht. In den postsozialistischen Ländern wurden viele Betriebe praktisch verschenkt. Dieser Prozess erhöhte gleichzeitig Korruption und soziale Ungleichheit in der Gesellschaft. Einmal entstanden und genährt, plagen Korruption und Klientelismus die Gesellschaft bis heute auf allen Ebenen. Der damalige Präsident Václav Havel bezeichnete schon in den Neunzigern den erreichten Zustand als »Mafia-Kapitalismus« und auch in diesem Jahr hat er seine Kritik wiederholt – sonderbar inkonsequent, denn während seiner Amtszeit hat er wenig dagegen getan.

### **Beispiellose sozialpsychologische und sozialmedizinische Folgen der Transformation**

Eine Untersuchung, die in der englischen Medizinzeitschrift *The Lancet* im Januar 2009 erschien, zeigte, dass infolge der Massenprivatisierung in den postsozialistischen Ländern die Mortalität der erwachsenen Männer um 12,8 % stieg. In absoluten Zahlen heißt das: eine Million Männer. Nur dort wo es ein hohes Sozialkapital gab

(mehr als 45 % der Bevölkerung sind Mitglieder in Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen), gab es diese Korrelation nicht.<sup>2</sup>

Zusätzlich hatte der Zusammenbruch der Gesundheitssysteme in vielen postsozialistischen Ländern für Gesundheitszustand und Mortalität fatale Folgen.

Auch andere Daten zeigen, dass die Kosten der Transformation enorm waren: Überall gab es einen Rückgang des Pro-Kopf Einkommens und des Bruttosozialproduktes, teilweise sehr dramatisch, ohne historische Parallele und schlimmer als im Krieg. Und mehrere Länder haben es in den zwanzig Jahren nicht geschafft aufzuholen. Umso schlimmer werden sie nun von der aktuellen Krise heimgesucht.

### **Transformation in Tschechien**

Tschechien und ein paar andere mitteleuropäische Länder erlebten vor der aktuellen Krise einen wirtschaftlichen Aufschwung, der unter anderem auch mit dem Beitritt in die EU zusammenhing. Das Land gilt als eines der Beispiele für eine erfolgreiche Transformation. Nach außen zeigt sich Tschechien heute als ein neoliberales, pro-amerikanisches, euro-skeptisches Land, was allerdings die Meinung der Bevölkerung wenig repräsentiert. Es ist vielmehr das Bild, das die in den letzten Jahren regierenden Eliten vermitteln. In Tschechien und analog wohl auch anderswo ist eine Gesellschaft entstanden, in der die Gewinner vor allem die fähigen (manchmal zu allem fähigen) weißen Männer im produktiven Alter in den Metropolen sind. Es gibt große regionale Unterschiede und es gibt ganze Schichten, die von den positiven Veränderungen im Bereich der politischen Rechte und Freiheiten und des wirtschaftlichen Aufschwungs kaum profitieren können. In Tschechien ist das vor allem die Roma-Minderheit (etwa 300-400.000 Menschen), die ausgeschlossen, diskriminiert und nicht genügend vor rechter Gewalt geschützt wird. Tschechien war das letzte EU-Land, in dem die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU erst vor kurzem in nationales Recht umgesetzt wurde. Die proklamierte Gleichstellung der Geschlechter ist jedoch ökonomisch und politisch nicht umgesetzt. Ein anderes Beispiel für eine Transformationsbilanz: In Tschechien wird im EU-Vergleich pro Kopf das meiste CO<sub>2</sub> emittiert, ohne dass es

ein entsprechendes politisches Verantwortungsbewusstsein gäbe.

Die wenig kompetente, dafür aber arrogante Regierung Topolánek hat im Herbst 2008 nach dem Ausbruch der Krise ein Budget für 2009 mit einem über 4-prozentigen Wachstum des Brutto-sozialprodukts verabschiedet. Sie behauptete, dass uns die Krise nicht betreffe. Nun zeigt sich, dass der Irrtum eigentlich gering war: nur das Minuszeichen fehlte. So eine Regierung tut sich schwer mit Krisenmanagement – und wurde zu Recht gestürzt. Leider kam es zunächst nur zu einer Interimsregierung und erst im Frühjahr 2010 wird neu gewählt. Zwanzig Jahre nach der Wende ist die Lage der Gesellschaft sonderbar ähnlich unbefriedigend wie im alten Regime.

Im vorigen Jahr haben zum ersten Male nach der Wende ganz verschiedene Gruppen gegen die Regierungspolitik protestiert: Neben Gewerkschaften und den Gegnern des geplanten amerikanischen Militärstützpunktes auch solche, die vorher loyal zu den liberalen Reformen waren wie Ärzte und Ärztinnen, Studierende, Hochschullehrerinnen und -lehrer und Künstlerinnen und Künstler. Tschechien hat im Juni 2008 auch zum ersten Male seit der Wende einen Generalstreik erlebt und aktuell gibt es eine Regierungs- und Verfassungskrise. Andere Länder der Region erleben freilich noch viel schlimmere Zeiten mit riesigen wirtschaftlichen Problemen und entsprechenden politischen Krisenerscheinungen wie z.B. dem Anstieg der rechtsradikalen nationalistischen Kräfte. Die gibt es inzwischen auch in Tschechien – bisher jedoch marginal.

### Herausforderungen

Das Gefährliche ist, dass die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre in vieler Hinsicht eine schlechte Vorbereitung für die kommenden globalen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme darstellen. Die Gesellschaften sind durch entgegengesetzte Interessen, die man ruhig als Klasseninteressen bezeichnen kann, tief gespal-


ten, ohne aber effektive Mittel zur Konsensbildung zur Verfügung zu haben. Das Vertrauen in Demokratie und in Politik ist erschüttert, weil formale politische Demokratie gegen die Macht der partikulären privaten Wirtschaftsinteressen versagt. Die Bereitschaft, freiwillig Opfer zu tragen, ist aufgebraucht und die allgemeine Frustration ist hoch. Fast überflüssig festzustellen, dass es auch kaum politische Kräfte mit einem klaren Programm oder einer Vision für die Zukunft gibt.

Aber zuerst geht es darum, den Raum für ein würdiges Leben so offen und so aufnahmefähig wie möglich zu halten, die notwendigste Regulierung durchzusetzen und einen grundsätzlichen öffentlichen Diskurs über die Zukunft unserer Zivilisation zu initiieren oder wenigstens zu ermöglichen. Im tschechischen Kontext könnte das die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Ich bin mir aber nicht sicher, ob sie dem gewachsen ist.

Mir bleibt auch die Hoffnung, dass sich die unterschwelligeren Prozesse der Selbstheilung in den Gesellschaften durchsetzen – ähnlich wie vor zwanzig Jahren und in Tschechien auch vor vierzig Jahren – und dass es diesmal auch entsprechende institutionelle Formen annimmt. Dazu bietet die Krise eine Gelegenheit, weil vieles in Bewegung gerät. In einer solchen Situation können auch schwache Kräfte die Entwicklung beeinflussen. Es wird aber sicher nicht ohne intensives Bemühen von unten passieren. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure einschließlich Kirchen ist dabei sehr wichtig, vielleicht entscheidend.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Jahresbericht zitiert in Tageszeitung Pravo 24.9. 2009

<sup>2</sup> David Stuckler MPH, , Lawrence King PhD, Prof Martin McKee MD, *Mass privatisation and the post-communist mortality crisis: a cross-national analysis; The Lancet, Early Online Publication, 15 January 2009; doi:10.1016/S0140-6736(09)60005-2; Original Text* 

## Die Russisch-Orthodoxe Kirche und Wirtschaftsethik

Von Erzpriester Vsevolod Chaplin, Vorsitzender der Abteilung für Beziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft, Moskauer Patriarchat

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009

Die Lage von Wirtschaft und Gesellschaft in den post-sowjetischen Staaten seit 1990 ist für die Russisch-Orthodoxe Kirche ein wichtiges Beobachtungsobjekt geworden, und zwar durch ihre höchste Autorität, Priester und Laien, auch Mitarbeiter öffentlicher kirchlicher Organisationen. Das ist nicht überraschend, wenn man an die stürmischen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen denkt, die in Russland und den unabhängigen Staaten in der Zeit nach dem Totalita-

rismus stattgefunden haben und die jeden Einwohner betroffen haben. Da es die Berufung der Kirche ist, sich um das geistliche und materielle Wohlergehen aller Menschen zu kümmern, hat die Kirche auf diese Entwicklungen reagiert, indem sie versucht hat, die zahlreichen Fragen ihrer geistlichen Kinder zu beantworten. Während sich die Antwort der Kirche auf die neuen Entwicklungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich in den frühen 90er Jahren vor allem auf besonders dringende Probleme konzentrierte, hat sich die Kirche seit Ende der neunziger Jahre den tiefen ethischen Fragestellungen in diesem Bereich zugewandt.

### 1. Der Schock der frühen 90er Jahre: Wirtschaftliche Umwälzungen vor dem Hintergrund einer moralischen Krise

Der Zusammenbruch der Sowjetunion Ende der 80er Jahre hatte den Zerfall des politischen Systems zur Folge. Staat und Gesellschaft mussten sich an die schwierige Aufgabe begeben, die Wirtschaft dieser Großmacht, welche sich auf Schwerindustrie (hauptsächlich Rüstung) gründete, zu reformieren. Diese Aufgabe war in der Weltgeschichte ohne Präzedenzfall. Die meisten orthodoxen Christen freuten sich über den Zusammenbruch der Sowjetunion – nicht nur wegen des auferlegten Staatsatheismus, sondern auch wegen der extrem ideologisierten Wirtschaftspolitik, die der Gesellschaft gegen ihren Willen aufgedrückt worden war und die durch Repressionen die traditionelle russische Wirtschaftsordnung zerstört hatte. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es einen Konsens in den ehemaligen Sowjetstaaten, das die nicht nachhaltige sowjetische Wirtschaft durch Wirtschaftssysteme anderer Länder reformiert werden sollte.

Zu Beginn der 90er Jahre sah es mit der russischen Wirtschaft also so aus: Die Kontrollstrukturen der Sowjetwirtschaft waren abgeschafft, Marktmechanismen aktiviert, Staatseigentum wurde in großem Maße privatisiert. Die Reformer glaubten an die Macht und Wahrheit der westlichen neoliberalen wirtschaftlichen Doktrin. Ihr Lieblingsausdruck war »Schocktherapie«, die Russland im Laufe weniger Jahre Wohlstand bringen sollte. Sie verließen sich auf die »unsichtbare Hand des Marktes«. Der Leiter der ers-

ten Reformregierung, Jegor Gaidar, war sogar zehn Jahre nach Beginn der radikalen Umwälzungen noch der Ansicht: »Wenn wir eine Basis für Wirtschaftswachstum bauen, wird das Wirtschaftswachstum an sich die Vorstellung der Gesellschaft von dem, was passiert und passieren wird, verändern.« ([www.gaidar.org/rech/vcera.htm](http://www.gaidar.org/rech/vcera.htm)).

Die Vorstellung von der Wirtschaft als einem Bereich, der das ganze Leben einer Gesellschaft beeinflusst (einschließlich Religion, Moral und Politik) lässt die liberalen russischen Reformer ihren Vorgängern, den Kommunisten, ähnlich erscheinen. Beide maßen nicht-wirtschaftlichen Faktoren wenig Wert zu für das Leben von Land und Staat. Sie verließen sich auf den Markt, der »schon alles regeln würde«. Dies führte zu einer katastrophalen Krise öffentlicher Moral im politischen und wirtschaftlichen Leben. Die weiten Möglichkeiten für Privatinitiative, die sich nur boten, wurden nicht zuerst von ehrlichen Arbeitern ergriffen – denn diese hatten Schwierigkeiten, sich an die sich wiederholt ändernden »Spielregeln« so schnell anzupassen – stattdessen nutzten Menschen, die sich nicht mit einem Gewissen oder Prinzipien belasteten, die neuen Freiräume. Die Privatisierung wurde mit zweifelhaften Methoden durchgeführt. Es bereicherten sich diejenigen, die erst kurz zuvor Teil der sowjetischen Bürokratie gewesen waren und Kriminelle. Manche von ihnen konnten ein Vermögen von mehre-

ren Millionen durch ihre Nähe zu hohen Staatsbeamten oder durch illegale Zwangsmaßnahmen erwirtschaften. Die »Regeln«, die in der Welt Krimineller angewandt werden, waren lokal manchmal die einzigen Regulatoren wirtschaftlicher Beziehungen.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen wurden von einer enormen sozialen Tragödie begleitet. Während einige Wenige innerhalb kürzester Zeit Millionäre wurden, versanken Millionen anderer Menschen in Armut. Die Renten und Gehälter der meisten Menschen reichten gerade für karge Mahlzeiten – wenn sie denn ausgezahlt wurden, was häufig unregelmäßig oder gar nicht geschah. Was Leute sich zu Sowjetzeiten angespart hatten war nichts mehr wert. Wer in einer der riesigen Rüstungsfabriken gearbeitet hatte, wurde arbeitslos. Viele Kinder lebten auf der Straße – noch heute sind es Hunderttausende. Seit dem Bürgerkrieg 1918-1920 hatte es das nicht mehr gegeben. Das System freier Bildung und Gesundheitsfürsorge löste sich auf.

Der rapide Abschied von einem stabilen Sozialstaat, an den die Einwohner der Sowjetunion gewöhnt gewesen waren, führte zu einer großen Desillusionierung in der Reformpolitik und zu einer Demoralisierung der Gesellschaft. Viele Menschen verlangten eine Rückkehr zu der Sowjetwirtschaft, wodurch sich linksradikale Gruppierungen ermutigt fühlten und die Bedrohung der Rückkehr zum Totalitarismus in der Luft lag. Die Neureichen, die ihr Leben »gemeistert« hatten, spuckten vom Fernsehbildschirm aus öffentlich in die Gesichter derjenigen, die ihr Leben lang für das Wohlergehen des Landes hart gearbeitet hatten und nun als Konsequenz davon nicht nur ihren Anteil am Staatseigentum verloren hatten, sondern auch einen hinlänglichen Lebensunterhalt. Umfragen unter Kindern brachten zum Vor-

schein, dass die Wunschberufe der meisten von ihnen »Krimineller« und »Prostituierte« waren, da sie diese Berufe mit einem tollen Leben in der Großstadt verbanden.

Trotzdem muss man den Reformern zugestehen, dass sie das Unmögliche möglich gemacht haben: Ihr radikaler Umbau der Wirtschaft hat die legale und politische Grundlage für die Marktwirtschaft gelegt in einem Land, das niemals so etwas gekannt hatte. So wurde der vollständige Zerfall des Landes ebenso verhindert wie ein Bürgerkrieg oder Massenaufstände. Die Veränderungen gingen jedoch nicht so leicht von statten, wie die Reformen der frühen 90er Jahre es sich vorgestellt hatten. Zehn Jahre später gab Jegor Gaidar zu: »Unser wichtigster Verdienst liegt meiner Ansicht nach darin, dass wir dafür gesorgt haben, dass es einen Staat und eine Wirtschaft in unserem Land gibt. Staat und Wirtschaft sind nicht perfekt, aber es gibt sie und sie haben angefangen, zu funktionieren – ohne einen katastrophalen Zusammenbruch aller Institutionen eines zivilisierten Landes. Was ist uns nicht gelungen? Wir haben die Reformen nicht schnell und konsequent durchgeführt; es ist uns nicht gelungen, den Pfad, den wir nun in zehn Jahren zurückgelegt haben, schon in fünf Jahren zu schaffen, obwohl dies unser Plan gewesen war.«  
([www.gaidar.org/rech/vcera.htm](http://www.gaidar.org/rech/vcera.htm)).

Der moralische Verfall der Gesellschaft ist jedoch nicht das negativste Ergebnis der Zeit direkt nach der Perestroika. Das Ende des Ideals sozialer Gerechtigkeit, persönliche Tragödien der meisten Menschen, Verachtung, soziale Apathie, Hilflosigkeit gegenüber Industriemagnaten und Kriminellen – all dies lag auf dem Gewissen der Menschen wie eine schwere Last und beunruhigte deswegen auch die Kirche.

## 2. Orthodoxe Einschätzungen wirtschaftlicher Angelegenheiten in den 1990er und frühen 2000er Jahren

Die kritischen Reaktionen auf die wirtschaftlich-soziale Situation und die Rufe nach einer Rückkehr zu der totalitären Vergangenheit führten dazu, dass die kirchliche Hierarchie zu Beginn des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts aktiv wurde und ihre Positionen darlegte. Das erste größere Dokument, in dem es um wirtschaftliche Problemstellungen ging, war vermutlich der Appell des Bischofsrats der Russisch-Orthodoxen Kirche, welcher vom 31. März bis zum 4. April 1992 tagte.

In der pastoralen Botschaft hieß es insbesondere: »In unserem Wort, das sich an die Machthabenden richtet, geht es um Menschen, die voller Sorge an ihr tägliches Brot denken. Waisen und Behinderte, alte Menschen und kinderreiche Familien, Arbeitslose und diejenigen, die ihr Zuhause verlassen mussten, benötigen Unterstützung. In der Tat ist ihr Leiden das Leiden der ganzen Menschheit, wie in einem menschlichen Körper, denn »wenn ein Teil leidet, leiden alle anderen Teile mit« (1. Kor.12,26). Es sollte nicht verges-

sen werden, dass die vorrangige Aufgabe einer Gesellschaft darin besteht, sich um die Armen und Bedürftigen zu kümmern. Hieran kann die Würde und moralische Gesundheit einer Nation gemessen werden. Der Staat sollte seine Bürger nicht ihrem Schicksal überlassen. Sonst wird der bittere Kelch des Leids über uns alle kommen...

»Wir appellieren an die Bauern. Denkt daran, wie extrem wichtig eure Arbeit ist. Die Stabilität einer Gesellschaft und die Harmonie im Leben der Menschen hängen vor allem von eurer Arbeit ab. Lasst den Geist und die Tradition unseres ruhmreichen Ackerbaus wieder zum Leben kommen, seid fleißige Herren des Landes, arbeitet individuell oder mit anderen für euer Wohlergehen und für das eurer Nachbarn. Behandelt das Land, das schon von Generationen eurer Vorfahren bearbeitet worden ist und das laut dem Psalmisten Gott gehört mit Liebe und Sorgfalt.

»Wir appellieren an die Geschäftsleute – an diejenigen, die ihre Energie, ihr Talent und ihre Arbeit der Wiederbelebung des wirtschaftlichen Lebens gewidmet haben, welches durch die Jahrzehnte des Totalitarismus zerstört wurde. Erinnert euch daran, dass der Weg, den ihr eingeschlagen habt, ein solides moralisches Fundament benötigt. Ist dies nicht gegeben, kann es zu der Sünde der Geldgier führen. Vergesst nicht die Werke der Barmherzigkeit, auf dass ihr euch den Segen Gottes für eure Arbeit verdienen möget.

»Wir appellieren an alle Arbeiter. Ihr haltet in eurer Hand die Zukunft der Menschen, deren Wohlergehen heutzutage nicht so sehr von einem System als von der Persönlichkeit abhängig ist, von persönlichen Handlungen und den inneren Intentionen der Persönlichkeit. Hört auf, euch von anderen für ihre eigenen schändlichen politischen Absichten benutzen zu lassen. Wenn ihr eure lebensnotwendigen Interessen schützt, denkt nicht nur an euer eigenes materielles Wohlergehen, sondern auch an das Wohlergehen der Gesamtgesellschaft.« (Mitteilungsblatt der Abteilung für Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats, 1992).

Wie aus diesem langen Zitat ersichtlich wird, wandte sich die Höchste Autorität der Russischen Kirche mit ihrem Ruf nach moralischem Verhalten in Wirtschaft und Sozialleben an ganz normale Arbeiter in den Städten und auf dem Lande, die darum bemüht waren, ihren Platz in der neuen Marktwirtschaft zu finden und die langsam ihren Weg durch Versuche politischer Manipulation hindurch fanden. Ebenso wandte sich der Appell

an Unternehmer, die in der neuen Situation schnell wirtschaftliche und politische Macht bekamen. Diese Art von Appell, die sich sowohl an Arbeiter wie auch an Arbeitgeber wandte, entwickelte sich zu einem Charakteristikum der Stellungnahmen der Kirche zu wirtschaftlichen Fragen.

Zu den vorrangigsten Problemen, welches für Millionen in den 90er Jahren zu einer Überlebensfrage wurde, gehörte die chronische und massenhafte Nicht-Auszahlung von Gehältern und Pensionen, sowohl durch den Staat als auch durch Unternehmer. Viele von ihnen waren darauf aus, für möglichst wenig Geld Unternehmen zu kaufen, manchmal sogar nur die Anlagen und das Land, und sie dann mit größtmöglichem Profit wieder zu verkaufen – sie aber nicht in irgendeiner Art und Weise zu entwickeln. Am 28. Dezember 1996 gaben seine Heiligkeit, der Patriarch Alexei II. von Moskau und ganz Russland und die Heilige Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche eine besondere Stellungnahme über dieses Problem der Nicht-Auszahlung von Gehältern und Renten heraus. Dort hieß es: »Der Lebensstil, das politische System und die Wirtschaft dieses riesigen Landes verändern sich derzeit schnell. Die alten Wirtschaftsstrukturen, die jahrzehntlang gegolten haben, sind zerstört. Neue Strukturen werden unter großen Schwierigkeiten in der Situation einer finanziellen Hungersnot aufgebaut. Manchmal mangelt es an Erfahrung, die für so eine Aufgabe notwendig wäre. Bei weitem nicht alle unterstützen die heutigen Entwicklungen im Land; viele empfinden wachsenden Unmut, der sich in offenen Konfrontationen, Demonstrationen und Streiks ausgedrückt hat.

»In dieser Situation möchte die Kirche uns alle daran erinnern, wie wichtig Freiheit für die Fülle des menschlichen Lebens ist. Die Freiheit der Selbstentfaltung, die Freiheit zu lernen, die Suche nach Wahrheit, die Entscheidung für den eigenen Lebensweg, Reisefreiheit und echte, nicht verordnete Gewissensfreiheit – all dies ist ein gewisser Erfolg in der Entwicklung der russischen Demokratie. Trotzdem dürfen wir nicht blind werden für die Tatsache, dass die Freiheit, die als Folge der Veränderungen erreicht worden ist, für viele wertlos wird, wenn es keine wirtschaftliche Basis gibt, um diese Freiheiten auch wirklich leben zu können. Reisefreiheit zum Beispiel ist zu einer Freiheit nur für die Reichen geworden, da für die meisten Menschen eine Reise zu ihren Verwandten oder Freunden ein Luxus ist, den sie sich nicht leisten können. Eine Ausbildung, die den eigenen Gaben entspricht, ist für die vielen uner-

reichbar, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um für sie zu bezahlen. Die Situation im Land stellt sich so dar, dass nur eine kleine, begrenzte Anzahl von Menschen die Vorteile genießen kann, während die meisten Menschen sich unterhalb der Armutsgrenze befinden. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat ein so kritisches Ausmaß angenommen, dass eine Gleichberechtigung nicht mehr gegeben ist.

»Zu allen Zeiten hat die Kirche sich mit den Schwachen und Unterprivilegierten identifiziert. Christus selbst identifizierte sich mit genau diesen Menschen, als er in die Welt kam als ein Messias der Armen und nicht als ein mächtiger politischer Führer. Wenn also die Stimme der Kirche aufhört, die Stimme der Armen und Vernachlässigten zu sein, der Gedemütigten und Benachteiligten, der Geschändeten und an den Rand Gedrängten, wenn sie sich nur noch mit den Reichen und Mächtigen identifiziert, dann verliert sie die Treue zu ihrer Berufung und das Vertrauen der Menschen... Die Kirche erinnert uns heute daran, dass das menschliche Leben, Gesundheit und das Wohlergehen aller Bürger eine bedingungslose Priorität haben, wenn es darum geht, materiellen Wohlstand zu verteilen und eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auszuarbeiten. Die Kirche bekräftigt, dass es ein kriminelles Vergehen gegen die Menschen und eine Sünde vor Gott ist, Menschen, die ehrlich gearbeitet haben, ihren Lohn nicht auszahlten. (DECR Mitteilungsblatt 1996; [http://www.zavtra.ru/cgi/veil/data/zavtra/97/163/4\\_patr.html](http://www.zavtra.ru/cgi/veil/data/zavtra/97/163/4_patr.html)).

In seinen Botschaften, Reden und Interviews benannte Seine Heiligkeit Patriarch Alexei wiederholt sozialwirtschaftliche Probleme mit einem besonderen Augenmerk auf das Leiden der ganz normalen Menschen. So schrieb er in seiner Weihnachtbotschaft 1998: »Wie auch schon zuvor schmerzt mein seelsorgerliches Herz angesichts des Leidens von Millionen von Menschen, deren Ernährungssituation und Lebensbedingungen eines modernen Menschen unwürdig sind. Die Lage von alten Menschen, behinderten Menschen, kinderreichen Familien, Waisen, Flüchtlingen und von den Menschen, die gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen, bleibt unerträglich. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und der Verlust moralischer Standards haben auf die schändlichste Art Auswirkungen auf die Geburtenrate und die Gesundheit der Menschen. (<http://www.russian-orthodox-church.org.ru/nr060181.htm>; englische Version: <http://www.russian-orthodox-church.org.ru/ne060181.htm>).

In der Zeit intensiver Diskussionen über die Zukunft der russischen Landwirtschaft und unterschiedlicher Formen von Landbesitz veröffentlichte der Primat der Russischen Kirche einen konzeptionellen Artikel mit dem Titel »Das Land ist dem Menschen von Gott anvertraut« in der Zeitschrift »Die Russische Föderation heute«. In diesem Text, der von der spirituellen und moralischen Basis von Landbesitz und Landwirtschaft handelte, distanzierte sich der Erste Hierarch sowohl vom Radikalismus der Sowjetzeit als auch vom Radikalismus der postsowjetischen Zeit. Er beschrieb die Krisen der russischen Landwirtschaft als offensichtlich: »Leider ist die Entwicklung in den vergangenen Jahren so gewesen, dass unser Land viele seiner bisherigen Errungenschaften auf diesem Gebiet verloren hat und nun droht, dauerhaft Nahrungsmittelexporteur zu werden. An manchen Orten sind moderne Gerätschaften durch Arbeit mit den Händen ersetzt worden. Viele Bauern können die Früchte ihrer Arbeit nicht verkaufen wegen der Dominanz mehrerer kommerzieller Zwischenhändler und sogar unverhohlenen krimineller Gruppen, die einige Märkte kontrollieren. Und schließlich hat es eine nie zuvor dagewesene quantitative und qualitative Verminderung der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte selbst gegeben. Die Landflucht vor allem junger Leute in die Städte, die erschreckende Zunahme des Alkoholproblems und häusliche Gewalt in ländlichen Gegenden haben das russische Dorf an den Rand einer demografischen Katastrophe gebracht.

»All dies scheint eine Folge der Versuche zu sein, um jeden Preis die althergebrachten Traditionen des ländlichen Lebens radikal zu verändern. Wir wissen, dass solche Versuche sowohl in der Zeit des Totalitarismus als auch in den letzten Jahren stattgefunden haben... Die Verantwortlichen und die Gesamtgesellschaft sollten so gut sie nur können die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen, die bewiesen haben, dass sie erfolgreich und verantwortungsbewusst mit der Natur umgehen können, seien es landwirtschaftliche Großbetriebe oder bescheidene Familienbauernhöfe. Diejenigen, denen es noch nicht gelungen ist, ihre Arbeit effizient zu organisieren, die aber fleißig und selbstlos arbeiten, sollten durch Unterweisung in neue Methoden unterstützt werden; ihnen sollten Maschinen, moderne Technologie und günstige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Schließlich muss alles, was nur möglich ist, unternommen werden, um das existierende schändliche System zu durchbrechen, in dem ein Bauer seine Ware zu einem mageren Preis an Zwischenhändler verkauft und so nur einen Minimalanteil des



tatsächlichen Marktwertes seiner Ware erhält. Märkte sollten für alle offen sein, nicht nur für die »Auserwählten«...

Besonderes Interesse müssen wir dem Problem der verschiedenen Formen von Landbesitz widmen. Unbestreitbar sollte sich derjenige, der den Boden pflügt, als Herr über sein Land fühlen. Falls ihm sein Land jemals weggenommen wird, wird sein Vertrauen in seine Arbeit auf lange Zeit untergraben, wie wir anhand unserer neuesten Geschichte deutlich sehen können. Darum ist es wesentlich, dass der Staat dem Landwirt feste Garantien gibt, was die langfristige Sicherheit seiner Arbeit auf dem Land angeht. Gleichzeitig wäre es äußerst gedankenlos und gefährlich, Spekulationsgeschäfte zu tolerieren, welche dazu führen, dass Land nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird und dass der Boden für quasi nichts an Russen oder Ausländer verhökert wird, die kein Interesse daran haben, den fruchtbaren Boden zum Nutzen der Menschen zu gebrauchen.« (Russian Federation Today, No 6, 1998; <http://www.russian-orthodox-church.org.ru/nr240781.htm>).

Die Krise von 1998, durch die viele Firmen bankrott gingen, die neue Mittelschicht zurück in Armut geworfen wurde und Millionen anderer Menschen unter das Existenzminimum, erforderte eine Reaktion der Kirche. Hierarchie und Priester äußerten sich in einer Vielfalt von Verlautbarungen. So sagte z.B. der Vorsitzende des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Kyrill von Smolensk, in einem Interview mit der Zeitung »Segodnya« (»Heute«): »Die derzeitigen Probleme der russischen Wirtschaft sind vor weniger als zwei Wochen entstanden. Sie sind aber die logische Konsequenz der Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren verfolgt worden ist. Diese Politik nahm ihren Anfang mit unfairer Privatisierung und ging weiter mit folgenden Maßnahmen: Erfolgsversprechenden wissenschaftsintensiven Produktionen wurde der Geldhahn abgedreht, was sich lähmend auf kleine und mittlere Unternehmen auswirkte; die Regierung hat mit Kreditinstrumenten spekuliert; die Steuerpolitik ist ineffizient gewesen. Die Regierung beruhigte sich selbst mit ihren eigenen Stabilitätsverlautbarungen und war unfähig zu klaren und schnellen Handlungen. Als Ergebnis davon hat sich das Unvermeidbare ereignet. Hinter allen Kommentaren von Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern verbirgt sich jedoch das Hauptlaster der jetzt korrupten Politik: der Wunsch, Probleme des Staates auf Kosten der Menschen zu lösen. (Segodnya 25.September 1998;

<http://www.russian-orthodox-church.org.ru/nr250982.htm>).

Der Jubiläumsrat der Bischöfe, der 2000 tagte, verabschiedete ein grundsätzliches soziales Konzept der Russisch-Orthodoxen Kirche – ein Dokument, das zum ersten Mal in der Geschichte der orthodoxen Welt die Ansicht einer der autokephalen Kirchen über ihre Beziehung zu Staat und Gesellschaft und viele andere heutige Probleme kodifiziert. Um wirtschaftliche Probleme geht es in dem Teil des Dokuments, der sich mit Arbeit, ihren Früchten und Eigentum beschäftigt. So heißt es in diesem Dokument: »Von einer christlichen Perspektive aus ist Arbeit kein Wert an sich. Arbeit ist dann gesegnet, wenn sich in ihr Zusammenarbeit mit Gott ausdrückt und mit Seinem Plan für die Welt und die Menschheit. Arbeit gefällt Gott jedoch nicht, wenn sie den egoistischen Interessen von Individuen oder menschlichen Gemeinschaften dienen und die sündigen Bedürfnisse des Geistes und des Fleisches befriedigen soll. Die Heilige Schrift verweist uns auf die zwei moralischen Motive für Arbeit: Arbeit, um für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, ohne eine Last für andere zu sein und Arbeit, um mit den Bedürftigen zu teilen... Die Kirche segnet jede Arbeit, die darauf abzielt, den Menschen zum Guten zu dienen. Gleichzeitig bevorzugt sie nicht eine bestimmte Art menschlicher Arbeit, wenn sie den christlichen moralischen Standards entspricht... In der modernen Zeit ist eine ganze Industrie entstanden, die es darauf absieht, Laster und Sünde zu propagieren und solche schädlichen Leidenschaften und Süchte wie Trinken, Drogensucht, Unzucht und Ehebruch zu befriedigen. Die Kirche bezeugt die Sündhaftigkeit der Beteiligung an diesen Aktivitäten, da sie nicht nur Arbeiter, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes korrumpieren.« (Basic Social Concept (BSC) der Russisch-Orthodoxen Kirche, VI. 4-5, <http://www.mospat.ru/chapters/conception/>, englische Version: [http://www.mospat.ru/chapters/e\\_conception/index.html](http://www.mospat.ru/chapters/e_conception/index.html)).

Die Früchte seiner Arbeit sollten nicht ausschließlich dem Arbeiter selbst gehören. Die Kirche lehrt, dass die Weigerung, für ehrliche Arbeit zu bezahlen, nicht nur ein Verbrechen gegen die Menschheit ist, sondern auch eine Sünde vor Gott... Gleichzeitig lautet Gottes Gebot auch, dass die Arbeiter aufgefordert sind, sich um die zu kümmern, die aus unterschiedlichen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können, wie z.B. Schwache, Kranke, Fremde /Flüchtlinge,

Waisen und Witwen. Der Arbeiter sollte die Früchte seiner Arbeit mit ihnen teilen, damit »Gott dich segne in allen Werken deiner Hände (Det.24:19-22). Indem die Kirche auf der Erde den Dienst Christi weiterführt, der sich mit den Geringsten identifiziert hat, meldet sich die Kirche immer zu Wort zur Verteidigung der Sprachlosen und Machtlosen. Darum fordert sie die Gesellschaft auf, für eine gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit zu sorgen, damit die Reichen die Armen unterstützen, die Gesunden die Kranken, die körperlich Starken die Älteren. Das geistliche Wohlergehen und Überleben einer Gesellschaft sind nur möglich, wenn das Bemühen um die Sorge für Leben, Gesundheit und zumindest minimale Wohlfahrt für alle Bürger eine unanfechtbare Priorität bei der Verteilung der materiellen Ressourcen einnimmt. (BSC, VI,6).

Besitz wird als etwas Gottgegebenes gesehen – nicht nur zur Bedürfnisbefriedigung, sondern in nicht geringerem Maße, um dem Nächsten zu dienen: »Während die Kirche dazu aufruft, ‚zuerst das Reich Gottes und Seine Gerechtigkeit zu suchen‘, vergisst die Kirche nicht das menschliche Bedürfnis nach ‚täglich Brot‘ (Mt. 6:11) und glaubt, dass jeder Mensch genügend Ressourcen für ein Leben in Würde haben sollte. Gleichzeitig warnt die Kirche vor der extremen Anziehungskraft von Reichtum und prangert damit diejenigen an, die sich verlieren in »den Sorgen und Reichtümern und Vergnügungen ihres Lebens« (Lk. 8:14). In ihrer Einstellung zu Eigentum ignoriert die Kirche weder materielle Bedürfnisse noch lobt sie das extreme Gegenteil, das Streben nach Wohlstand als letztendliches Ziel und Wert des Lebens. Der Status eines Menschen kann nicht als Hinweis gesehen werden, ob er gottgefällig ist...

»Die Kirche ruft Christen dazu auf, Besitz als Gabe Gottes zu sehen, die zum eigenen Nutzen und zum Nutzen des Nachbarn zu gebrauchen ist. Gleichzeitig erkennt die Heilige Schrift an, dass Menschen ein Recht auf Besitz haben und verurteilt alle Übergriffe auf dieses Eigentum. Die Kirche kann Zwangsenteignungen und Neuverteilungen von Besitz, bei denen die Rechte der legitimen Besitzer missachtet werden, nicht gut heißen. Eine Ausnahme kann nur für rechtmäßige Enteignungen gemacht werden, die dem Interesse der Mehrheit dienen und für die es eine angemessene Entschädigung gibt« (BSC, VII.1-3).

Die Russisch-Orthodoxe Kirche wendet sich strikt gegen Versuche von außen, sich auf »christliche« und »weniger christliche« Formen von Eigentum festlegen zu lassen (privat, kollektiv, öffent-

lich). In dem grundlegenden Sozialkonzept der Kirche heißt es: »Die Kirche erkennt unterschiedliche Besitzformen an. Öffentlicher Besitz, Firmenbesitz, genossenschaftlicher Besitz, Privatbesitz und Mischformen haben unterschiedliche Wurzeln im Laufe der geschichtlichen Entwicklung unterschiedlicher Länder. Die Kirche gibt nicht einem dieser Modelle den Vorzug. Jede Art von Besitz kann sowohl Sünde hervorbringen (Diebstahl, Geldgier, ungerechte Verteilung von Wohlstand,...) als auch eine angemessene und moralisch gerechtfertigte Nutzung des Reichtums« (BSC, VII.3).

Der BSC-Abschnitt über internationale Beziehungen: Probleme von Globalisierung und Säkularisierung beschäftigt sich mit einer Reihe von Problemen, die mit einer globalisierten Wirtschaft und der Arbeit internationaler Wirtschaftsakteure zu tun haben. In dem Dokument heißt es: »Die Führungskräfte internationaler wirtschaftlicher und finanzieller Strukturen halten eine große Macht in ihren Händen, die weder nationaler noch staatlicher Kontrolle unterliegt und die grenzenlos ist; die weder begrenzt ist durch nationale Grenzen noch durch eine ethnische und kulturelle Identität noch durch die Notwendigkeit ökologischer und demografischer Nachhaltigkeit. Manchmal weigern sie sich, bei der Umsetzung ihrer Pläne die Bräuche und religiösen Traditionen der betroffenen Länder zu berücksichtigen. Die Kirche kann nicht anders als sich zu sorgen angesichts der Praxis finanzieller Spekulationen, bei der die Abhängigkeit des Einkommens von den erbrachten Anstrengungen verwischt wird... Solche Veränderungen in der Wirtschaft haben zur Folge, dass die Priorität von Arbeit und Mensch gegenüber Kapital und Produktionsmitteln verloren geht...

»Viele positive Folgen der Globalisierung stehen nur einigen Nationen zur Verfügung, welche eine Minderheit darstellen angesichts der gesamten Menschheit. Andere Länder, die fünf Sechstel der Weltbevölkerung ausmachen, finden sich am Rande der Weltzivilisation wieder. Durch Verschuldung sind sie finanziell abhängig von Geldgebern in einigen wenigen Industrienationen und können keine menschenwürdigen Lebensbedingungen für sich selbst schaffen. Unzufriedenheit und Desillusionierung wachsen in diesen Ländern. Die Kirche äußert sich zu der Notwendigkeit, umfassende Kontrollen über transnationale Unternehmen und alle Prozesse im Finanzsektor einer Wirtschaft zu schaffen. Diese Kontrolle hat als Ziel, alle unternehmerischen und finanziellen Aktivitäten den Interessen der Menschheit unter-

zuordnen. Alle zur Verfügung stehenden Mechanismen in der Gesellschaft und im Staat sollten hierfür genutzt werden« (BSC, XVI,3).

Seit Mitte der 90er Jahre findet der Denkprozess über sozialwirtschaftliche Themen innerhalb der Orthodoxen Kirche nicht nur seitens der Hierarchie und der Theologen statt, sondern auch durch Laien, die hauptsächlich Akademiker sind und Vertreter öffentlicher orthodoxer Organisationen. Die orthodoxe Perspektive wirtschaftlicher Systeme ist seitdem vor allem durch das Nationale Institut für Entwicklung der Russischen Akademie der Wissenschaften (Abteilung für Wirtschaft unter Prof. Michail Gelvanovsky) und der Abteilung für Wirtschaft der Russisch-Orthodoxen Universität vom Heiligen Johannes, dem Theologen unter Führung des Dekans Prof. Eduard Afanasjew, entwickelt worden. Repräsentanten dieser beiden Zentren haben mehrere gedruckte Sammlungen und eine große Anzahl von Artikeln über die moralischen Grundlagen der Wirtschaft und der Beziehungen zwischen der orthodoxen Christenheit und Wirtschaftsethik vorbereitet.

Im Oktober 2000 fand eine Internetkonferenz zu dem Thema »Christliche Prinzipien der Wirtschaftsethik« durch die russische Webzeitschrift »Sobornost« statt (die Papiere sind in einem Buch mit dem Titel »Christliche Prinzipien der Wirtschaftsethik« (Moskau 2001) veröffentlicht und auch auf der Webseite zu finden ([www.sobor.ru/doctrina](http://www.sobor.ru/doctrina)). Forscher aus Russland, Weißrussland, Deutschland, den USA, den Niederlanden und der Schweiz stellten ihre Arbeiten vor. Die Teilnehmenden diskutierten das christliche Verständnis von Besitz, Wirtschaft, Arbeit, Unternehmen und ethische Probleme der Marktwirtschaft. Der historische Teil der Konferenz

handelte von der Besonderheit der russischen Wirtschaftskultur und den Texten über Wirtschaftsethik in den Werken russischer Religionsphilosophen.

Auf der Konferenz wurde eine Konfrontation zwischen der russischen und der westlichen Herangehensweise an christliche Wirtschaftsethik deutlich, insbesondere, was eine optimistische bzw. pessimistische Beurteilung der Vereinbarkeit von Marktaktivitäten und den moralischen Vorstellungen des Evangeliums betrifft. So schrieb Sergej Tarasewitsch, Dozent an dem nicht-staatlichen Institut modernen Wissens in Vitebsk, Weißrussland, in seiner Arbeit: »Sogar ohne andere Versuche für einen christlichen Geschäftsmann zu diskutieren, ist es offensichtlich, dass sein Handeln weit vom Ideal des Evangeliums entfernt ist. Außerdem ist die Emanzipation säkularer Strukturen von christlichen Vorstellungen offensichtlich in einer Marktwirtschaft, was dem Handeln eines Geschäftsmanns eine tragische Dualität verleiht« ([http://www.sobor.ru/doctrina/4Tarasevich\\_ru.asp](http://www.sobor.ru/doctrina/4Tarasevich_ru.asp), englische Version: [http://www.sobor.ru/doctrina/4Afanasiev\\_en.asp](http://www.sobor.ru/doctrina/4Afanasiev_en.asp))

Eine gewisse Spannung zwischen dem Ideal der »Armut in Christi« als radikaler Geringschätzung irdischer Segnungen einerseits und dem Wunsch nach christlichem Einfluss auf die pragmatische Ordnung der irdischen Welt geht weiter und wird vermutlich auch in der Zukunft vorherrschend sein in der russischsprachigen orthodoxen Diskussion über sozialwirtschaftliche Themen. Diese Spannung, welche es im russisch-orthodoxen Denken bereits seit dem Streit zwischen den »Nicht-Suchenden« und den »Josephiten« im 16. Jahrhundert gibt, musste und muss harmonisiert werden.

### 3. Der Kodex moralischer Prinzipien und Regeln ökonomischen Handelns

Der 7. Weltkongress des russischen Volkes fand im Dezember 2002 in Moskau statt. Es handelt sich hierbei um ein öffentliches Forum unter dem Vorsitz Seiner Heiligkeit des Patriarchen Alexej II, in welchem Priester, Politiker, Leiter öffentlicher Organisationen, Wissenschaftler und Künstler zusammen kamen. Es ging um das Thema »Glaube und Arbeit: Religiöse und kulturelle Traditionen und die wirtschaftliche Zukunft Russlands«. In seiner Botschaft an die Teilnehmer des Forums schrieb der russische Präsident Wladimir Putin insbesondere: »Ich bin davon überzeugt, dass es ohne die Stärkung der spirituellen Prinzipien unseres Lebens und seinem moralischen Funda-

ment unmöglich ist, eine fortschrittliche Entwicklung der russischen Gesellschaft zu erreichen, eine effektive und sozial orientierte Wirtschaft und eine verantwortliche Einstellung gegenüber Arbeit aufzubauen und das Wohlergehen der Bürger zu verbessern« (<http://www.russian-orthodox-church.org.ru/nr212172.htm>).

Unter den Rednern auf dem Kongress befanden sich Vertreter mehrerer politischer Kräfte und Anhänger unterschiedlicher Sichtweisen bezüglich der Art, wie sich die russische Wirtschaft zukünftig entwickeln sollte. Unter ihnen waren auch Vertreter der Wirtschaftskomitees der russi-

schen Nationalversammlung und Führer größerer Gewerkschaften und Wirtschaftsvereinigungen.

Im Abschlussdokument heißt es: »Heute suchen Regierungsverantwortliche, Wissenschaftler, Geschäftsleute und öffentliche Organisationen nach Wegen, um die negativen Entwicklungen in der Wirtschaft zu beseitigen. Diese Suche kann nicht auf den Bereich von Zahlen und Marktgesetzen beschränkt werden. Nationale Wirtschaftsprobleme können nicht gelöst werden, ohne dass der moralische und geistliche Zustand der Gesellschaft berücksichtigt wird. Viele der Gründe für die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind in den Herzen und Gedanken der Menschen verborgen. Wissenschaftliche Rezepte und Regierungsentscheidungen werden die Menschen nicht glücklich machen, solange die moralische Basis menschlichen Handelns nicht wiederhergestellt ist und Regeln für das Verhalten von Geschäftsleuten, Arbeitern, Bediensteten im öffentlichen Bereich und anderen Teilhabenden an wirtschaftlichen Prozessen festgelegt und wirklich beachtet werden.

»Wir müssen lernen, kriminelle Amoralität in der Wirtschaft resolut abzulehnen und uns weigern, mit unehrlichen und skrupellosen Menschen zusammenzuarbeiten. Diejenigen, die Löhne nicht pünktlich auszahlen, den Arbeiter demütigen und die Wirtschaft durch Bürokratie lähmen, verdienen eine deutliche und beharrliche Verurteilung durch die Öffentlichkeit... Die Wirtschaft sollte nicht nur effektiv sein, sondern auch fair und barmherzig, auf den Menschen zielen, nicht nur auf Geld und Güter. Wir sollten uns klarmachen, dass das Ziel wirtschaftlicher Aktivität in erster Linie das Wohlergehen der Menschen ist, junger und alter, starker und schwacher; das Wohlergehen derjenigen, die jetzt leben und derjenigen, die nach uns kommen werden...

»Die Bestimmung des Schicksals der nationalen Wirtschaft sollte nicht zu einer exklusiven Angelegenheit von Amtspersonen, Geschäftsleuten und Wirtschaftsfachleuten werden. Wir alle – das Volk, der Staat, die Kirche, Gewerkschaften, Geschäftsvereinigungen, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft – sollten in der Wirtschaft Russlands ein Tätigkeitsfeld für unsere Fürsorge und unsere kreativen Anstrengungen sehen. Das Land braucht einen offenen und umfassenden Dialog über wirtschaftliche und soziale Probleme, der wichtige Entscheidungen beeinflussen wird (<http://www.russian-orthodox-church.org.ru/nr212173.htm>; englische Version:

<http://www.russian-orthodox-church.org.ru/ne21273.htm>).

Der Rat hat sich entschieden, einen Kodex wirtschaftlicher Aktivitäten zu entwickeln. Schon bald bildete sich eine Arbeitsgruppe für einen Entwurf. Ihr gehörten Vertreter von unterschiedlichen Lagern an, welche einander in der russischen sozio-ökonomischen Debatte diametral entgegengesetzt waren: Sergej Glasiew, Abgeordneter der Staatsduma, ein früherer Minister in Gaidars Regierung und jetzt ein beißender Kritiker der liberalen Reformen; Wladimir Mau, Rektor der Akademie für Nationalökonomie, einer der Architekten der Reformen der frühen 90er Jahre, der seinen Überzeugungen treu geblieben ist, Frau Jelena Katajewa, Vizedirektorin der staatlichen Börsenaufsichts-Behörde. Pawel Schakschkin vom Außenamt des Moskauer Patriarchats und der Autor dieses Artikels übernahmen die Aufgaben des Sekretariats und der technischen Ausarbeitung.

Die Arbeitsgruppe zog mehrere Herangehensweisen an den Kodex in Betracht, darunter auch eine detaillierte Analyse spezifischer ökonomischer Realitäten und Entwicklungen. Letztendlich entschied man sich jedoch, die bereits bestehenden detaillierten Wirtschaftsethikkodexe, die Wirtschaftsverbände bereits angenommen hatten, oder die Normen des öffentlichen Gesetzes nicht zu duplizieren. Das Thesenpapier mit dem Titel »Ein Kodex moralischer Prinzipien und Regeln wirtschaftlichen Handelns« (<http://www.mospat.ru/text/news/id/6353.html>; englische Version <http://www.mospat.ru/text/news/id/6682.html>) wurde auf der Basis der zehn Gebote des mosaischen Gesetzes formuliert (die Struktur des Dokuments wird durch eine Art zehn Gebote gebildet) und der Erfahrung ihrer Assimilation durch Christen und andere traditionell in Russland vertretende Religionen.

Das Dokument handelt von einer Vielfalt von Aspekten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Insbesondere heißt es dort in Bezug auf das religiöse Ideal und materielle Bedürfnisse: »In der Geschichte Russlands hat es unterschiedliche Standpunkte gegeben zu dem Thema, was denn nun Priorität hat – das Materielle über das Geistliche, oder private über öffentliche Interessen. Häufig ist das geistliche Ideal utilitaristischen Interessen geopfert worden und auch andersherum. Zu manchen Zeiten kamen öffentliche Dinge vor privaten, während zu anderen Zeiten das Private vor dem Öffentlichen kam... Historisch

gesehen hat die russische geistliche und moralische Tradition vornehmlich dazu tendiert, dem Geistlichen gegenüber dem Materiellen den Vorrang zu geben, das Ideal persönlicher Selbstlosigkeit zum Nutzen des Volkes. Die Extreme einer solchen Option jedoch führten zu furchtbaren Tragödien. In Erinnerung daran sollten wir eine Wirtschaftsordnung aufbauen, die es ermöglicht, auf harmonische Weise die geistlichen Bestrebungen und die materiellen Interessen sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft zu verwirklichen (Kodex,I).

In dem Kodex heißt es: »Reichtum ist kein Ziel an sich. Er sollte dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens für die Menschen dienen. Die Anbetung von Reichtum und Moralität in einem Menschen sind unvereinbar... Die Anhäufung von Reichtum um des Reichtums willen wird das Individuum und sein Unternehmen und die nationale Wirtschaft in eine Sackgasse führen. Reichtum an sich ist weder Segen noch Strafe. Zu allererst ist Reichtum eine Prüfung. Je mehr Besitz man hat, umso mehr Macht hat man über andere. Darum sollte der Gebrauch von Eigentum in der Wirtschaft nicht enger egoistischer Natur sein und dem Allgemeinwohl nicht entgegengesetzt sein. Ehrliches wirtschaftliches Handeln schließt jegliche Art von Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft aus. Der Wohlstand gewissenhafter Geschäftsleute und Arbeiter sollte ihrem Arbeitsbeitrag entsprechen und sich aus ihrem Fleiß beim Erschaffen, Nutzen und Vermehren universell nutzbringender Güter ergeben. Es gehört zu den Pflichten eines wohlhabenden Menschen, anderen Gutes zu tun, ohne zu erwarten, dafür öffentliche Anerkennung zu bekommen.« (Kodex,II). Diese Sichtweise auf Reichtum stimmt überein mit der traditionellen orthodoxen Auffassung von Reichtum als etwas geistlich Gefährlichem, das nur dann gerechtfertigt ist, wenn ein wohlhabender Mensch seinen Besitz nutzt, um den Menschen zu dienen. Der Kodex warnt ebenso – auch hier in Übereinstimmung mit traditionellen orthodoxen Auffassungen – vor den Gefahren, die durch Armut erzeugt werden: »Ob jemand arm oder reich ist, sagt nichts über die Moralität oder Amoralität des Menschen aus. Ein armer Mensch, der seine Möglichkeiten verschwendet oder sie nur für selbstsüchtige Ziele nutzt, ist nicht weniger unmoralisch als ein Reicher, der sich weigert, einen Teil seines Einkommens für öffentliche Bedürfnisse zu spenden. Armut ist genauso eine Prüfung wie Reichtum. Ein armer Mensch ist dazu verpflichtet, sich würdig zu verhalten, danach zu streben, dass seine Anstrengungen effektiv werden, seine beruflichen

Fertigkeiten so zu erweitern, dass er aus seiner Armut herauskommen kann. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sollten ihn bei diesen Bemühungen unterstützen (Kodex,II).

In einem anderen Teil des Dokuments geht es um die Kultur von Wirtschaftsbeziehungen, Treue zum gegebenen Wort und zu übernommenen Verpflichtungen – Verpflichtungen, die heutzutage für Russland und andere post-sowjetische Länder sehr wichtig sind. Dort heißt es insbesondere: »Die Einhaltung mündlicher und schriftlicher Vereinbarungen ist die Basis harmonischer Wirtschaftsbeziehungen. Werden Vereinbarungen nicht eingehalten, so wird dadurch die Autorität sowohl der Geschäftswelt als auch des ganzen Landes untergraben. Solches Verhalten sollte öffentlich gerügt werden. Die Missbilligung kann unterschiedlichen Ausdruck finden, z.B. in der Verweigerung persönlicher Kontakte, in einem öffentlichen Boykott, dem Ausschluss aus Geschäftsvereinigungen etc. (Kodex, III). In dem Dokument heißt es, dass folgende Laster am Arbeitsplatz und in Geschäftsbeziehungen inakzeptabel sind: unflätige Sprache, Obszönitäten gegenüber dem anderen Geschlecht, Gewaltanwendung und Körperverletzung, Alkoholgenuss und plumpe Aufdringlichkeit. Versuche, den guten Namen einer Firma für private Zwecke zu nutzen und dadurch persönliche Vorteile auf Kosten der gemeinsamen Sache zu erhalten, werden verurteilt. Es heißt in dem Dokument: »Betrug und Unterschlagungen im Handel und bei Dienstleistungen führen zu einem Vertrauensverlust und oft in den Bankrott. Ist ein Arbeiter beim Umgang mit den Kunden faul, nachlässig, unordentlich, bringt er den Kunden dadurch gegen sich auf, was sich geschäftsschädigend auswirkt. Moralische Teilnahme an wirtschaftlichem Handeln drückt sich u. a. aus durch Höflichkeit und Sauberkeit, Selbstkontrolle in kritischen Situationen, Respekt für die Meinung des anderen selbst dann, wenn sie nicht für richtig gehalten wird. Nicht zufällig lautet das wichtigste Motto der russischen Händler: »Profit geht über alles, aber Ehre geht über Profit.« Einen gerechten Ruf im Geschäftsleben zu haben ist ein langfristiger Vermögenswert. Es dauert lange, diesen Ruf aufzubauen, aber er kann schnell verloren gehen. (Kodex, III)

Der vierte Abschnitt des Kodex handelt von der Notwendigkeit, dem Arbeiter eine Zeit für Ruhe und intellektuelle, geistliche und körperliche Entwicklung zuzugestehen, ebenso wie die Möglichkeit, das Arbeitsfeld und die Art der Arbeit zu wechseln. Der fünfte Abschnitt widmet sich der sozialen Hilfe, die Arbeitern und Behinderten zur Verfügung gestellt werden soll. Hier heißt es: »Der

Staat, die Gesellschaft und die Geschäftswelt sollten sich gemeinsam um ein würdiges Leben für die Arbeiter kümmern, insbesondere für diejenigen, die nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können. Wirtschaftliches Handeln ist eine sozial verantwortliche Art der Arbeit« (Kodex, V). Soziale Unterstützung sollte die ganze Gesellschaft angehen, aber der Kodex betont die besondere Verantwortung des Staates »für den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Menschenwürde alter Menschen, behinderter Menschen und notleidender Kinder. Behinderte Menschen sollten nicht nur unterstützt werden – es gehört auch zur Aufgabe des Staates, für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, so dass Firmen, religiöse und öffentliche Organisationen und Individuen geschützte Arbeitsräume bieten können. Wie es um das Wohlergehen einer Gesellschaft bestellt ist, hängt direkt von ihrer Einstellung zu Alten und Behinderten ab. Für jede erfolgreiche Firma, aber auch für jeden wohlhabenden Menschen, einschließlich Angestellter, sollte es zur Norm werden, einen Teil der Einkünfte für die Unterstützung Alter und Kranker, Behindertener und benachteiligter Kinder zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen sind aufgerufen, sich besonders um die Rentner und behinderten Menschen zu kümmern, die mit ihrer Arbeit zum Wohlergehen der Firma beigetragen haben. Arbeitgeber, die die vergangenen und gegenwärtigen Arbeitsleistungen ihrer Angestellten anerkennen, versöhnen damit die Vergangenheit und die Zukunft und stärken ihr Unternehmen« (Kodex, V) Im 6. Teil heißt es: »Arbeit sollte einen Menschen nicht töten oder verkrüppeln.« Hier geht es nicht nur um Sicherheit am Arbeitsplatz, sondern auch um das Problem der Kriminalität. Weiter heißt es: »Unternehmer sollten Methoden ablehnen, die dem Gesetz widersprechen, indem Gewalt angedroht oder angewendet wird. Das Streben nach Erfolg um jeden Preis und die Geringschätzung des Lebens und der Gesundheit anderer ist ein Verbrechen und ein Laster« (Kodex, VI).

Der Teil, in dem es in diesem »wirtschaftlichen Dekalog« um das Gebot »Du sollst keinen Ehebruch begehen« geht, ist den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik und dem Problem der Korruption gewidmet. Das Dokument besteht auf der Notwendigkeit, die politische und die wirtschaftliche Macht von einander zu trennen. Im Kodex heißt es: »Die Teilnahme der Wirtschaft an der Politik und ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung sollte transparent sein. Die gesamte finanzielle Unterstützung, die Unternehmen an politische Parteien, öffentliche Organisationen und die Massenmedien zahlen, sollte öffentlich gemacht werden und nachvollziehbar sein. Jegli-

che heimliche Unterstützung sollte öffentlich als unmoralisch verurteilt werden. Die privaten Massenmedien sollten die Quellen, die Höhe und die Nutzung ihrer Finanzen öffentlich machen. Produktions- und Unternehmensstrukturen, die ganz oder teilweise dem Staat gehören, sollten keine politische Präferenz zeigen« (Kodex, VII). »Null Toleranz« gegenüber kriminellen oder unmoralischen Aktivitäten wird vorgeschlagen: »Individuen und Strukturen, die sich schwerer Verbrechen schuldig machen, insbesondere diejenigen, die bei Korruption mitmachen, sollten inakzeptabel als Geschäftspartner oder als Angehörige der Geschäftswelt sein. Ein moralisch verantwortliches Unternehmen kann nichts zu tun haben mit solchen Dingen wie Menschenhandel, Prostitution, Pornografie, medizinischer oder spiritueller Scharlatanerie, illegalem Waffen- und Drogenhandel und politischem und religiösem Extremismus (Kodex, VII).

Das Gebot »Du sollst nicht stehlen« wird in einer Reihe von Handlungsmaximen dargelegt. So fordert das Dokument den Staat, Geschäftsleute, Arbeiter und jeden Bürger auf, öffentliches und jegliches andere Eigentum zu achten. Widerrechtliche Aneignung des Eigentums von Geschäftspartnern wird genauso verurteilt wie die Praxis, ihnen den ihnen zustehenden Anteil am Einkommen vorzuenthalten oder die Früchte der Arbeit unter den Partnern und Arbeitern ungerecht aufzuteilen, die Herabsetzung von Gehältern und Rückzahlungen, Steuerhinterziehung, geheime Einkommen, illegale Abbuchungen von Kapital in andere Länder und Umweltverschmutzung, die nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die zukünftigen Generationen beraubt. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, eine vernünftige und konstruktive Steuerpolitik zu verfolgen: »Der Staat, der aufgrund von öffentlichen Geldern existiert, sollte seinen Anteil am allgemeinen Reichtum proportional bemessen. Eine nicht zu hohe Steuerlast ist eine der Grundlagen von effektivem und moralischem wirtschaftlichem Handeln, so dass die Bürger öffentliche Ausgaben ohne allzu große Belastungen abdecken können« (Kodex, VIII).

Probleme von Wettbewerb und Ethik in der Werbung sind sehr relevant für die postsowjetische Wirtschaft. So ist es kein Zufall, dass es im Kodex heißt: »Im Konkurrenzkampf dürfen keine moralisch verwerflichen Methoden benutzt werden. So sollte ein Geschäftsmann seine Konkurrenten nichtöffentlich beleidigen und nicht wissentlich falsche oder ungeprüfte Informationen über seine Geschäftspartner verbreiten. Werbung sollte als

unmoralisch angesehen werden und nicht von der Geschäftswelt unterstützt werden, wenn sie unverblümt Täuschung enthält, den Sexualinstinkt ausnutzt, Menschen zum Trinken und Rauchen animiert oder die geistliche Unreife von Kindern und Teenagern ausnutzt. Werbung darf nicht die religiösen oder ethnischen Gefühle der Menschen verletzen« (Kodex, IX).

In einem separaten Abschnitt des Dokuments geht es um Eigentumsfragen. Diese sehr wichtige wirtschaftliche Grundlage wird respektiert, unrechtmäßige Aneignung von Eigentum wird verurteilt, während auch auf einige negative Auswirkungen der postsowjetischen Privatisierung eingegangen wird: »Die Institution des Privatbesitzes und das Recht, Eigentum zu besitzen und darüber zu verfügen müssen respektiert werden. Es ist unmoralisch, seinen Nachbarn zu beneiden und unbefugt übergriffig zu werden auf seinen Besitz. Unbegründete Übereignung von Besitz unterminiert die wirtschaftliche Stabilität und zerstört den Glauben der Menschen an Gerechtigkeit. Die Verstaatlichung von Privateigentum ist nur dann moralisch gerechtfertigt, wenn die Art und Weise, in der es benutzt wurde, offensichtlich der Sicherheit und dem Leben von Menschen widerspricht. Enteignungen dürfen nur gemäß dem Gesetz und mit einer angemessenen Ausgleichszahlung stattfinden. Dies gilt auch für die Übernahme von staatlichem und öffentlichem Besitz. Die ungerechte Aneignung von Eigentum ist fast immer von der Zerstörung der nationalen Wirtschaft und millionenfachem Leid begleitet. Privatisierung ist kein Ziel an sich. Ein legaler Transfer von öffentlichem Besitz in Privathand ist moralisch gerechtfertigt. Dies sollte zu einer wirklichen Verbesserung von Gütern und Dienstleistungen, niedrigeren Preisen, einer stärkeren Wirtschaft und dem Aufbau einer sich dynamisch und harmonisch entwickelnden und gerechten Gesellschaft führen« (Kodex, X).

Der Kodex moralischer Prinzipien und Regeln wirtschaftlicher Aktivität, der auf mehreren Konferenzen mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und öffentlicher Vereinigungen diskutiert und dann am 4. Februar 2004 auf dem »8th World Russian People's Council« verabschiedet wurde, wurde sofort veröffentlicht. Er wandte sich »zur freiwilligen Annahme an Führungskräfte von Unternehmen und Handelsstrukturen, Geschäftsleute und ihre Vereinigungen, Arbeiter, Gewerkschaften und alle anderen Mitwirkenden am wirtschaftlichen Prozess einschließlich Regierungsorganisationen und öffentlicher Vereinigungen, die am Wirtschaftsleben

teilnehmen« (Kodex, Präambel). Als erstes reagierten die Massenmedien, und zwar insgesamt positiv. Manche kritischen Stimmen nannten das Dokument »zu allgemein« oder stellten das Recht der Kirche in Frage, einen Prozess der Anwendung moralischer Normen in der Wirtschaft zu initiieren. Es gilt zu beachten, dass der Kodex nicht eine spezifische Liste technischer Regeln zur Regulierung der Wirtschaft sein sollte (diese sind bereits im öffentlichen Recht und in Unternehmensrichtlinien festgelegt, von denen es viele in Russland gibt). Die Rolle des Dokuments besteht nicht darin, detaillierte Regeln für den wirtschaftlichen Prozess zu beschreiben, sondern den Teilnehmenden die moralische Botschaft der biblischen Tradition so nahe zu bringen, wie sie von der orthodoxen Kirche und anderen traditionellen religiösen Gemeinschaften verkündet worden ist. Aber der Versuch, der Kirche das Recht vorzuenthalten, zu wirtschaftlichen und sozialen Themen Stellung zu nehmen, ist inakzeptabel. Derartige Versuche sind zum Großteil auf die Unbeweglichkeit sowjetischen Denkens zurückzuführen, welches auch heutzutage unter einigen linksliberalen Intellektuellen Anhänger findet, die jegliche öffentliche Rolle von Religion als gefährlich erachten.

Reaktionen auf den Kodex kamen von vielen öffentlichen und politischen Führern, unter ihnen Minister, Mitglieder der Bundesversammlung und Abgeordnete der Staatsduma. Der Minister für Gesundheit und soziale Entwicklung, Michail Surabow, schrieb z.B.: »Wir, d.h. das russische Ministerium für Gesundheit und soziale Entwicklung, haben das Dokument sehr gründlich durchgelesen... und unterstützen ausdrücklich die vorgeschlagenen Wege, um ethische Beziehungen zwischen Menschen in einem jeglichen Arbeitsbereich zu schaffen, in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen und anderswo. (Archive de Außenamts des Moskauer Patriarchats (Abk. DECR)). Der Vizeminister für Wirtschaft und Handel, Herr Andrei Scharonow, schrieb in seiner Antwort: »Nach Meinung des Ministeriums hätte die Umsetzung der meisten Vorschläge des Dokuments eine positive Auswirkung auf die Entwicklung von Wirtschaftsethik, indem es die Art, wie Geschäftsbeziehungen und Wettbewerb durchgeführt werden, verändern würde. Es wird auch als Richtlinie bei der Herstellung ethischer Standards in der professionellen Arbeit von Organisationen, die sich selbst regulieren, dienen« (DECR Archive). Der Vorsitzende des Staatsduma-Umweltausschusses, Wladimir Gratschew, reagierte folgendermaßen: »Wenn es um die Lösung wirtschaftlicher Probleme geht, wird oft wirt-

schaftlichen Interessen der Vorrang gegenüber ökologischen oder ethischen gegeben. Darum hängt die Lösung von Problemen des Naturschutzes und der Wahrung konstitutioneller Rechte in Bezug auf die Umwelt direkt von dem geistlichen und moralischen Zustand der gesamten Gesellschaft und von den Prinzipien, auf die sich die russische Gesetzgebung gründet, ab. In diesem Zusammenhang sollten die moralischen Prinzipien und Regeln des Kodex von allen Ausschüssen und Fraktionen der Staatsduma berücksichtigt werden« (DECR Archive). Die Antwort der Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialpolitik im Föderationsrat, Frau Valentina Petrenko, lautet: »Die Studie ist unseres Erachtens tiefgreifend und von struktureller Bedeutung. Die Regeln wenden sich an viele unterschiedliche Leser, in allen möglichen geschäftlichen Strukturen, Geschäftsleute und ihre Verbände, Arbeiter und Gewerkschaften. Das Ziel ist gesetzt und um es zu erreichen, müssen alle, die am wirtschaftlichen Leben teilhaben, sich nicht nur heute, sondern auch morgen um gute Absichten und ein würdiges Leben bemühen. Insgesamt gesehen ist dieses Dokument interessant zu lesen und verständlich, gleichzeitig sehr professionell und auf seine Art einzigartig« (DECR Archive). Der Vorsitzende des Ausschusses für Industriepolitik im Föderationsrat, Valentin Sawadnikow, brachte folgende Idee zum Ausdruck: »Der Säkularisierungsprozess als Abkehr des sichtbaren Verhaltens von der religiösen Basis geht in Russland sehr intensiv vor sich. Je weiter sich eine Gesellschaft jedoch von der Quelle ihres moralischen Wissens entfernt, umso mehr hält sie sich an Regeln und Vorschriften, die ihre Quelle nicht in göttlichem, sondern in menschlichem Wissen haben. Gottes Gebote sind umfassend und universell; sie sind schon immer höher gewesen als menschliche Vorschriften und werden es immer sein. Der Kodex moralischer Prinzipien und Regeln wirtschaftlichen Handelns veranschaulicht dies« (DECR Archive).

Auch die Verantwortlichen mehrerer größerer Firmen reagierten auf den Kodex. Oft hieß es, dass sich Geschäftsleute in ihrer Arbeit von ähnlichen Prinzipien und Regeln leiten lassen, die sich auch oft in den Leitbildern der Firmen wieder finden. So schreibt der Vorstandsvorsitzende der Aktiengesellschaft »Sistema«, Wladimir Jewtuschenkow in einem Brief, dass der Kodex, »der die ethischen und moralischen Normen im Geschäftsleben und die Beziehungen zwischen Partnern und Arbeitern definiert, voll und ganz die Einstellung von ‚Sistema‘ widerspiegelt. Der Kodex moralischer Regeln, der auf den zehn Geboten, die von Gott gegeben wurden und auf alten

geistlichen Traditionen beruht, wird eines der Dokumente werden, die das Unternehmen »Sistema« in seiner Arbeit leiten wird. Außerdem wird schon sehr bald die Arbeitsgruppe für soziale Verantwortung ein internes Dokument, das sich auf den Kodex moralischer Regeln gründet, ausarbeiten und dem Vorstand vorlegen und die Kriterien sozial verantwortlichen Handelns definieren, die in dem Unternehmen beachtet werden sollen« (DECR Archive).

Am 28. Mai 2004 fand in Twer ein regionales Wirtschaftsforum statt, dessen Thema lautete »Zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region Twer durch geistliche und moralische Erneuerung«. Dort wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: »Die Teilnehmer des Twerer Wirtschaftsforums bekunden ihre Absicht, den Kodex orthodoxer Prinzipien und Regeln im Wirtschaftsleben zu befolgen und fordern alle Geschäftsleute in Twer dazu auf, sich an diesen Ehrenkodex zu halten, damit die einst unterbrochene Tradition russischen Unternehmertums in der Region Twer wiederbelebt werden kann (<http://www.mospat.ru/text/news/id/7016.html>).

Einige Journalisten stellten den Kodex lediglich als ein kircheninternes Dokument vor, das sich ausschließlich an »orthodoxe Geschäftsleute« wende. In Wirklichkeit jedoch wandte sich das Dokument an ein möglichst breitgefächertes Publikum einschließlich Repräsentanten unterschiedlicher Religionen und Nichtgläubiger. Aus diesem Grund finden sich in dem Dokument weder Bibelzitate noch Argumente aus der christlichen Theologie. So ist es kein Zufall, dass der Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Kriegsveteranen, Nikolai Kowaljow, schreibt, dass »der Kodex, der im wesentlichen freiwillige Verpflichtungen persönlichen Verhaltens beschreibt, meiner Ansicht nach von allen Konfessionen, die es in der russischen Föderation gibt, geschätzt werden wird« (DECR Archive). Außerdem wurde der Kodex am 9. Dezember 2004 vom Interreligiösen Rat Russlands unterstützt, welcher aus hochrangigen Repräsentanten der orthodoxen, muslimischen, jüdischen und buddhistischen Gemeinden in Russland besteht. Auf einer Pressekonferenz, auf der es um den Kodex ging, sagte der Vorsitzende der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, Metropolit Kirill: »Der Kodex basiert auf den zehn biblischen Geboten, welche Teil der Doktrin für orthodoxe Christen, Moslems und Juden sind. Die Einstellung der Buddhisten zu diesem Dokument war auch positiv, da die zehn Gebote, die Gott Moses auf dem Berg Sinai gegeben hat, voll und ganz das ausdrücken, was in nichtreligiöser Ethik als allgemeine mensch-



liche Moral bezeichnet wird. Deswegen ist das Dokument, das der Interreligiöse Rat Russlands angenommen hat, von gleicher Bedeutung für alle religiösen Traditionen in Russland« (<http://www.mospat.ru/text/news/id/8204.html>). Im Dezember des gleichen Jahres wurde das Do-

kument auch von dem Beirat der protestantischen Kirchen in Russland befürwortet. Zu dieser Gruppierung gehören Verantwortliche der evangelisch-christlichen Baptisten, der Pfingstgemeinden und der Sieben-Tages-Adventisten.

#### 4. Aussichten des orthodoxen moralischen Einflusses auf Wirtschaftsethik

Man kann hoffen, dass das Nachdenken über wirtschaftliche Fragen gerade erst begonnen hat in der orthodoxen Kirche und dass es schon bald eine Blütezeit erleben wird, die es noch nie zuvor in unserer Kirchengeschichte gegeben hat, noch nicht einmal in der vorrevolutionären Zeit (insbesondere während des »silbernen Zeitalters« der russischen Religionsphilosophie im späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert). Erwartungsgemäß wird diese Entwicklung in mehrere Richtungen verlaufen.

Erstens wird die Stimme der Kirche weiterhin gehört werden, sowohl auf der Ebene des tiefgründigen Dokuments der Kirche, welches ihre Sichtweise auf die Welt widerspiegelt, als auch auf der Ebene der Reaktionen auf unterschiedliche Entwicklungen im Wirtschafts- und Sozialleben. So haben in jüngster Zeit die Protestaktionen gegen den Ersatz von Geldzahlungen durch andere Sozialleistungen zu folgender Verlautbarung von Seiner Heiligkeit Patriarch Alexei II geführt: »Die Kirche maßt sich nicht an, dem Staat vorzuschreiben, welche wirtschaftlichen Mechanismen er im Rahmen seiner Sozialpolitik einsetzen soll. Was für uns zählt, ist, dass diese Politik gerecht, wirksam und für die Menschen nachvollziehbar sein sollte. Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass diesen Prinzipien nicht in angemessener Art und Weise nachgekommen worden ist... Veränderungen sollten die Menschen auf keinen Fall der echten Chance berauben, Verkehrs- und Kommunikationsmittel zu benutzen, ihre Wohnung zu behalten, Zugang zu ärztlicher Hilfe und Medizin zu haben. Andernfalls wird eine Tragödie für Millionen unserer Mitbürger unvermeidbar werden – für diejenigen, die ihr ganzes Leben zum Wohl ihres Vaterlandes gearbeitet haben und heute auf Pflege und Schutz angewiesen sind« (<http://www.mospat.ru/text/news/id/8397.html>).

Diese Verlautbarung fand große Beachtung in den Massenmedien, vorwiegend mit einer positiven Reaktion, obwohl einige Politiker und Journalisten es eilig hatten, sich gegen eine Teilnahme der Kirche an der Diskussion um dringende wirtschaftliche und soziale Probleme auszusprechen.

In dieser Hinsicht kam die deutlichste Aussage von einem Mitstreiter von Wladimir Schirinowski, dem Abgeordneten der Staatsduma Alexei Mitrofanow, der sagte, dass »die Einmischung der Kirche in die Realpolitik ein gefährlicher Vorgang ist« (<http://www.religare.ru/news13579.htm>). Gegen diese Ansicht wandten sich nicht nur Kirchenvertreter und einige Journalisten, sondern auch Herrn Mitrofanows Kollegen im russischen Parlament. Der Vizesprecher der Staatsduma, Sergei Barburin, äußerte sich in derselben Sitzung: »Ich freue mich über die Tatsache, dass die Kirchenverantwortlichen sich mit ihren Gemeindegliedern und dem Volk identifizieren und es ist unmoralisch und gegen den Staat gerichtet, ihnen zu verbieten, ihre Ansicht auszudrücken« (<http://www.religare.ru/news13579.htm>).

Zweitens werden auch weiterhin kirchliche Forschungseinrichtungen und orthodoxe Laienorganisationen wissenschaftliche Arbeiten und öffentliche Verlautbarungen über sozialwirtschaftliche Themen erstellen. Neue Studien, Ausarbeitungen, analytische Rezensionen und Anregungen auf der Basis orthodoxer Wirtschaftsethik und der Analyse wirtschaftlicher Probleme aus orthodoxer Perspektive werden sicher erscheinen. Orthodoxe Laienorganisationen werden ein besonderes Augenmerk auf die wirtschaftliche Globalisierung und internationale Beziehungen im Allgemeinen richten. Schon jetzt werden diese Themen auf religiösen Konferenzen aktiv diskutiert, die Teilnehmenden fordern mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft und protestieren gegen die wachsende Kontrolle der reichsten Industrienationen und ihrer Finanzeliten über den globalen Markt und die Wirtschaftsordnung in anderen Ländern. Die Kritik gegenüber internationalen Wirtschaftsorganisationen wird sicherlich eine Auswirkung haben auf die Haltung öffentlicher orthodoxer Organisationen gegenüber der Wirtschaftspolitik, die die russische Regierung und andere postsowjetische Länder betreiben. Diese Kritik ist nicht immer kompetent und professionell gewesen und wird es auch in Zukunft nicht immer sein. Oft ist die Kritik von schützenden Emotionen dominiert worden. Sie kann jedoch weder von der kirchli-

chen Hierarchie noch von dem Staat ignoriert werden.

Auch in anderen religiösen Gemeinschaften wird das Nachdenken über wirtschaftliche Themen weitergehen. So haben bereits die Verantwortlichen protestantischer Kirchen, der Altgläubigen und der Juden ihre Ansichten über Wirtschaft ausgedrückt. Im Fall von Moslems und Protestanten werden darüber hinaus gegenwärtig Konzeptpapiere diskutiert, mit denen sie sich dann an eine breite Öffentlichkeit wenden werden.

Drittens wird es einen Einfluss auf den Zustand der Wirtschaft haben, dass der Glauben unter Geschäftsleuten und Arbeitern nach und nach immer mehr zunimmt. In den frühen 90er Jahren war es noch so, dass Religiosität eine Art Modeerscheinung war, die aber von großer religiöser Unkenntnis begleitet war. Zu der Zeit machten auch immer noch alte Frauen die überwältigende Mehrheit in den Kirchen aller Religionen und Bekenntnisse aus. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatte sich die Situation aber bereits geändert: Heutzutage sind zumindest in den Städten die meisten Kirchgänger Familien mit Kindern und Menschen mittleren Alters. Viele von ihnen sind mit den Glaubensinhalten gut vertraut, nehmen aktiv am kirchlichen Leben teil und folgen Riten, die in der Sowjetzeit sogar bei vielen Gläubigen in Vergessenheit geraten waren. So zeigen mehrere soziologische Umfragen, dass in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends etwas 20% der Russen die Fastenzeit beachtet haben (laut ROMIR Monitoring waren es im Jahr 2004 22%; siehe Blagovest-Infor Bericht vom 11. März).

Ein Fastenmenü gehört heutzutage in den Kantinen von staatlichen Einrichtungen und großen Firmen selbstverständlich mit dazu. Es gibt immer mehr Ikonen in den Büros von Geschäftsleu-

ten und am Arbeitsplatz normaler Arbeiter. Schließlich unterstützen viele Firmen die Kirche auch finanziell sehr großzügig. Als Grund für ihre Freigiebigkeit geben sie christliche Moral an. Es gibt eine große Anzahl von Unternehmen, deren ganze Firmenkultur auf der Orthodoxie beruht. Eine solche Firma wird anonym in der Wirtschaftszeitschrift *Raschet* beschrieben. Die Chefbuchhalterin des Unternehmens, Frau Irina Krjutschkowa, äußert sich: »In unserer Firmenkultur gehören gemeinsame Verantwortung und volles Vertrauen zu anderen Menschen mit dazu. Solange ich in dieser Firma arbeite, weiß ich, dass ich nicht hintergangen, angelogen oder betrogen werde. Ich kann mich auf die Menschen hier voll und ganz verlassen. Und das Wichtigste ist, dass ich hier vollkommen ruhig sein kann und mich wohlfühle. Vielleicht drückt sich die orthodoxe Kultur auch in der Menschlichkeit der Verantwortlichen und der guten Auswahl an Mitarbeitenden aus« (<http://www.berator.ru/raschet/article/2380>). Es sollte angemerkt werden, dass es in Russland auch Firmen gibt, die protestantische oder muslimische Ethik befolgen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Einfluss der Orthodoxie und der Religion insgesamt auf das Wirtschaftsleben in den postsowjetischen Ländern zunimmt, allen Unkenrufen von Kommunisten und Liberalen über »ein nahes Ende der religiösen Renaissance« zum Trotz. Der Autor dieses Artikels hofft, dass diese Tendenz weitergehen wird. Dies würde seinen Mitbürgern, die immer noch eine moralische Krise erfahren, helfen, sich selbst zu erfüllen und eine freie, gerechte und effektive Wirtschaft aufzubauen, deren Ziel das Wohlergehen der Menschen ist und die deswegen undenkbar sein wird ohne ein solides moralisches Fundament. D

## Transformation auf dem Balkan und ihre sozialen Folgen – Die EU und ihre Semi-Peripherie

*Ein Resümee von Sonja Lokar*

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.

Die Autorin ist Leiterin der Gender Task Force, Regionaler Kooperationsrat (Nachfolger des EU-USA-Stabilitätspaktes für den Balkan), Sarajevo/Zagreb, und Direktorin des Mittel-Ost-Europäischen NRO-Gender-Netzwerkes, Ljubljana, Slowenien.

Übersetzung: Bettina Musiolek

Rumänien, Bulgarien, Albanien und das frühere sozialistische Jugoslawien waren sehr unterschiedliche kommunistische und sozialistische Systeme mit sehr verschiedenen Entwicklungsniveaus und Bruttosozialprodukten. Sie verfolgten sehr verschiedene Transformationswege und aktuell haben sie einen unterschiedlichen Status in Bezug auf die EU. Während Rumänien und Bulgarien inzwischen Mitgliedsstaaten der EU sind, Albanien ein Assoziierungs- und Stabilitätsabkommen mit der EU unterzeichnet hat, hat das frühere sozialistische Jugoslawien seine Transformation während eines Krieges vollzogen, die in die Formierung neuer Nationalstaaten mündete. Slowenien ist Mitglied der EU, Kroatien und Mazedonien sind Beitrittskandidaten, Bosnien – Herzegowina und Serbien haben Assoziierungs- und Stabilitätsabkommen, die frühere autonome Region in Serbien, das Kosovo, wurde unabhängig, aber nicht vollständig als Staat anerkannt und es steht unter starker formaler Präsenz von Friedensstreitkräften der EU und der UN.

Unabhängig von der konkreten Form der Transformation ist das Muster doch dasselbe: Neoliberale Transformationswege herrschen vor und bestehen aus folgenden Bausteinen: brutale Privatisierung des staatlichen, selbstverwalteten oder öffentlichen Eigentums, Öffnung der heimischen Märkte für ausländische Waren und Kapital, Verwüstung des existierenden Wohlfahrtsstaates und sein Ersatz durch schlecht konstruierte, halb privatisierte Zwei-Säulen-Modelle des reduzierten Sozialstaates, riesige Zunahme sozialer Unterschiede zwischen reich und arm, Entwicklung des organisierten Verbrechens und der Korruption, Proletarisierung der Mittelschichten und Pauperisierung der Arbeitenden, massive Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, Eruption sozialer und blutiger territorialer Konflikte, die durch

ethnische und religiöse Auseinandersetzungen verschleiert wurden.

Dieser Typ von Transformation war explizit zerstörerisch gegenüber die entwickelten vorhandenen industriellen Potenziale und Humanressourcen (Ausnahme: Albanien). Die durch diese Entwicklung verwundbarsten Schichten waren ethnische Minderheiten und Roma, weniger gebildete Menschen, Frauen, Kinder, Jugendliche und Ältere. Nur der Integrationsprozess von Slowenien, Bulgarien und Rumänien in die EU brachte bis 2008 höhere BSP-Wachstumsraten. Durch diesen EU-Integrationsprozess entstand in den Ländern darüber hinaus ein ständiger Druck, Rechtlosigkeit und Korruption zu bekämpfen (2008 war der Korruptionsindex von 6.7 für Slowenien relativ akzeptabel, während die anderen genannten Länder zwischen 4.4 – Kroatien – und 3.2 – Bosnien und Herzegowina – lagen). Das langsame Tempo der EU-Integration und die sich verschlechternden Perspektiven neuer EU-Erweiterungen nach den Ratifikationsproblemen des Lissabon-Vertrages trieben die Länder des Balkans in einen neuen Whirlpool ökonomischer, sozialer und politischer Instabilität.

Das Niveau offiziell gemessener Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2009 lag im Kosovo bei 43,6 Prozent und in Mazedonien bei 32,7 Prozent. 60 Prozent der Kosovaren leben mit weniger als 2 USD pro Tag. In allen diesen Ländern außer Slowenien sind Gewerkschaften schwach und ein sozialer Dialog existiert nicht. Der Anteil der informellen Ökonomie (»Schattenwirtschaft«) ist hoch und der Arbeitsmarkt ist geteilt in klientelistische, rigide, hochgeschützte, aber schlecht bezahlte Jobs in den Überbleibseln des staatlichen Sektors und der öffentlichen Einrichtungen einerseits und auf der anderen Seite den total flexibilisierten, ungeschützten Rest der Beschäftigten. Politische Eliten, die um Machterhalt um jeden Preis kämpfen, benutzten die Strategie des Ausverkaufs der Staatsjuwelen und die Politik des riesigen Staatsdefizits (Kroatien und Mazedonien).

### Erste Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Der leichte Zugang zu Krediten für Alltagsprodukte im ein wenig wohlhabenderen Kroatien beispielsweise machte die Mehrheit der Menschen zahlungsunfähig. Der Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 zeigte deutlich die Verletzlichkeit der Semi-Peripherie, zu der de facto alle Länder der Region gehören. Übernacht brachen die hereinkommenden Auslandsinvestitionen ein, ausländische Unternehmen begannen, ihre Produktion in weniger teure Länder zu verlagern (die Textilindustrie wanderte von Rumänien nach Moldawien) oder gar zurück in die Metropolen (Reno zog den TWINGO aus Slowenien nach Frankreich zurück und ersetzte ihn durch die Produktion eines weit weniger gutgehenden Modells). Das Bruttosozialprodukt von Slowenien verringerte sich zwischen Juli 2008 und Juli 2009 um 7,8 Prozent, in Kroatien um 6,3 Prozent und die Arbeitslosigkeit schnell nach oben. Wir sind in Slowenien bereits bei 80.000 Erwerbslosen und die Erwerbslosigkeit in Kroatien ist auf 13,2 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig aber schlagen dieselben neoliberalen Erholungsmethoden für die Wirtschaft wie aus der Transformationszeit nicht an. Alle Länder Südosteuropas müssen mit der Bitte um Refinanzierung ihrer Staatsschulden durch den IWF wieder die Löhne und Renten drücken und die letzten Überreste des Wohlfahrtsstaates beschneiden: öffentliche Unterstützung für Gesundheitsversorgung, Bildung, Kinderbetreuung, Arbeitslosengeld, Sozialtransfers für Kinder, Mutterschutz. Es wird offensichtlich, dass Frauen überproportional von diesen Lasten der globalen Finanzkrise betroffen sind: Sie verlieren ungefähr gleich viele Jobs in der Wirtschaft wie die Männer, aber ungleich mehr und neue Teile unbezahlter Erziehungs- und Familienarbeit wird zurück auf ihre Schultern verlagert.

Im Moment sind in keinem der Balkan-Länder ernsthafte politische und soziale Kräfte in Sicht, die fähig wären, ein alternatives Entwicklungsmodell vorzuschlagen und dafür die notwendige Unterstützung zu bekommen. Nationalistische (slowenisch-kroatische Grenzdispute, ständige Spannungen zwischen Republika Srpska und Bosnien-Herzegowina, der mazedonisch-griechische Disput über die Namensrechte an »Mazedonien«, die ungelöste Geschichte der Unabhängigkeit Kosovos), populistische, antidemokratische und autoritäre Offerten sind Bestseller. Gleichzeitig fühlt sich die Mehrheit der Men-

schen, die vor den verschlossenen Türen der EU zurückblieben, von der EU verlassen und betrogen. Deshalb haben antieuropäische Populisten und Stimmungen wieder Konjunktur, gerade in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien.

### Ein gemeinsames Sozialmodell für die EU?

Es gibt keinen Weg, ein gemeinsames europäisches Sozialmodell übernacht zu schaffen, auch nicht für die EU-Mitgliedsstaaten. Die Unterschiede aus Geschichte, Traditionen und Entwicklungsniveau sind zu groß, schon wenn man Schweden und Rumänien vergleicht, oder Dänemark und Italien.

Es wäre schon eine große Errungenschaft, wenn alle EU-Mitgliedsstaaten anfangen würden, die verbindlichen Antidiskriminierungsrichtlinien der EU zu respektieren und wenn die EU auch in Zukunft zu ihrem Antidiskriminierungs- und positiven Handlungsansatz in Bezug auf Frauen, Einwanderer und Roma steht.

Diese Krise sollte eine Gelegenheit für alle von uns sein, in der EU verbindliche und sinnvolle Standards für ökonomische, soziale und politische Rechte zu schaffen – zum Beispiel Gesetze, um endlich den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen los zu werden oder effektiv zu sanktionieren, wenn aufgrund von Alter, Elternschaft, Ethnizität, Rasse, sexueller Orientierung, Behinderung und infolge verschiedener Niveaus von Arbeitsplatzsicherheit diskriminiert wird. In diesen Krisenzeiten sollte die EU auf sozialem Dialog bestehen, auf besserer Regulierung der verantwortlichen Finanz- und Unternehmenswelt und auf der Schaffung verbindlicher Minimalstandards wirtschaftlicher und sozialer Bürgerrechte von Beschäftigten: Das universelle Recht auf einen Mindestlohn, auf erschwingliche öffentliche Kinderbetreuung, auf lebenslanges Lernen und Weiterbildung, auf sichere und sinnvolle Flexibilität in der Arbeit je nach Lebensrhythmen und Elternschaft, auf Rückkehr zu solidarischen Rentenfinanzierungssystemen kombiniert mit obligatorischer, öffentlich finanzierter Mindestrente für alle Bürgerinnen und Bürger über 65, auf kostenlosen Schutz der Reproduktions- und der Kinder-Gesundheit.

Es wäre auch notwendig, dass in der Perspektive eines sozial gerechten Kontinents und Globus alle Nachbarschafts- und Entwicklungshilfepolitiken beginnen, die wirklichen Kosten von guter Arbeit und gutem Leben der Menschen in Nicht-EU-

Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen – und die Kosten, die gebraucht werden, um Menschen in diesen Ländern zu helfen, den notwendig Grad

von demokratischer Selbstorganisation zu erreichen. D

## Wie sozial ist die EU?

Von Gisela Kallenbach, Leipzig, MdEP (2004-2009), MdL Sachsen

### »Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009

Gestatten Sie mir dazu ein paar einleitende Bemerkungen: 1. Die EU wird immer so sozial oder zu unsozial sein, wie es die Summe der – jetzt 27 – Mitgliedsstaaten zulässt und dabei gewillt ist, Zuständigkeiten von der nationalen Ebene auf die europäische abzugeben. Bisher fällt Sozialpolitik und auch die diese bestimmende Steuerpolitik weitestgehend in den Entscheidungsbereich der Mitgliedsstaaten. Die politische Ausrichtung in den Mitgliedsstaaten wird durch freie und geheime Wahlen bestimmt – also durch die Wähler/innen.

2. Die Zusammensetzung der Europäischen Kommission, die in aller Regel die Gesetzesvorhaben in die Verfahren bringt, wird durch die Mitgliedsstaaten (neuerdings unter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes) bestimmt. Sie entsenden ihren jeweiligen Kommissar/in – auch diese/r wird meistens von der Partei der Mehrheit im jeweiligen Mitgliedsstaat vorgeschlagen. Die Mehrheitspartei wird von den Wähler/innen bestimmt (siehe oben!)

3. Analysieren Sie bitte die Wahlergebnisse in den Mitgliedsstaaten in den zurückliegenden Jahren – es hat eine deutliche Verschiebung nach Mitte/Rechts und sogar rechtsradikal gegeben. Wie sieht es nun aber im Detail aus? Eines der wichtigen Gemeinschaftsziele der EU ist der Binnenmarkt, d.h. der freie, ungehinderte Verkehr von Waren, Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Eine Sozialunion ist **kein** Gemeinschaftsziel der EU. Da vereinbart man gerade noch den »Sozialen Dialog«, das »Sozialprotokoll«, aber schon eher den Europäische Sozialfonds (der ein echtes Instrument der europäischen Solidaritätspolitik ist und über den viele Milliarden in weniger entwickelte Gebiete geflossen sind!), weil sich herausgestellt hat, dass der freie Waren- und Kapitalverkehr das soziale Gefüge entscheidend beeinflusst durch die Bedingungen, die die Unternehmen stellen.

Welche Bedingungen könnte nun die EU stellen?

■ **Arbeitnehmerfreizügigkeit?** Einige Länder, darunter Deutschland verwehren dieses Recht den 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten bis 2011.

■ **Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit?** Ein Mindestlohn existiert zwar in den meisten Mitgliedsstaaten (nicht in Deutschland), allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau. Ich erinnere mich gut, dass insbesondere die Vertreter/innen aus den neuen Mitgliedsstaaten gegen europaweite Sozialstandards waren, weil sie im Wettbewerb mit ihrem »billigen« Humankapital »punkten« wollten.

■ **Gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Entlohnung für Frauen und Männer?** Zumindest das Antidiskriminierungsgesetz der EU will dafür sorgen.

■ **Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durch verbindliche gleiche Arbeitszeitregelungen?** Einige Mitgliedsstaaten haben erst kürzlich durch Veto und opt-out eine entsprechende Richtlinie verhindert.

■ **Verbraucherschutzgesetzte?** Dazu hat man sich auf schrittweise Anpassung in allen Mitgliedsstaaten eingelassen.

Als ein weiteres Gemeinschaftsziel kann die Lisabon-Strategie angesehen werden: Bis 2010 wollte die EU zum stärksten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt avancieren, mit dem wagen Versprechen Vollbeschäftigung und Wettbewerb, der den Verbraucher/innen die günstigsten Dienstleistungen aller Zeiten garantiert.

Damit verbunden war und ist die Liberalisierung der Wirtschaft – und möglichst auch der – oft – kommunalen Unternehmen, die Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge bereitstellen. Der irische Kommissar McCreevy kann zweifelsohne dabei als ein »Oberliberalisierer« bezeichnet werden.

Als bestes Beispiel dient hier die Dienstleistungsrichtlinie, deren unsoziale Auswirkungen auf die Arbeitnehmerschaft nur durch zahlreiche De-

monstrationen und gezielte Aktionen mit der grün-linken Minderheit im Parlament minimiert werden konnten.

Muss sich denn nun jedes Land dem Diktat aus Brüssel beugen?

Natürlich nicht, denn es ist und bleibt in der Entscheidung eines jeden Landes Mitglied in der EU zu werden oder nicht. Allerdings – und das sei dick unterstrichen – die heutigen globalen Herausforderungen, sei es die Klima-, Wirtschafts- oder Finanzkrise, sei es die Gefahr von Terror, sind schon in einer europäischen Gemeinschaft schwer, nationalstaatlich aber überhaupt nicht lösbar.

Zudem, auch das sei dick unterstrichen, hat die Erfahrung gelehrt, dass der Weg zu einer europäischen Integration die demokratische, rechtsstaatliche Entwicklung der einzelnen Länder ebnet. Das war der Fall in den Ländern Mittel- und Osteuropas, aber auch in Griechenland, Spanien oder die Länder des ehemaligen Jugoslawiens ist es zutreffend – und sogar für die Türkei.

Hat nun ein Land den Aufnahmeantrag in die EU gestellt, dann prüfen EU-Kommission, Rat und Parlament anhand der so genannten Kopenhagener Kriterien (beschlossen 1993 in Kopenhagen), ob das Land die politischen, wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bedingungen erfüllt. Sie konzentrieren sich auf die institutionelle Stabilität als Garantie für Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Ordnung bei Durchsetzung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz der Minderheiten, aber auch auf die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die den Wettbewerbsdruck und den Markt Kräften standhalten kann – und die heißt leider nicht öko-sozial!

Letztendlich ist auch entscheidend, ob das Land in der Lage ist, das gesamte Recht und die Politik der EU zu übernehmen. Das letztere hatte für die mittel- und osteuropäischen Länder zwangsläufig gravierende Umstellungen nicht nur der Wirtschaftsstruktur sondern oft auch des Alltagslebens zur Folge.

Aber auch hier eine Anmerkung: es war die eigene Entscheidung der Staaten, zur europäischen Familie gehören zu wollen – nach Jahrzehnten der Trennung und der Unfreiheit. Der Fakt der endlichen Europäischen Wiedervereinigung in Freiheit und Demokratie kann nicht hoch genug bewertet werden!

Wenden wir uns nunmehr einem konkreten Beispiel zu:

Bulgarien war ehemals – wie die anderen Ostblockstaaten – Mitglied der Wirtschaftsunion RGW aller dem Ostblock angehörenden Staaten. Nach der Wende 1990 fielen die östlichen Abnehmermärkte der bulgarischen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion weitgehend weg. Die bis dahin zentralistische geführte Wirtschaft, insbesondere die Industrie, fand sich plötzlich im globalen Wettbewerb wieder, für den sie aber nicht gerüstet war. Die Folge war ein tiefer Sturz der wirtschaftlichen Wertschöpfung und der privaten Einkommen. Die wirtschaftliche Leistungskraft Bulgariens und das private Einkommensniveau erreichten gerade einmal ein Drittel des EU-15 –Durchschnitts. Zugleich schafften es die staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen nicht, sich an die neuen offenen Spielregeln und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen: Ein anfälliges und unalkulierbares Justizsystem, durchgängige Korruption, alte Seilschaften, aufgeblähte Bürokratie und Überreglementierung auf vielen Feldern bildeten die Hinterlassenschaften einer jahrzehntelangen sozialistischen Zwangsherrschaft.

Vor diesem Hintergrund wurde 1993 ein Assoziierungsabkommen zwischen Bulgarien und der EU unterzeichnet, das im Jahre 1995 in Kraft trat. Von Anfang an war klar, dass dieser Schritt zu einer EU-Mitgliedschaft Bulgariens führen sollte. Folgerichtig stellte denn auch Bulgarien bereits im Dezember 1995 seinen Mitgliedschaftsantrag, 1997 begannen erste vorbereitende Verhandlungen. Das bedingt in aller Regel für das beitragswillige Land einen schwierigen, zum Teil schmerzhaften Anpassungsprozess, der tief in nationale Strukturen eingreifen kann und von der Änderung der Wirtschaft und Landwirtschaft bis zu Hygienevorschriften oder Verbraucherschutzbestimmungen geht. Für die EU-Kommission beginnt ein kontinuierlicher Beobachtungs- und Begleitprozess, der von regelmässigen Berichten an den Rat und das Parlament und entsprechenden Beschlüssen geprägt ist.

Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen zwischen Bulgarien und der EU-Kommission wurden am 15. Februar 2000 aufgenommen und am 15. Juni 2004 – sechs Monate früher als vorgesehen – abgeschlossen. Ziel war die Vollmitgliedschaft Bulgariens zum 1. Januar 2007.

Im April 2005 hat das Europäische Parlament trotz vielfach laut gewordener Bedenken den Beitritt Bulgariens mit großer Mehrheit gebilligt.

Dieser äußerlich glatte Verlauf der Beitrittsverhandlungen und deren erfolgreicher Abschluss dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass während des gesamten Beitrittsprozesses und weit darüber hinaus erhebliche Besorgnisse auf Seiten der EU und ihrer Gremien bestanden haben, dass Bulgarien letztendlich die Kopenhagen Kriterien voll erfüllen würde. Immer ging es um die bereits erwähnten Problempunkte: Justizreform, Korruptionsbekämpfung, nicht wirklich funktionierende Verwaltung und unkorrekte Verteilung der EU-Mittel, vor allem in der Landwirtschaft.

In ihrem endgültigen Bericht vom September 2006 gibt die Kommission dann zwar grünes Licht für den Beitritt Bulgariens. Sie unterstreicht jedoch zugleich die Notwendigkeit weiterer Reformen. Für den Fall des Misserfolgs kündigt sie die Verhängung sog. Schutzklauseln an, die unter anderem eine Aussetzung der EU-Fördermittel zur Folge haben können.

Auch in der Zeit nach dem Beitritt Bulgariens bleiben nachhaltige Defizite. Im letzten Kontrollbericht vom Juli 2009 werden trotz beachtlicher Reformfortschritte erneut relevante Schwachstellen in den Bereichen Justiz sowie Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen beschrieben. Bulgarien wird wohl noch – ähnlich wie Rumänien – für viele Jahre ein Problemland für die EU bleiben.

Unabhängig von diesen hartnäckigen strukturellen Problemen haben die Bulgaren selbst den Beitritt ihres Landes zur EU begrüßt und zum Jahresbeginn 2007 mit Feuerwerken und Straßenfesten gefeiert. Damit sei ein Traum für die bulgarischen Menschen wahr geworden, die schon immer mit den freien Völkern Europas in Frieden und Wohlstand leben wollten, sagte der bulgarische Ministerpräsident. »Wir sind endlich daheim« titelte die bulgarische Zeitung Trud zum 1. Januar 2007.

Das Thema der EU-Erweiterung ist leider oft genug politisch instrumentalisiert worden, insbesondere wenn es darum geht, die Folgen der Globalisierung in Westeuropa zu begründen. (Das hat letztlich auch eine entscheidende Rolle für

den negativen Ausgang der Referenden zum Verfassungs- oder Lissabonvertrag in Frankreich, den Niederlanden und Irland gespielt). Die Folgen für die Menschen bestanden eben nicht nur darin, dass die nicht wettbewerbsfähige Industrie im Osten zur Schließung von Betrieben und einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, sondern auch in der Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit wesentlich niedrigeren Produktionskosten (bis nach Asien). Dennoch – und auch das muss immer wiederholt werden: Die wirtschaftlichen Profite wurden in den exportstarken Ländern Westeuropas erzielt; sie hatten nach der Erweiterung einen millionenfachen Zuwachs an Konsumenten.

Die gegenwärtige Situation wurde und wird aber auch durch die neuen Mitgliedsstaaten forciert, indem sie zwecks Suche nach Investoren diesen Dumping-Steuern und langjährige Unternehmenssteuer-Befreiung angeboten haben und somit zum innergemeinschaftlichen Wettbewerb beitrugen. Wenn der Staat aber weniger Steuern einnimmt, muss es zwangsläufig zu geringeren gesellschaftlichen Leistungen führen.

Wie könnte nun aus der existierenden Wirtschafts- und Währungsunion eine Sozialunion werden?

Da ist natürlich an erster Stelle die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu nennen, allerdings solche, bei denen Ressourcenschutz, Energieeinsparung eine gleiche Bedeutung haben wie soziale Belange. Dafür müssen wesentlich mehr Gelder in Bildung und industrienaher Forschung investiert werden. Arbeitnehmerrechte müssen endlich die Beachtung finden, die heute Unternehmen zugebilligt wird. Das ist am ehesten mit europaweit agierenden, das Solidarprinzip umsetzenden Gewerkschaften zu erreichen. Unternehmen müssen endlich ihrer sozialen Verantwortung wieder gerecht werden und nicht nur Wert auf Aktienkurse, Boni-Zahlungen und Maximalgewinne legen. Alles das wird aber erst Wirklichkeit werden, wenn die Mehrheit der Wähler/innen hinter einer solchen Politik steht und ihre Stimme entsprechend nutzt!



## Sozialpolitik in Europa: Antworten auf die Krise und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Von Michael Ralph

**»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.**

**Der Auctor ist Kabinettsmitglied des Kommissars Vladimír Špidla, zuständig für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit in der Europäischen Kommission.**

Europa, und selbstverständlich nicht nur Europa, steckt seit über einem Jahr in einer Krise. Am schwerwiegendsten sind die Folgen dieser Rezession für die Menschen. Dieser Tatbestand ist ohne Zweifel eine große Herausforderung für die Sozialpolitik der europäischen Union.

Man kann behaupten, dass für den Bürger das soziale Europa mit einem Arbeitsplatz beginnt. Es ist daher heute eine der wichtigsten Aufgaben der Union, hohe Arbeitslosenzahlen zu vermeiden, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und den Weg für wirtschaftliche Erneuerung, für nachhaltigen Aufschwung und dauerhaftes Wachstum zu sorgen.

Schon vor der Krise sah sich die europäische Gesellschaft mit vielen Entwicklungen konfrontiert, die direkt oder indirekt ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürger haben. Die Schlagworte hier heißen Globalisierung, Demografie und neue Technologien. Ein soziales Europa ist daher ein Muss angesichts dieser Herausforderungen, die mit der aktuellen Krise noch größer geworden sind.

Vor diesem Hintergrund ist es meine Absicht im ersten Teil meiner Eingangsbemerkungen die Schritte zu erläutern, die die Kommission unternommen hat als Reaktion auf die Krise. In erster Instanz geht es hier um ein gemeinsames Engagement für die Beschäftigung, die die Kommission an die anderen Organe der europäischen Union, insbesondere das europäische Parlament und den Ministerrat weitergeleitet hat.

Im zweiten Teil werde ich auf die erneuerte Sozialagenda zurückkommen, die die Kommission schon Mitte 2008 als ihre Vision eines sozialen Europas im 21en Jahrhundert verabschiedet hat. Mit der neuen Sozialagenda will die Europäische Kommission in erster Linie den Bürgern Europas helfen, sich fit für das 21. Jahrhundert zu machen.

Bevor ich mich an diese zwei Themen wende, möchte ich Ihnen zunächst erklären, welche Möglichkeiten ich ansprechen werde und die uns zur Verfügung stehen, um diese Ziele zu erreichen. In meinem Vortrag geht es vorwiegend um zwei Konzepte, erstens die Finanzinstrumente und zweitens die Koordinierung. Es ist meines Erachtens sehr wichtig zu verstehen, wie diese Methoden funktionieren. In beiden Fällen handelt es sich keineswegs um Erlasse, die von irgendeinem Superstaat mit Sitz in Brüssel aufgezwungen werden, sondern um Partnerschaft und Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten der europäischen Union, und zwar auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Der europäische Sozialfonds (kurz »ESF« genannt) ist unser Hauptfinanzinstrument auf diesem Gebiet. Der ESF besteht schon seit über 50 Jahre und hat das Ziel, die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenserhaltung beizutragen. Die klassischen Maßnahmen, die durch den ESF gefördert werden, sind berufliche Bildung und Umschulung. Auf diese Art und Weise wird die Mobilität der Arbeitskräfte gefördert, sowie ihre Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse.

Die Leistungen des ESF sind beachtlich. Jedes Jahr widmet die Kommission fast 10% ihrer Haushaltsmittel an den ESF. Jedes Jahr werden in Europa zwei Millionen Arbeitslose, davon circa 1,2 Millionen Frauen, in eine Erwerbstätigkeit gebracht. Daneben können bis vier Millionen Bürger an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die Berechtigung unseres Ansatzes ergibt sich meiner Meinung nach ganz klar aus diesen Zahlen.

Seit Anfang 2007 hat der ESF einen kleinen Bruder. Der europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde ins Leben gerufen, um Arbeitskräften zu helfen, die infolge von Veränderungen im Welthandel entlassen werden. Ich gebe Ihnen einige Beispiele: ein großes Unternehmen schließt, eine Fabrik wird in ein Land außerhalb der EU verlegt oder ein ganzer Wirtschaftszweig einer Region bricht ein. In solchen Fällen kann dieser neue Fonds eine Reihe von aktiven ar-



beitsmarktpolitischen Maßnahmen finanzieren, die ganz auf die Unterstützung der betroffenen Arbeitskräften ausgerichtet sind.

Ich möchte betonen, dass es die entlassenen Arbeitskräfte sind, denen die Hilfe dieses Fonds zukommen und keineswegs die Unternehmen. Oberstes Ziel ist es, die Solidarität der Union mit den Bürgern zu zeigen, die von den negativen Folgen der Globalisierung betroffen werden.

Wie ihre Bezeichnung andeutet ist die Koordinierung ein Rahmen, den die EU den Mitgliedstaaten bietet, um gemeinsame Ziele und Indikatoren zu vereinbaren, um anschließend nationale Strategien zu entwickeln und durchzuführen. Ein Paradebeispiel in der Anwendung dieser Methode bieten die gemeinsamen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung, die in der sogenannten Lissabon-Strategie der EU enthalten sind, die im Jahre 2000 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde.

Die Lissabon-Strategie gilt als ein Konsens zwischen den Mitgliedsstaaten, die darauf abzielt, Europa zu modernisieren. Ein wichtiges Merkmal dieser Strategie, die 2005 gestrafft wurde, besteht darin, dass sie ein integrierter Ansatz der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anbietet. Die sogenannten »Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung«, die von der Kommission vorgeschlagen wurden, enthalten Leitlinien betreffend:

- erstens die Auswirkungen der makroökonomischen Politik auf Wachstum und Beschäftigung;
- zweitens die mikroökonomischen Reformen, die notwendig sind zur Stärkung des Wachstumspotentials Europas;
- drittens die beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten;

Wenn die EU die richtigen Reformen durchführt, kann sie einen wichtigen Beitrag leisten, um eine Zukunft in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit im Einklang mit den Erfordernissen der ökologischen Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Sie kann dafür sorgen, dass unsere Volkswirtschaften eine gute Ausgangsposition haben, um von den Chancen, die die Globalisierung anbietet, profitieren zu können. Sie kann Europa so stärken, dass es sich dem demographischen Wandel – einer Gesellschaft mit mehr älteren Bürgern und gleichzeitig weniger Menschen in erwerbsfähigem Alter – stellen kann.

Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen:

- mehr Menschen in Arbeit bringen und halten, das Angebot auf dem Arbeitsmarkt vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren;
- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern;
- Die Investitionen in Humankapital steigern, durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung.

Um zum europäischen Sozialfonds zurückzukommen, würde ich auch gerne betonen, dass die strategischen Prioritäten des Fonds für die jetzige Förderperiode, die seit Anfang 2007 läuft, größtenteils deckungsgleich mit den Leitlinien der Beschäftigungspolitik sind. Auf diese Art und Weise ergänzen sich bewusst die politischen Prioritäten und das Anwendungsbereich des Finanzinstruments.

So sah die Welt ungefähr aus, als die Krise urplötzlich in der zweiten Hälfte 2008 auf uns eingestürzt ist. Wie sah die Reaktion der Kommission aus?

Die Kommission hat im Herbst 2008 ein umfangreiches europäisches Konjunkturprogramm ausgearbeitet und den Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat unterbreitet. Dieses Programm beruht auf dem Grundsatz von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und schlug, unter anderem, Maßnahmen in den vier vorrangigen Bereichen der Lissabon-Strategie vor. Der allererste Schwerpunkt in dieser Liste galt den Menschen. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle der Finanzinstrumente besonders vorgehoben.

Für den europäischen Sozialfonds hat die Kommission eine Gesamtstrategie mit drei Unterteilen entwickelt:

- ein Angebot an die Mitgliedstaaten, ihre bereits existierenden ESF-Programme dahingehend neu auszurichten, damit sich die Unterstützung auf die wirtschaftlich Schwächsten konzentriert und damit den unmittelbaren Prioritäten entsprochen wird;
- eine Beschleunigung ab Anfang 2009 der Vorauszahlungen des Fonds, damit alle Mitgliedstaaten über ausreichende Liquidität verfügen, um wichtige Projekte so schnell wie möglich in Gang zu setzen;

■ eine weitere Vereinfachung der Verwaltungsregeln, insbesondere der Buchführungsbestimmungen, um das Instrument gebraucherfreundlicher zu machen und einen Anreiz für potentielle Begünstigte zu geben, die vorhandenen Mittel in Anspruch zu nehmen.

Die Regeln des europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurden ebenfalls auf Vorschlag der Kommission geändert. Insbesondere wurde das Geltungsbereich ausnahmsweise bis Ende 2011 ausgedehnt, um alle Fälle von über 500 Entlassungen abzudecken, die durch die Krise verursacht wurden.

Diese Strategie hat schon seine ersten Ergebnisse gezeigt. Mehrere Mitgliedstaaten haben ihre ESF-Programme an die Krisensituation angepasst. Der Förderung vorübergehender Kurzarbeit wird dabei eine besondere Bedeutung beigemessen. Über den ESF darf man keine passiven Maßnahmen oder Gehälter finanzieren. Im Gegenteil darf man durchaus die Weiterbildung der betroffenen Arbeitskräfte mitfinanzieren. Auf diese Art und Weise haben die Unternehmen bessere Möglichkeiten ihre wertvollen Fachkräfte zu behalten und sich gleichzeitig auf die Zukunft vorzubereiten.

Parallel dazu hat die Kommission in der ersten Jahreshälfte 2009 die Diskussion mit den Mitgliedstaaten über die zukünftigen Prioritäten der Beschäftigungspolitik gefördert. Drei Hauptprioritäten wurden herauskristallisiert und waren Gegenstand der Diskussion beim Beschäftigungsgipfel unter der tschechischen Präsidentschaft im Mai in Prag. Die Kommission hat anschließend in einer Mitteilung an die anderen EU-Organe vorgeschlagen, wie diese Zusammenarbeit, unter Einbeziehung der Sozialpartner, weitergeführt werden kann.

Die erste Hauptpriorität lautet: »Arbeitsplätze erhalten, neue Arbeitsplätze schaffen, Mobilität fördern«. Über Kurzarbeitsregelungen als Mittel zur Erhaltung von Arbeitsplätzen habe ich gerade gesprochen. Aber damit Arbeitsplätze geschaffen werden, müssen zum Beispiel auch die Rahmenbedingungen für Unternehmertum, Innovation und Selbstständigkeit stimmen.

Mit der zweiten Hauptpriorität will man die Kompetenzen der Arbeitskräfte verbessern, insbesondere durch eine stärkere Ausrichtung der allgemeinen und der beruflichen Bildung auf die Nachfrage am Arbeitsmarkt. Die Kommission hat schon 2008 eine Initiative »Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen« vorgestellt. Jetzt will

sie eine nach Branchen gegliederte Analyse des aufkommenden Qualifikationsbedarfs einschließlich Kompetenzen für eine Wirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß vorlegen.

Die dritte Hauptpriorität betrifft den Kern des sozialen Europas, denn es geht um die aktive Eingliederung unserer Bürger durch die Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung für alle. Um die sozialen Auswirkungen der Krise abzumildern, ist es wichtig, dass mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt gehalten werden oder in den Arbeitsmarkt kommen, insbesondere Frauen, ältere Arbeitnehmer oder diskriminierte Gruppen, um Langzeitarbeitslosigkeit und langfristige Nichterwerbstätigkeit zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine neue Initiative vorgeschlagen, um ein EU-Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung ins Leben zu rufen. Das Ziel ist den Weg zur Gründung von Kleinstunternehmen für Arbeitslose oder Personen aus benachteiligten Gruppen zu ebnen. Die Kommission hofft, dass ihr Vorschlag durch das Parlament und den Ministerrat vor Ende dieses Jahres genehmigt wird, damit das Instrument schon in 2010 funktionieren kann.

Selbstverständlich sind die Prioritäten, die ich gerade skizziert habe, nicht erst seit dem Beginn der Krise aus dem Nichts entstanden und waren schon Gegenstand der Diskussion. Vielmehr haben sie eine größere Relevanz und zum Teil auch andere Akzente bekommen. Aber die Krise hat uns einmal mehr die Interdependenzen einer globalisierten Welt vor Augen geführt. Gleichzeitig wurde auch deutlich, dass die Mitgliedstaaten von dem koordinierten und entschlossenen Handeln Europas profitieren.

Es war gerade im Kontext der Globalisierung, zusammen mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und der neuen Technologien, dass die Kommission Mitte 2008 die erneuerte Sozialagenda verabschiedet hat, und zwar mit dem Ziel, den Menschen zu helfen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen, und zugleich denjenigen unter die Arme zu greifen, die hierzu nicht in der Lage sind. Erlauben Sie mir also, im letzten Abschnitt einige Worte über die Prioritäten dieser Agenda zu sprechen.

Ein Merkmal dieser Sozialagenda, das ich besonders betonen möchte, ist die Tatsache, dass neben den Prioritäten, die im unmittelbaren Zusammenhang stehen mit dem Arbeitsmarkt und die ich eben im Kontext der Krise erwähnt habe,

wie zum Beispiel die Entwicklung von neuen Kenntnissen und Fertigkeiten, eine Reihe von anderen Prioritäten identifiziert wurden, die über den Rahmen des Arbeitsmarktes hinausgehen.

Ein erstes Beispiel betrifft die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung, die vor allem die aktive Eingliederung von Personen betrifft, die Probleme haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Hier empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, einen integrierten Ansatz aus angemessener Einkommensunterstützung, integrativen Arbeitsmärkten und Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen zu verfolgen.

Ein zweites Beispiel betrifft die Diskriminierungsbekämpfung. In diesem Zusammenhang hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Antidiskriminierung unterbreitet. Darin wird der Schutz vor Diskriminierungen außerhalb von Beschäftigung und Beruf auf die Merkmale Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Ausrichtung ausgeweitet. Das Ziel ist die Schaffung eines flächendeckenden wirksamen Rechtsschutzes, um zu verhindern, dass Menschen aufgrund dieser Merkmale benachteiligt werden.

Unser Augenmerk gilt auch der Roma Gemeinschaft, die heutzutage die größte ethnische Minderheit in der EU darstellt. Maßnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung der Roma im Rahmen bestehender Instrumente sind aus diesem Grunde von besonderer Bedeutung.


Drittens möchte ich auch die Priorität »Länger und gesünder leben« hervorheben. Hier widmet man sich vorwiegend den Folgen der Alterung unserer Gesellschaft. Zwischen 1960 und 2005 hat sich der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von zehn Prozent auf 17 Prozent fast verdoppelt. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen: Im Jahre 2050 soll ihr Anteil bereits bei 30 Prozent liegen. Angesichts solch tief greifender Veränderungen in der Alters- und Gesellschaftsstruktur arbeitet die Kommissi-

on im Rahmen einer »offenen Methode der Koordinierung« schon seit einiger Zeit mit den Mitgliedstaaten daran, gemeinsame Strategien und Indikatoren zur Modernisierung der Systeme der sozialen Sicherung zu entwickeln.

Um diese Maßnahmen umzusetzen, stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Ich habe schon ausführlich die Rolle der Finanzmittel und der der Koordinierung geschildert. Dazu kommen das Gemeinschaftsrecht und der soziale Dialog zwischen Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Dieser Dialog auf europäischer Ebene ist im Vertrag verankert und verkörpert den Grundsatz der Partnerschaft, den ich in meiner Einführung erwähnte.

Schließlich ist es wichtig, dass die sozialen Auswirkungen von allen Handlungsfeldern der EU schon mitten in der Entscheidungsfindung besser analysiert werden. Das ist bestimmt eine Aufgabe für die nächste Zukunft, man braucht nur über die eventuellen sozialen Auswirkungen zum Beispiel in den Bereichen der Energiepolitik oder des Klimaschutzes zu denken.

Wir wissen, dass die Verschlechterung der Wirtschaftsindikatoren in ganz Europa die Lissabon-Strategie und die Beschäftigungs- und Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten vor eine große Bewährungsprobe stellt. Die Sozialagenda wird aber nichts von ihrer Aktualität einbüßen – ganz im Gegenteil. Die Sozialagenda setzt ein Zeichen für eine noch stärkere Berücksichtigung sozialer Belange in allen Politikbereichen der EU, und das nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Rezession.

Mein Kommissar Herr Špidla betont immer gerne, dass die Modernisierung des europäischen Sozialmodells auf der Basis gemeinsamer Werte und eine aktive Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und sozialen Leben langfristig ohne Alternative sind für eine echte europäische Zivilgesellschaft und ein kosmopolitisches Europa. Diesen Schlussgedanken biete ich Ihnen als Anreiz für die Diskussion an. 

## Quo vadis soziales Europa? / Impuls

Von Patrick Roger Schnabel, Jur. Referent / Stellv. Leiter EKD-Büro Brüssel

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009. Impuls zur Podiumsdiskussion »Quo vadis soziales Europa? Kirchen und soziale Bewegungen antworten«.

### Einleitung

Quo vadis soziales Europa? – Um eine Einschätzung auf diese Frage geben zu können, muss man sich zunächst einmal die Vielschichtigkeit des Themas vergegenwärtigen. Da ist zum einen die Frage nach den Kompetenzen. Die EU darf ihren Gründungsverträgen gemäß ja nur da handeln, wo ihr explizit von den Mitgliedsstaaten eine entsprechende Zuständigkeit eingeräumt wird. Geschieht das nicht, bleibt die alleinige politische Verantwortlichkeit und bleiben die Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene. Das gilt für das meiste, was wir traditionell unter »Sozialpolitik« fassen. Geht es um die neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (und die Beitrittskandidaten im Südosten), muss man zum anderen die sehr verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausgangsbedingungen bedenken. Es gibt eben nicht generell die postkommunistischen Länder in der Transformation, sondern sehr konkret Polen und Tschechien oder die baltischen Staaten oder Bulgarien und Rumänien. Es gibt Balkan-Staaten, die zusätzlich zu den Folgen der Ostblockzeit noch die Kriegserfahrungen zu bearbeiten haben. Und wie in allen Demokratien gibt es in all diesen Staaten Regierungen verschiedener Couleur, die z.T. sehr unterschiedliche Weichenstellungen treffen. Diese Differenzierungen dürfen bei allem, was »die Neuen« gemeinsam haben, nicht verloren gehen.

### Die Rolle der Europäischen Union

Trotz beschränkter Handlungsmöglichkeiten richtet sich auf »Europa« viel Hoffnung, aber auch viel Kritik, wenn es um die sozialen Fragen der Gegenwart geht. Das ist kein Widerspruch. »Soziales« ist ja nicht das Vorrecht eines bestimmten Ressorts, sondern ein Querschnittsthema. Der Großteil des europäischen Rechts ist Wirtschaftsrecht. Dass gerade die Vorgaben in diesem Bereich – vom Arbeitsrecht und dem Arbeitsschutz

bis zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber – soziale Auswirkungen haben, ist evident.

Von Anfang an war diese Perspektive im Blick der europäischen Integration. Ich nenne nur die Europäische Sozialcharta von 1961 oder die Unionscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989. Die Grundrechtecharta, die mit dem Vertrag von Lissabon (in den meisten) EU-Staaten verbindlich werden soll, schützt ebenfalls soziale Grundrechte. Der Ausgleich zwischen den »starken« und den »schwachen« Staaten ist ein Grundprinzip des EU-Haushalts. Doch auch der soziale Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Gesellschaften ist ein Ziel europäischer Politik. So heißt es in der Präambel des Reformvertrags, die Union fördere, »im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts sowie der Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung« und verfolge Politiken, »die gewährleisten, dass Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen«. In Art. 3 EUV (neu) fällt der Begriff einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft. Die Union »bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.« Obwohl sie kaum Möglichkeiten hat, direkt in die nationale Sozialgesetzgebung einzugreifen, machen die Mitgliedstaaten verstärkt von der »Offenen Methode der Koordinierung«, also von auf EU-Ebene vereinbarten Absprachen in den alleinigen Kompetenzbereichen der Einzelstaaten, Gebrauch, um ihre Sozialgesetzgebung aufeinander abzustimmen (Art. 5 III AEUV).

Die Liste der hehren Ziele ließe sich fortsetzen. Und es darf auch kein Zweifel daran bestehen, dass das Europäische Projekt im letzten halben Jahrhundert nicht nur Garant von Frieden und Stabilität in Westeuropa war und die Transformation im Osten kaum so koordiniert und besonnen verlaufen wäre, wenn nicht die Beitrittsverhandlungen mit der Übernahme des *acquis communautaire* (des gemeinschaftsrechtlichen Besitzstandes) die Erfahrungen und Ergebnisse dieses Prozesses »exportiert« hätten. Die Leistungen der

EG/EU brachten auch wachsenden Wohlstand für viele – und nicht nur im materiellen Sinn, sondern auch im Sinne eines Gewinns an Freiheit und Mobilität. In dem Maße, in dem Europa einheitlicher wurde, wurden seine Mitgliedstaaten bunter.

Heute entsteht der Eindruck, Europa stehe an einem sozialpolitischen Scheideweg. Das Thema dieser Tagung »Die Stumme Krise im Osten« deutet darauf hin. Es wird gefragt: Kann dieser Prozess für das »alte Europa« fortgesetzt und auf das »neue Europa« ausgedehnt werden? Lässt sich das Erfolgsmodell der Beitritte Griechenlands (1981), Portugals und Spaniens (1986) wiederholen? Oder lassen sich nicht vielmehr Zeichen erkennen, dass der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten 2004 und 2007 soziale Einschnitte mit sich brachte und bringt – hüben wie drüben der alten Grenzen? Was ist also dran, am »sozialen Europa«, wo liegen seine Herausforderungen und Probleme, wo seine Chancen?

### Herausforderungen und Probleme

Diesen Fragen soll nachstehend unter zwei Aspekten nachgegangen werden. Zum einen sollen unter die Unterschiede zwischen Ost und West betrachtet werden, und wie die »Solidarunion« Europas dazu beitragen kann, sie abzubauen. Zum anderen soll die europäische Sozialpolitik in ihren Rahmenbedingungen fortschreitender Globalisierung, einer anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise und starken neoliberalen Strömungen in der EU selbst in den Blick kommen.

#### 1. Die Unterschiede zwischen »Ost« und »West« – Europäische Solidarität

Für die neuen Mitgliedstaaten stellen sich zwei Armutsprobleme: die Armut großer Bevölkerungsteile im eigenen Land und die relative Armut der Staaten im Verhältnis zu den anderen EU-Mitgliedstaaten und den großen Wirtschaftsnationen. Beide hängen eng zusammen.

Schaut man sich die Zahlen<sup>1</sup> an, sind die Unterschiede zwischen den EU-Staaten immer noch gravierend:

- Vergleicht man etwa das BNE/p.c. in Kaufkraftstandards, liegt Deutschland (obwohl seit mehr als zehn Jahren sinkend) immer noch bei 116 % des EU-27 Durchschnitts. Polen, obwohl steigend, liegt bei 57,5%, Bulgarien bei 40,1, der

potentielle Beitrittskandidat Mazedonien nur bei 32,5.

- Die Arbeitslosigkeit liegt in Deutschland bei 7,7% (und damit unterhalb des EU-Schnitts von 9,5%), in Litauen und Lettland respektive bei 16,7 und 17,4%.

- Die Inflation lag in Deutschland zuletzt bei 7,6% über den Basisjahr 2005, in Estland aber bei 23,74% und in Bulgarien bei 32,72% über 2005.

Das Bild verfestigt sich, je mehr Indikatoren man heranzieht. So ist das Einkommensniveau in Luxemburg sechsmal höher als in Litauen. 23% aller Europäer leben mit weniger als 60% des europäischen Durchschnittseinkommens, während nur 16% diesem Armutsrisiko relativ zu ihrem jeweiligen Landesdurchschnitt ausgesetzt sind. In fast allen Mitgliedstaaten (bis auf Schweden, die Niederlande, dem UK und Estland) ist das Armutsrisiko – bei unterschiedlichen Ausgangslagen – jedoch zwischen 2000 und 2004 angestiegen.

Das leitet über zur relativen Lage in den neuen Mitgliedsstaaten selbst: Das Risiko, materieller Entbehrung ausgesetzt zu sein, liegt in Rumänien bei über 50%, bei 40% in Lettland und bei immerhin noch über 30% in Polen, Ungarn, Zypern, der Slowakei und Litauen. Wer dann tatsächlich betroffen ist, hängt von weiteren Faktoren ab, insbesondere Geschlecht, Alter, Kinder, Arbeitslosigkeit, Bildungsstand.

Die Probleme sind ererbt: Zum überwiegenden Teil gehen sie auf die Misswirtschaft der kommunistischen Ära zurück, nicht auf die Liberalisierung der Märkte. Der EU Beitritt hilft den Staaten, die Transformation politisch und sozial abgefördert durchzuführen. Ohne die Solidarität innerhalb der gewachsenen EU wären diese Länder dem Einfluss der internationalen Märkte ja nicht nicht ausgesetzt, sondern vielmehr ohne die Hilfen und Fallnetze der Gemeinschaft. Es gibt keine realistische Perspektive protektionistischer Existenz außerhalb der internationalen Wirtschaftsräume. Dennoch gilt auch: Nimmt die EU ihre Vertragsziele ernst, muss dringend gegengesteuert werden. Natürlich geschieht dies schon automatisch im Rahmen des »Staatenfinanzausgleichs«. Was die einzelnen Mitglieder einzahlen und im Vergleich herausbekommen, variiert. Es gibt Netozahler und Nettoempfänger, selbst, wenn diese Rechnung etwas vereinfachend ist. Alle neuen Mitgliedstaaten sind Nettoempfänger: geführt wird diese Liste allerdings von Griechenland. Insofern ist die Betrachtung der allgemeinen EU-

Mittel nicht ausreichend. Die Transformation von Plan- zu Marktwirtschaften, der Aufbau von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft – all das stellt die Länder, die einstmals hinter dem Eisernen Vorhang lagen, vor besondere Herausforderungen, die auch besonderer Solidarität bedürfen. Es darf und muss gefragt werden, ob die EU schon genug tut, um diese Solidarität wirklich zu üben.

Leider ist es schwierig, an konkrete Zahlen zu kommen, welche Mittel die EU bereits für die beiden Erweiterungen 2004 und 2007 zur Verfügung gestellt hat. Der Überblick ist durch verschiedene Programme (PHARE, ISPA, CARDS) erschwert, die erst 2007 zu IPA (Instrument for Pre-accession Assistance) zusammen gefasst wurden. Schaut man sich diese »transition facility« an, stehen für Kandidaten und potentielle Kandidaten zusammen (also Kroatien, Mazedonien, die Türkei, Albanien, Bosnien und die Herzegowina, Montenegro und Serbien + Kosovo) in der Haushaltsperiode 2007-2013 nur 11,5 Milliarden Heranführungshilfen zur Verfügung.

Nun ein paar Zahlen zum Vergleich: Berechnungen der Universität Halle und der FU Berlin legen nahe, dass der Aufbau Ost bisher etwa 1500 Milliarden (1,5 Billionen) Euro Transferleistungen aus den westlichen Bundesländern erfordert hat. Der Marshall-Plan für Westeuropa nach dem Krieg umfasste Leistungen von (in heutigen Geldwert umgerechnet) immerhin mindestens 100 Milliarden US-Dollar im Zeitraum 1948-52. In diesem direkten Vergleich darf gefragt werden, ob nicht mehr auch an finanzieller Solidarität innerhalb Europas möglich wäre<sup>2</sup>.

Natürlich beschränkt sich die Aufbauleistung der EU nicht allein auf Sondermittel. »Handel & Wandel«, also der Binnenmarkt, soll der eigentliche Motor von Wachstum und Wohlstand sein. Striktere EU-Normen erhöhen die Arbeitssicherheit in vielen Bereichen. Bessere Umweltstandards senken das Krankheitsrisiko, erhöhen die Lebenserwartung, heben das Wohlbefinden. Europäische Antidiskriminierungsgesetzgebung kommt benachteiligten Gruppen zu Gute – in Osteuropa ist etwa an die Roma zu denken. Menschen können – soweit dies nicht (wie in Deutschland) noch eingeschränkt ist – Arbeit außerhalb strukturschwacher Regionen und Länder finden: So wanderten 2006 etwa 111% mehr Polen aus als im Schnitt der Vorjahre; Ziel meist Großbritannien. Und auch die Nettozahler zahlen eben nicht nur, sondern profitieren erheblich von den neuen Märkten und den günstigen Importen.

Dennoch gibt es auch die Kehrseiten. Auch hier einige Beispiele: Mehr Regeln bringen nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch mehr Bürokratie und Kosten. Wettbewerbsfähigkeit erfordert hohe Investitionen für den Umbau so gut wie aller Industriezweige und der Landwirtschaft. Die Ansiedlung neuer Industrien brachte nicht unbedingt höhere Löhne. Stattdessen brachte der Binnenmarkt ungehemmt Konkurrenzprodukte zur einheimischen Industrie auf den Markt. Mobilität bedeutete für viele Länder auch einen »brain drain«.

Es wäre also verfehlt davon auszugehen, dass allein der Markt alles regelt. Selbst unter normalen Bedingungen. Doch derzeit verschärft die Wirtschaftskrise die Lage:

## *2. Wirtschafts- und Finanzkrise, marktliberale Politik und Globalisierung*

Bevor ich zur Kritik an Einzelpunkten kommt, möchte ich grundsätzlich vorweg stellen: Die Wirtschaftskrise hat die Bedeutung Europas für wirtschaftliche, monetäre und damit letztlich auch soziale Sicherheit eindrucksvoll bestätigt. Die Anziehungskraft der EU ist dadurch noch größer geworden, wie etwa das Beitrittsgesuchen Islands zeigt, das noch einmal knapp dem Staatsbankrott entkommen ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat ihren Ursprung nicht zuletzt auch darin, dass es einen Vorsprung von Mobilität vor Regelung gibt. Anders gesagt: Während es für die Wirtschaft längst schon nur eine Welt gibt, gibt es für die Politik immer noch die kleinen Einheiten. Für internationales und globales Handeln fehlt es am Willen, Strukturen aufzubauen, die es erlauben, einheitliche Regelungen zu treffen und dafür ggf. auch Kompetenzen abzutreten.

Dass »Europa«, also die Lösung vom rein nationalen Kontext, ein Teil der Antwort ist, dürfte heute deshalb niemand mehr ernsthaft bestreiten. Längst lassen sich nicht mehr alle Probleme national lösen. Weitsichtige Politik muss internationale Politik sein. Gerade in der »Krise« bewährt sich internationale Solidarität und wächst die Anziehungskraft gemeinschaftlicher Strukturen. Das Beispiel Islands hatte ich bereits erwähnt. Ebenfalls vom Staatsbankrott bedroht war das EU-Mitglied Ungarn: Im Oktober 2008 bewilligten IWF, EU und Weltbank dem Land Sonderkredite von 20 Milliarden Euro, 6,5 davon von der EU. Natürlich muss auch hier noch einmal auf die

Zahlen von oben verwiesen werden: Stehen die Summen, die hier kurzfristig zum Ausgleich von letztlich unverantwortlichem Wirtschaften zur Verfügung gestellt werden, in einem angemessenen Verhältnis, zu den Summen, die für die Transformation als solche bereit gestellt werden? Das eine ist unbestritten nötig. Das andere aber auch! Europäische Politik muss in den nächsten Jahren beweisen, dass ihr der soziale Zusammenhalt ebenso am Herzen liegt, wie die wirtschaftliche Stabilität. Beide bedingen sich gegenseitig. Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, das EU-Äquivalent zur KfW, gerade erst Ende September gefordert hat, ihr Finanzvolumen kurzfristig um 10 Milliarden zu erhöhen, um wenigstens einen Teil der aufgrund der Krise ausbleibenden Investitionen durch neue Kredite abfedern zu können.

Hinterfragt werden muss also nicht das »Ob« der europäischen Einigung, sondern das »Wie«. Die EU ist ja, wie jedes demokratische Gebilde, in einem ständigen Werden, dessen konkretes Sein von politischen Strömungen und Mehrheiten abhängt. In den letzten Jahren wurde der EU verstärkt vorgeworfen, Marktliberalismus vor Soziale Marktwirtschaft zu stellen. Ich will diesem Vorwurf anhand eines konkreten Beispiels nachgehen, der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu Arbeitnehmerrechten im Binnenmarkt:

Im Fokus (nicht nur) gewerkschaftlicher Kritik waren insbesondere die Urteile in den Fällen Viking (RS C-438/05), Laval (RS C-341/05), Rüffert (RS C-346/06) und Luxembourg (RS C-319/06). Ich greife hier den Fall Rüffert heraus, zum einen, weil es sich um einen »deutschen« Fall handelt, zum anderen, weil er die verschiedenen Ambivalenzen des Problems gut veranschaulichen lässt.

Das Land Niedersachsen hatte es für eine öffentliche Ausschreibung verpflichtend gemacht, dass die Baufirma mindestens den lokalen Tariflohn zahlt. Entsprechend belegte sie die Firma mit Vertragsstrafen, als diese einen polnischen Subunternehmer beschäftigte, der unter 50% dieses Lohnes zahlte. Der EuGH verurteilte das Land Niedersachsen daraufhin, weil es gegen die Entsenderichtlinie (96/71/EG) verstoßen habe.

Die Reaktion in Deutschland ging recht einhellig in Richtung Empörung. Lohndumping sei nun Tür und Tor geöffnet. Ich kann die Empörung verstehen. In Osteuropa wurde sie so jedoch nicht überall geteilt. Vielmehr wurde sie vielfach als

Ausdruck eines sozialen Protektionismus gewertet, der die sozialen Unterschiede eher erhalte. Der Weg in die westlichen Märkte ist eben für die meisten Firmen nur über günstigere Angebote möglich, die durch günstigere Löhne bedingt sind. Ohne den Weg in die westlichen Märkte können diese Löhne aber auch nicht steigen. Wer hat nun recht? Beide Positionen sind verständlich – und doch unvereinbar. Will man ehrlich sein, muss man sagen, dass dieser Gegensatz nur überwunden werden kann, wenn beide Positionen zu Abstrichen bereit sind – die Frage ist, ob der Ausgleich zwischen ihnen fair ist oder einer Seite überproportionale Belastungen abverlangt. Eine einfache Lösung mit der alle glücklich sind, wird es nicht geben. Wir müssen wissen, was uns ein geeintes Europa wert ist und dass die Vorteile des Zusammenwachsens auch so lange Belastungen mit sich bringen, wie die Lebensverhältnisse in Europa sehr ungleich sind. Ein einheitlicherer Lebensstandard ist daher letztlich die Basis eines sozial gerechten Binnenmarktes.

Der EuGH hat allerdings auch Auswege eröffnet: Die Entsenderichtlinie erlaubt das Festlegen von (allgemeinen oder branchenspezifischen) Mindestlöhnen oder eine gesetzliche Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrags. Damit ist die Verantwortung wieder bei den Mitgliedsstaaten – und in Deutschland sind wir mitten in der Mindestlohndebatte. Dazu verweise ich an die Handreichung, die die EKD gerade in der letzten Woche veröffentlicht hat. Sie versucht, die Balance zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit zu finden und spricht sich für zielgerichtete Mindestlöhne aus, wo die Balance allein durch die Tarifpartner nicht mehr gewährleistet werden kann.

Der vom EuGH offen gelassene Weg verweist aber wieder auf das Verhältnis von Nationalem und Europäischem in der Sozialpolitik. Zu oft weisen Politiker »Brüssel« die Schuld an unpopulären Gemeinschaftsmaßnahmen zu. Das ist in höchstem Maße unredlich. Wichtigster Gesetzgeber der EU sind die im Rat versammelten Mitgliedstaaten. An ihnen vorbei gibt es kein Europäisches Gesetz, in vielen Fällen entscheiden sie über die Vorschläge der Kommission sogar ohne Parlamentsbeteiligung. Die eigentliche Sozialpolitik ist sogar ihre ausschließliche Zuständigkeit, in der sie höchstens freiwillige und unverbindliche Absprachen treffen.

An dieser Zuständigkeit dürfte sich auch mittelfristig nichts ändern: Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil<sup>3</sup> zum Lissabon-Vertrag die Sozialpolitik zum Kernbestand natio-

naler Verfassungsidentität. Die Mitgliedstaaten dürfen ihre Fähigkeit zu selbstverantwortlicher politischer und sozialer Gestaltung der Lebensverhältnisse nicht verlieren (Rn 226). Sie müssen ausreichenden Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse behalten (Rn 249). Sozialpolitisch motivierte Ausgaben der öffentlichen Hand und die sozialstaatliche Gestaltung von Lebensverhältnissen gelten als besonders sensibel für die demokratische Selbstgestaltungsfähigkeit eines Verfassungsstaates.

So richtig und begrüßenswert diese Klarstellung ist: Sie entbindet nicht von der Verpflichtung zur europäischen und globalen Perspektive der Sozialpolitik, wenn gleichzeitig viele der für sie relevanten Rahmenbedingungen auf diese Ebenen verlagert werden. Doch das Urteil will ja gerade keine Europablindheit, auch nicht in Kernfragen nationaler Identität: Es geht den Richtern lediglich um die Handlungsfähigkeit der demokratischen Institutionen: Die jüngst nach ihren Vorgaben verabschiedeten Begleitgesetze stärken die Rechte von Bundestag und Bundesrat und legen der Bundesregierung höhere Berichtspflichten in Europaangelegenheiten auf. Das muss aber von beiden Seiten gefüllt werden. Je mehr Gesetzgebung auf EU-Ebene vorgegeben wird (in einigen Politikbereichen weit über die Hälfte), desto »europäischer« muss der politische Blick werden: Das sollte übrigens nicht nur für die Parlamente gelten, sondern auch für Medien und Öffentlichkeit.

### Der Beitrag der Kirchen

Als Evangelische Kirche in Deutschland bemühen wir uns, zur Entstehung und Gestaltung einer solchen aufmerksamen Öffentlichkeit beizutragen. Seit 1990 unterhält der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union ein Büro in Brüssel. Längst ist es nicht mehr nur ein Frühwarnsystem für unerwünschte Überformungen des deutschen Staatskirchenrechts durch Rechtsakte der Gemeinschaften. Vielmehr ist es – in Zusammenarbeit mit den Diensten und Werken in der EKD und mit den ökumenischen Partnern – zu einer sozialanwaltlichen Institution herangewachsen. Nicht zuletzt gemeinsam mit dem Büro des Diakonischen Werkes setzt sich die EKD auf diesem Weg für ein gelingendes europäisches Sozialmodell ein: Wir treten dafür ein, dass die Sozialdienstleistungen von Allgemeinem Interesse nicht allein den Regeln des freien Marktes unterworfen werden, sondern dass in diesem sensiblen

Bereich besondere Qualitäts- und Strukturvorgaben möglich sind. Die Bedeutung der Subsidiarität und der Leistungserhalt der gemeinnützigen Freien Träger liegt uns dabei besonders am Herzen.

Wir engagieren uns dafür, dass die EU die soziale Dimension kohärent in alle Politikbereiche integriert. Besonders wichtig ist uns das mit Blick auf die Überarbeitung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Ziel des erstmals 2000 beschlossenen Programms war es, die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Viele Maßnahmen der so genannten Agenda 2010 der Regierung Schröder sollten der Umsetzung dieser Strategie dienen. Auch hier zeigt sich wieder der Zusammenhang von europäischen Vereinbarungen und nationaler Politik. Da die Lissabon-Strategie heute den Rahmen für fast alle Entscheidungen mit sozialpolitischer Auswirkung bildet, sehen die Kirchen in ihrer »Neuaufgabe« im nächsten Jahr eine Bewährungsprobe für das Europäische Sozialmodell. Es war von Anfang an ein Kritikpunkt, dass dieses 2000 beschlossene Programm soziale Aspekte nur ungenügend integriert – und in der Folge soziale Sicherung erhöhter Wettbewerbsfähigkeit opfert. Die EKD-Synode 2005 kritisierte die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die durch die Strategie befördert wird.

Lassen Sie mich als Beispiele die Bildungspolitik und die Arbeitsmarktpolitik benennen. Es ist unbestritten, dass Bildung der Schlüssel zum individuellen Erfolg ist. Sie muss auch so gestaltet sein, dass sie Menschen befähigt, sich in der modernen Welt und Berufswelt zurechtzufinden. Sie darf aber nicht auf solches Anwendungswissen reduziert werden, sondern muss als Persönlichkeitsbildung den ganzen Menschen in den Blick nehmen. Ich zitiere aus einem Konsultationsbeitrag<sup>4</sup>, den unser Büro Anfang des Jahres bei der Kommission eingereicht hat und der die EKD-Position widerspiegelt:

*»Zur Ausrichtung des Bildungssystems gehört auch die Verständigung über den Bildungsbegriff. Aus protestantischer Sicht ist Bildung mehr als bloßes Verfügungswissen, sondern umfasst zugleich die Frage nach den Zielen von Wissen und Lernen, ist also Orientierungswissen. Dieses ermöglicht erst verantwortungsbewusstes Handeln. Ausgehend von solchem integrativen Bildungsverständnis müssen Werte und Fähigkeiten gefördert werden, die nicht wirtschaftlich verrechenbar sind. Jedes neue Können vermehrt das Selbstvertrauen;*



*Kompetenzzuwachs ist ein Teil des Wachstums der Persönlichkeit. Es entspricht der Würde des Menschen, sich selbstbestimmt zu entfalten und von seinen Gaben Gebrauch zu machen, Fertigkeiten und soziale Fähigkeiten zu erwerben sowie einen unternehmerischen Geist zu entwickeln. Mit einer inhaltlichen ethischen Bestimmung und dem Akzent auf der Bildung der Person geht der protestantische Bildungsbegriff über ein formal-operationales Verständnis hinaus.«*

Die bildungspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Lissabon-Strategie lassen diese Dimension leider meist vermissen. Auch das akademische Studium wird allein unter Verwertbarkeitsaspekten betrachtet und der Bildungsbegriff auf diese Weise entleert. Wir bemühen uns, demgegenüber die ganzheitlichere Perspektive stark zu machen – und bringen das auf vielen Ebenen ein, nicht zuletzt durch Verweise auf viele »good practice« Beispiele aus dem Raum kirchlich-diakonischer Bildungsträger.

In der Arbeitsmarktpolitik setzt die »alte« Lissabonstrategie auf Liberalisierung als Motor für mehr Beschäftigung. So sollen etwa die beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Lohnnebenkosten überprüft und gegebenenfalls deren Struktur und Niveau angepasst werden, insbesondere um die steuerliche Belastung der gering entlohnten Arbeit zu senken. Lohnnebenkosten sind in der Regel aber Sozialversicherungsabgaben. Unter der Wortneuschöpfung »Flexicurity« sollen »unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht« werden, u.a. durch Anpassung der arbeitsrechtlichen Vorschriften und Überprüfung der arbeitsvertraglichen und Arbeitszeitregelungen«. In der Praxis wird dabei oft Flexibilität der Vorrang vor Sicherheit gegeben.

Es bleibt unsere Befürchtung, dass die nun für 2010 anstehende Revision die soziale Dimension zwar der Form nach aufnimmt, aber inhaltlich weiter vernachlässigt. Die Zielsetzung der Kommission, die zentralen europäischen Werte von Solidarität und Nachhaltigkeit zur Grundlage des Wachstums zu machen, sind zwar zu begrüßen. Doch müssen sie noch viel stärker konkretisiert werden. Der Fokus, den die Europäische Kommission auf Bildungschancen legt, ist ein wichtiger Schritt solcher Konkretisierung. Aber immer noch bleibt die Fokussierung auf die Beschäftigungsquote, ohne dass es qualitative Kriterien gäbe: Ein steigender Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse etwa wird den Ansprüchen an

wirkliche soziale Sicherheit nicht gerecht. Die Solidarität mit den Schwachen, innerhalb der nationalen Gesellschaften und zwischen den Staaten, muss gefördert werden.

Ein anderes Beispiel für kirchliche Sozialanwaltschaft auf EU-Ebene ist der Sonntagsschutz. Wir haben uns ökumenisch und zusammen mit Gewerkschaften und Kulturverbänden dafür eingesetzt, dass der Sonntag als für alle freier Tag auch auf europäischer Ebene geschützt wird: über die Arbeitszeitrichtlinie. Auch unabhängig von theologischen Gründen und gemeindlichen Interessen erscheint uns die »Sozialfunktion« des Sonntags mit möglichem wirtschaftlichen Mehrgewinn nicht verrechenbar. Familien brauchen gemeinsame Zeit. Es kann nicht sein, dass die Kinder Samstag und Sonntag frei haben, die Mutter Dienstag und der Vater vielleicht an wechselnden Tagen. Vereine müssen ihr Sozialleben gestalten können, vom dörflichen Fußballturnier zur Sammlerbörse. Kulturleben muss möglich sein. Eine Gesellschaft braucht Atempausen, das Leben braucht Rhythmen, damit wir nicht ausbrennen und verschleißen. Investitionen in soziale und Lebensqualität sind auch Investitionen in »Humankapital«, um ein unschönes Wort zu gebrauchen. Die Krankheitsquote von Menschen, deren Sozialleben durch Sonntagsarbeit gestört ist, steigt signifikant. Mit einem ersten Anlauf, den vom EuGH als reines Kulturgut (und damit mitgliedstaatlich zu verantwortenden) gestrichenen Sonntagsschutz wieder in die Richtlinie aufnehmen zu lassen, sind wir gescheitert. Da aber das Gesetz ohnehin erneuert werden muss, werden wir uns auch in den nächsten Monaten wieder für den Sonntagsschutz stark machen.

Trotz solcher Rückschläge wie dem Scheitern der ersten Sonntags-Initiative und trotz mancher Bedenken hinsichtlich einer einseitig wirtschaftlichen Perspektive auf alle Lebensbereiche sehen wir in der Europäischen Integration nicht nur dem Ziel nach viel Gutes, sondern begrüßen auch viele konkrete Entwicklungen, die von der EU angestoßen werden. Die Bemühungen der Europäischen Kommission in Sachen Klimaschutz sind sicher ein gutes Beispiel – immerhin hat »Brüssel« hier mit enormen Widerständen gerade in den neuen Mitgliedstaaten zu kämpfen, die einen viel weiteren Weg zur einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu gehen haben und deshalb nun ihrerseits Wirtschaftspolitik anderen Zielen vorordnen. Auch erkennen wir gerade bei der Europäischen Kommission ein Umdenken, was die Einordnung von Wachstum angeht. So wird es längst nicht mehr so oberflächlich definiert wie früher. Nach-

haltigkeit gehört mit zu einer Definition »guten« Wachstums. Auch die neue Initiative, das Bruttonationaleinkommen (ehem. BIP) durch ökologische und soziale Faktoren zu ergänzen, weist in diese Richtung. Dies entspricht übrigens einer Forderung, die in der EKD schon lange gestellt wurde.

Der Dialog, den die Kirchen mit der EU führen, soll mit dem Vertrag von Lissabon eine primärrechtliche Grundlage – und Absicherung – erhalten. In Art. 17 des AEUV wird er erstmalig im Vertragsrecht verankert. Begründet wird er über den »besonderen Beitrag« der Kirchen und Religionen. Was ist das »Besondere« an ihrem Beitrag? – Auf einer formalen Ebene ist es ihre Struktur. Wie keine andere Kraft in der Gesellschaft sind die Kirchen auf allen Ebenen vertreten – von den *grassroots* (Gemeinden, Initiativen, Netzwerke) bis zum Weltkirchenrat oder dem Heiligen Stuhl. Sie sind auch die größten Organisationen, mit den vielfältigsten Gebieten gesellschaftlichen Engagements. Was wir in Brüssel vertreten, wird vielerorts als gutes Beispiel praktiziert, auf das wir verweisen können. Dazu gehört übrigens auch die Aktion »Hoffnung für Osteuropa«, die in diesem Jahr eröffnet wurde. Auf einer inhaltlichen Ebene ist es aber auch ihr Transzendenzbezug und ihre Unabhängigkeit von politischen Ideologien. Die EU, wie die Politik überhaupt, neigen dazu, wachsenden Wohlstand allein ökonomisch

zu definieren. Aber es gibt nicht nur Grenzen eines nachhaltigen Wachstums, es gibt auch Grenzen des Glücks, das Menschen durch wachsenden Wohlstand erfahren. Die Bedeutung gesellschaftlicher Partizipation und sozialer Beziehungen sind – ein Auskommen mit dem Einkommen vorausgesetzt – oft wichtiger.<sup>5</sup> Diese Erkenntnis ist eine grundlegende Bedingung von Solidarität. Ohne sie wird die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gehen. Die Kirchen weisen darauf hin – und sie bieten gleichzeitig Strukturen an, diese Werte in gelebte Gemeinschaft und gelebte Verantwortung umzusetzen. In dem Maß, wie wir das auch über unsere Grenzen hinaus tun, bleiben wir unverzichtbare Zeugen und Gestalter eines sozialen Europa: In West und Ost.


#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Ich verwende, soweit nicht anders angegeben, die jeweils aktuellsten Zahlen von Eurostat.

<sup>2</sup> Offen muss hier die Frage der Absorptionsfähigkeit der Empfängerländer bleiben, deren Verbesserung eine Bedingung erhöhter Direkthilfen wäre.

<sup>3</sup> BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Rnn. 1 – 421.

<sup>4</sup> Beitrag zur Konsultation Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme.

<sup>5</sup> Vgl. z.B. die Stellungnahme des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD zum EU-Konsultationspapier »Soziale Wirklichkeit in Europa« vom 6. Dezember 2007. 

## Quo vadis soziales Europa?

Thesen von Martin Schenk

**»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.**

**Impuls zur Podiumsdiskussion »Quo vadis soziales Europa? Kirchen und soziale Bewegungen antworten«. Der Autor ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitbegründer der Europäischen Armutskonferenz. Mitglied von Eurodiaconia und dem EAPN, Mitherausgeber des eben im Studienverlag erschienenen Handbuch Armut.**

**Post-Lissabon Strategie.** Europa braucht neben »growth« und »jobs« auch »social cohesion«. In der zentralen ökonomischen Strategie der EU, der Lissabon-Strategie, kommt die Säule des sozialen Zusammenhalts nicht gleichberechtigt vor. Doch ein Vogel fliegt nur mit zwei Flügeln gut. Europa braucht neben wirtschaftlichen Ausrichtungen

auch eine soziale Basis, damit die Balance stimmt.

Es hat sich in den letzten Monaten auf europäischer Ebene eine interessante strategische Allianz zwischen sozialen und ökologischen NGOs gebildet, um die Post-Lissabon Strategie zu beeinflussen, die so genannte »Spring Alliance«.

**Herzinfarkt.** Mittlerweile versuchen Kommentatoren uns glauben zu machen, dass es sich bei der Finanzkrise bloß um einen »Topathleten mit Muskelkater handle, der mit etwas Ruhe und Physiotherapie schon den Kater behebe – anstatt die Krise als Herzattacke eines sechzigjährigen Rauchers zu verstehen, für dessen Heilung eine Operation und massive Veränderungen im Lebenswandel vonnöten wären«, analysiert treffend der Ökonom Robert Wade von der London School of Economics.

Aktuell erleben wir kein »Kriserl«, keinen Muskelkater, sondern einen ordentlichen Herzinfarkt. Ein Systembeben.

**Business as usual?** Die Finanzkrise wird bereits »abgesagt«. Dabei steht die soziale Krise erst vor der Tür. Praktisch, die Absage: Jetzt braucht es urplötzlich keine sozialen oder konjunkturellen Maßnahmen mehr. Im Gegenteil, noch praktischer: jetzt ist kein Geld mehr da für Mindestsicherung und Schulreform. Und noch viel überpraktischer: Jetzt muss das Geld gespart werden, das zur Rettung des Finanzsektors ausgegeben wurde. Und wo wird gespart? Natürlich bei Sozialem, Gesundheit und Bildung – während es für den Finanz- und Bankensektor Milliarden Steuergelder ohne vergleichbar strenge Auflagen gab, vermögensbezogene Steuern tabuisiert und mit Steuergeld höchst unvorsichtige Investments in Steueroasen getätigt wurden.

**Res Publica.** In einer wirtschaftlichen Rezession historischen Ausmaßes mit seinen sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut geht es um die Steuerungsinstrumente, die noch das Ganze, das Gemeinwohl, im Auge haben. Denn jeder macht das für sich Vernünftige, aber für das Ganze Falsche. Die Privathaushalte sparen und halten sich im Konsum zurück. Die Unternehmen entlassen Beschäftigte und investieren nicht. Die Banken geben aus Vorsicht keine Kredite an Unternehmen. Wenn die Republik jetzt auch spart und bei Sozialleistungen und Infrastruktur kürzt, verschärft sie die Krise. Deshalb muss die res publica, unsere gemeinsame Sache, das Ganze im Auge behalten und steuern.

Auch bei den Einnahmen. Und bei den Ausgaben.

**Blinde Flecken der Konjunkturprogramme.** Die Konjunkturprogramme sind in Europa im Vergleich zu Amerika verhältnismäßig gering: USA 5,6%, China 7,1%, EU 1,2%. Jeder Kontinent hat andere Herausforderungen, es müssen aufgrund der besseren Sozialsysteme auch nicht 5% sein. Aber es gibt hier noch beträchtlichen Handlungsspielraum. Besonders darin, konzertiert und mehr vom Richtigen zu tun, wie Investitionen in die Zukunftssektoren sozialer Dienstleistungen oder Bildung. In den Konjunkturpaketen kommen hingegen die blinden Flecken von John Maynard Keynes zum Tragen: Kein Blick für Armut und für den sozialen Dienstleistungssektor. Der Wirt-

schaftsnobelpreisträger Amartya Sen hat in einem interessanten Aufsatz in der »New York Review« auf diese Schwachstellen des Alt-Keynesianismus hingewiesen. In den Konjunkturpaketen hierzulande werden die Einkommensschwächsten zu wenig berücksichtigt und die Möglichkeiten im Dienstleistungssektor nicht wahrgenommen. So laufen zwei Drittel in die Steuerreform, und nur ein Drittel in Infrastruktur.

**Dabei könnten wir einiges machen.** Es ist nicht zu spät. »Investiert man eine Million Euro in Kindergärten schafft man 15 Vollzeitarbeitsplätze. Das heißt jede weitere Million an Ausgaben der Kindertageseinrichtungen generiert gesamtwirtschaftlich zusätzliche 15 Vollzeit-Arbeitsplätze. Dieser Multiplikatoreffekt im sozialen Feld kann sich mit anderen Sektoren sehen lassen: Die Stromwirtschaft weist einen Beschäftigungsmultiplikator von 13 auf, der Bausektor von 11. Am höchsten schneidet die Tourismuswirtschaft mit einem Vielfachen von 19 ab. Soziale Dienstleistungen sind eine Produktivkraft. Sie haben drei Funktionen. Sie sorgen für Wachstum, stabilisieren die Wirtschaft und stiften sozialen Ausgleich. Sie haben Wachstumsfunktion bei Beschäftigung. Sie haben stabilisierende Funktion, weil sie Teilhabe sichern und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellen. Und sie erfüllen die Funktion des sozialen Ausgleichs. Besonders die Dienstleistungen in Pflege, Kinderbetreuung und Bildung reduzieren das Armutsrisiko und verteilen zu den Schwächeren um. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegen gelassen wird.

#### **Weblinks:**

*Spring Alliance*  
[www.springalliance.eu](http://www.springalliance.eu)

*Europäisches Armutsnetzwerk*  
[www.eapn.org](http://www.eapn.org)

*Mindestsicherungs-Kampagne:*  
<http://www.adequateincome.eu/component/content/article/5-home-page/30-germany>

*Eurodiaconia*  
[www.eurodiaconia.org](http://www.eurodiaconia.org)  
[www.armut.at](http://www.armut.at)  
[www.diakonie.at](http://www.diakonie.at)

## Arbeit und Akteure: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie in Mittelost-, Südosteuropa und der europäischen Clean Clothes Campaign

Von Dr. Bettina Musiolek

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009. Impuls zur Podiumsdiskussion »Quo vadis soziales Europa? Kirchen und soziale Bewegungen antworten«. Die Autorin ist Sozioökonomin, Ko-Koordinatorin der europäischen Clean Clothes Campaign für Osteuropa und die Türkei, bis Oktober 2009 Studienleiterin »Arbeitswelt & Wirtschaft« an der Evangelischen Akademie Meißen

Es handelt sich um eine leicht aktualisierte Fassung des Beitrages von Bettina Musiolek für das Jahrbuch Gerechtigkeit IV »Arme reiche EU?« eines kirchlichen Herausgeberkreises, das Ende 2009 erscheinen wird.

### Zusammenfassung

Ganz Mittel- und Südosteuropa erlebte nach den Friedlichen Revolutionen in den frühen 90ern eine weitgehende De-Industrialisierung gefolgt von einem sozialen Rückschlag, den UNDP Ende der 90er Jahre als »the most acute poverty and welfare reversal in the world« bezeichnete. Auch die Textil- und Bekleidungsindustrie wurde in wesentlichen Teilen abgebaut. Sie überlebte als Nähstube.

Die Bekleidungsindustrie ist eine der früh globalisierten Branchen. Mode wird in globalen Produktionsnetzwerken gemacht, in denen Regionen bestimmte Rollen in globalen Wertschöpfungsketten zugewiesen werden. Osteuropa wurde die Rolle der »lohnveredelnden« Nähstube zuteil. Die Aussichten, aus dieser Abhängigkeit von der arbeitsintensiven Näherei in profitablere Stufen der Wertschöpfungskette vorzustoßen, sind angesichts der asymmetrischen Machtstruktur innerhalb globaler Produktionsnetze und der vorrangigen Konkurrenz über Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen begrenzt. Die Schufferei an der Mode ist auch in Osteuropa gekennzeichnet durch eine strukturelle Nichteinhaltung grundlegender Menschenrechte bei der Arbeit. Der Aufnahmeprozess in die EU hat diesen Befund ten-

denziell verstärkt und die Situation der NäherInnen verschlechtert.

Die Bekleidungsindustrie ist nicht nur ein radikal globalisiertes Gewerbe, sie weist gleichzeitig ein spezifisches und vergleichsweise neues und hochentwickeltes Akteursgefüge auf. Auch in Osteuropa können Gewerkschaften auf die industriellen Beziehungen der Bekleidungsindustrie nicht maßgeblich Einfluss nehmen. Während der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr niedrig ist, spielen neue transnationale Akteure auf dem Gebiet von Frauen-Arbeitsrechten eine große Rolle, die kirchliche Organisationen einschließen. Zu ihnen gehört wesentlich die europäische Clean Clothes Campaign.

In Abwesenheit wirksamer staatlicher Durchsetzung von Arbeitsrechten haben sich dank transnationaler Kampagnen von Verbraucherinnen und Verbrauchern Multistakeholder-Initiativen gegründet, die neue Wege globaler und unabhängiger Kontrolle von Basisarbeitsrechten gestalten. Dadurch konnten in Osteuropa gewisse Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen erzielt werden.

Das permanente Damoklesschwert der chinesischen Konkurrenz und aktuell der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise untergraben jedoch positive Entwicklungen und werden auf Kosten der letzten in der Wertschöpfungskette, den Näherinnen und Näher, gelöst.

### Passive Lohnveredelung in Osteuropa

Die Bekleidungsindustrie gehört zu den sehr früh globalisierten Branchen und die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie ist eine Schrittmacherin dieser Globalisierung. Sie gehörte zu den ersten, die arbeitsintensive Abschnitte der textilen Kette schon in den 1960er und 1970er Jahren ins Ausland verlagerten – in so genannter Passiver Lohnveredelung (PLV) nach Ostdeutschland und Osteuropa<sup>1</sup>, vor allem Jugoslawien. Motive hierfür waren unter anderem kurze Lieferzeiten und gute Kommunikation mit den Lieferanten. Geografische und kulturelle Nähe sind »Standortvorteile« gegenüber asiatischen Ländern.

Ein Viertel der Bekleidungsimporte Deutschlands kommt nach wie vor aus den Ländern Mittel- und Osteuropas. Nach ihrem rasanten Aufstieg in den 1990er Jahren in die Top 25 Bekleidungslieferländer der alten EU-15 konnten Rumänien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Tschechien, die Republik Mazedonien und die Ukraine ihre Position bis heute halten<sup>2</sup>, Rumänien seit 2007 als größter Modelieferant in Osteuropa auf Platz 7 hinter China, der Türkei, Bangladesch, Indien, Tunesien und Marokko.

In den 1990er Jahren kam es zur Integration der osteuropäischen Konfektion in die globalen und europäischen Produktionsnetzwerke von Bekleidung. Ein gewichtiges Motiv war das Handelsregime der EU<sup>3</sup>. Ganz ähnlich der US-Handelspolitik in Bezug auf die Staaten des Karibischen Beckens, Mittelamerikas und die AGOA<sup>4</sup>-Staaten<sup>5</sup> stellt die EU Re-Importe aus Passiver Lohnveredelung zollfrei, während sie alle anderen Bekleidungs- und Textilimporte, also solche, die vollständig in den Ländern selbst hergestellt werden, mit Zöllen und Formalitäten belegt.

»**Passive Lohnveredelung**« ist eine Produktionsform, bei der aus der EU zugelieferte, fertig zugeschnittene Stoffe mit Accessoires bei den »Lohnproduzenten« nur noch zusammen genäht und verpackt werden, um dann wieder in die EU re-importiert zu werden. So entfallen auf die Betriebe in einem Lohnveredelungsland nur die arbeitsintensiven, minder profitablen Arbeitsschritte wie Zuschneiden, Nähen und Verpacken (cut, make, trim), während die ertrageichereren wie das Design und das Marketing in dem Land bleiben, in dem die Bekleidungsfirma ansässig ist.

Dieses System haben sich in Europa vor allem deutsche Unternehmen zu Nutzen gemacht: Ungefähr 30 Prozent aller deutschen Bekleidungsimporte stammen aus Ländern, in denen vorrangig »in Lohn« genäht wird. Rund 80 Prozent aller Bekleidungsexporte aus Osteuropa nach Deutschland werden in PLV hergestellt, in einigen Ländern sogar mehr als 95 Prozent (Stand 2005).

Die Auftraggeber der PLV investieren nicht bei den Lohnveredlern. Es handelt sich um eine Handelsbeziehung und keine Direktinvestition. Die Lohnveredler befinden sich zumeist in einheimischem Besitz und sind formell selbständige Betriebe. Wenige dieser Betriebe fertigen auch für den nationalen Markt, dann allerdings in einem vollstufigen Prozess. Bekleidungsfabrikation für

den einheimischen Markt geht meist nicht über 10 Prozent Produktionsanteil hinaus.

Während das EU-Lohnveredelungsregime die EU-Textilbranche schützte und die Produktionsschritte auslagerte, die in Westeuropa nicht zu halten waren, trug es zur Zerstörung der durchaus hoch entwickelten Textil- und Bekleidungsindustrie in den osteuropäischen Ländern bei. In staatssozialistischen Zeiten wurde diese Branche als Instrument der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik intensiv genutzt. Es gab innerhalb der staatssozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft (RGW) verteilte Aufgaben in der textilen Kette. Von den früher vertikal ausgebauten, vollstufigen Textil- und Bekleidungswerken überlebten aber nur die Nähabteilungen. Zehntausende von kleinen Nähstuben, »sweatshops«, kamen hinzu und konkurrierten und konkurrieren in Polen, im Baltikum, auf dem Balkan, in der Ukraine und Moldawien um die begehrten Lohnaufträge der westeuropäischen und nordamerikanischen, mittlerweile auch der polnischen und türkischen Bekleidungsindustrie.

Aktuell besteht beispielsweise noch mit Serbien ein Lohnveredelungs-Abkommen. Meist sehen diese Abkommen eine vollständige Marktöffnung für EU-Waren vor und gewähren im Gegenzug ein Lohnveredelungs-Regime. Mit dem Beitritt einiger Länder zur EU greifen die Handelsgesetze selbst nicht mehr. Doch trotz des EU-Beitritts wird in der übergroßen Mehrheit der Bekleidungsbetriebe der neuen EU-Mitgliedsländer im Baltikum und auf dem Balkan immer noch im »Lohnsystem« gearbeitet. Der Pfad ändert sich kaum, die Lohnnäherei ist noch immer die dominierende Produktionsform in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Alle empirischen Befunde<sup>6</sup> deuten darauf hin, dass ein upgrading, eine vertikale Integration anderer Produktionsschritte in der textilen Kette stecken bleibt.

### **Lohnproduktion – ein Entwicklungspfad in der Krise**

Lohnnäherei hat nicht nur ihren festen Platz in globalen Wertschöpfungsketten von Bekleidung gefunden, sie war bis in die frühen 2000er Jahre eine der wenigen boomenden Branchen der Region. Sie ist für Beschäftigung und Außenhandel eine entscheidende, wenn nicht wie in Bulgarien, Rumänien, der Republik Makedonien, Litauen und Moldawien die wichtigste Branche (Stand 2005). Die Textil- und (vor allem) Bekleidungsindustrie beschäftigt 24 Prozent aller Industriear-

beitskräfte in Litauen, 30 Prozent in Bulgarien, 40 Prozent in der Slowakei, 14 Prozent in Estland, 13 Prozent in Polen und 10 Prozent in Tschechien. Demgegenüber lag der Durchschnitt der EU 15-Mitgliedsstaaten nur bei 7,5 Prozent<sup>7</sup>.

Doch diese Lohnnäherei stellt kaum eine sinnvolle Entwicklungsstrategie für Volkswirtschaften, Betriebe und Beschäftigte dar:

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine einseitige und dem Machtgefälle in Lieferketten ausgelieferte Produktionsform mit wenigen Chancen auf *Upgrading* zu hinterfragen. Wertschöpfungsketten von Bekleidung weisen asymmetrische Macht- und Einflusststrukturen auf: sie sind käuferdominiert<sup>8</sup>. An der Spitze der Produktionsnetzwerke stehen Handelshäuser und Markenartikler, die Ländern und Regionen bestimmte Funktionen in diesen Netzwerken zuweisen und über ihre Einkaufspraktiken starken Preis- und Zeitdruck auf Zulieferer ausüben. Das Organisationsprinzip der Netzwerke ist nicht eine durch Staaten gelenkte volkswirtschaftliche, gar sozial gerechte Entwicklung, sondern es sind strategische Erwägungen von global operierenden Firmen.

Auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht führt Lohnnäherei in eine Sackgasse. Betriebswirtschaftlich bedeutet Lohnnäherei, dass die Nähstuben vom Auftraggeber stark abhängig, ja ihm ausgeliefert sind, und dass »von der Hand in den Mund« gewirtschaftet wird. Die Gewinnmargen sind gering. Beim »Lohnsystem« sind Auftrags- und Lieferzeiten extrem kurz; oft muss der Auftrag von einem Tag auf den nächsten abgewickelt werden. Preis- und Zeitdruck der Auftraggeber sind bei der Lohnnäherei massiver als es in der Konfektion ohnehin der Fall ist. Sind die Einkaufspraktiken in der Bekleidungsindustrie generell durch rigiden Zeit- und Preisdruck gekennzeichnet, potenziert sich diese Situation noch bei der Lohnveredelung.

Davon sind die Beschäftigten massiv betroffen und bestätigen die Aussage eines polnischen Gewerkschafters: »Lohnproduktion ist Sklavenarbeit«. In dramatischem Kontrast zu ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung für Beschäftigung und Außenhandel sind die Arbeitsbedingungen und der Verdienst in der Lohnnäherei sehr schlecht.

### »Lohnproduktion ist Sklavenarbeit«

Die jüngste Untersuchung<sup>9</sup> – eine Befragung von 256 Arbeiterinnen und Arbeitern aus 55 Produktionsstätten der Bekleidungsindustrie mit vielen weiteren Experteninterviews – zeigt, dass in Osteuropa nach wie vor grundlegende Menschenrechte bei der Arbeit verletzt werden. Die am meisten verbreiteten Probleme können wie folgt zusammengefasst werden:

- Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen werden unterdrückt; das Management schikaniert Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich organisieren (wollen).
- Ein existenzsichernder Lohn wird vorenthalten. Die Differenz zwischen einem existenzsichernden und dem tatsächlichen Lohn liegt zwischen 100 bis 500 Prozent. Zudem ist die Berechnung der Löhne meist unverständlich.
- Willkürlich fest gelegte und oft lange Arbeitszeiten, zwei bis vier oft erzwungene Überstunden sind die Regel. Erzwungen werden Überstunden, weil nur so die Norm erfüllt und der gesetzliche Mindestlohn erzielt werden kann. Überstundenzuschläge werden vorenthalten oder unterbezahlt.
- Die Arbeitsbedingungen stellen eine Gesundheitsgefahr für die Beschäftigten dar.
- Die Formen von Gender- und ethnischer Diskriminierung bei der Arbeit sind mannigfaltig. Fälle von sexuellen Übergriffen werden berichtet.
- Das Beschäftigungsverhältnis ist meist ungesichert und instabil. Nicht registrierte beziehungsweise informelle Beschäftigung ist verbreitet und im Wachstum begriffen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind nicht informiert über die Existenz von sozialen Unternehmensverhaltenskodizes bei den Auftraggeberfirmen und selbst wenn sie von diesen Kodizes gehört haben, bleibt unklar, welche Bedeutung sie für sie haben.

Somit hat sich insgesamt die Situation hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie gegenüber früheren Studien der Clean Clothes Campaign nicht wesentlich geändert<sup>10</sup>. Eine Untersuchung aus dem Jahre 2009<sup>11</sup> berichtet über punktuelle Verbesserungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz, die offenbar durch Anstrengungen der Auftraggeber und internationaler Multistakeholder-Initiativen zur Umsetzung von Verhaltenskodizes motiviert sind. Diese Verbesserungen betreffen Basisprobleme wie verstellte

Notausgänge und fehlende Feuerlöscher, die relativ einfach zu beheben sind.

Dies sind Konstellationen, wie sie aus Asien, Afrika oder Lateinamerika bekannt sind. Der Umstand, dass sie gerade in der Bekleidungsindustrie anzutreffen sind, hat auch in Osteuropa in nicht unerheblichem Maße damit zu tun, dass dort zu 90 Prozent Frauen arbeiten. Sie werden als Zuverdienerinnen, als billige, willige Arbeitskräfte angesehen, obwohl auch in Osteuropa mehr als 60 Prozent der NäherInnen ihre Familien allein ernähren. Zudem ist die Bekleidungsindustrie keine Kernbranche gewerkschaftlicher Organisationsanstrengungen – gerade weil die Organisation von Frauen Gewerkschaften immer noch schwer fällt.

Insgesamt ist einzuschätzen, dass die Boomzeiten und hohen Wachstumsraten der Bekleidungsindustrie Osteuropas bis etwa 2004/2005 nicht zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen genutzt werden konnten. Im Gegenteil: die Bedingungen in der Bekleidungsindustrie verschlechterten sich sogar noch gegenüber dem Durchschnitt der Wirtschaft. In Bulgarien etwa stieg der Durchschnittslohn in der Wirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts langsam, dagegen sank er in der boomenden Bekleidungsbranche<sup>12</sup>.

Der EU-Beitrittsprozess hat zusätzlich zum EU-Handelsregime diese Entwicklung insofern verstärkt, als für ihn nicht soziale Faktoren ausschlaggebend waren und sind, sondern wirtschaftliche. Die viel gerühmte Wettbewerbsfähigkeit stand und steht an erster Stelle und die wurde vor allem über Niedriglohn und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen hergestellt. Zudem ist im Beitrittsprozess das nationale Arbeitsrecht geschwächt worden. Beispielsweise mussten die hohen Standards im Mutterschutz oder bei der Arbeitszeitbegrenzung aufgegeben werden. Dabei haben auch westeuropäische Firmen keine passive Rolle gespielt und die osteuropäischen Regierungen unter Druck gesetzt, ihre Arbeitsgesetzbücher zu lockern.

### **Neue transnationale Akteure auf dem Gebiet von Frauen-Arbeitsrechten und ihre Bezüge in Osteuropa**

Seit etwa 20 Jahren gibt es in der Bekleidungsbranche einen stabilen zivilgesellschaftlichen Akteur und Faktor: die europäische Clean Clothes Campaign (CCC) in zwölf Ländern mit einem Netzwerk von 250 Organisationen weltweit. Sie

berichtet seit fast 20 Jahren über die menschenunwürdige Realität der (Frauen-)Arbeit an der Mode. Am Beispiel der Bekleidungsbranche werden globale Abhängigkeiten und Geschäftspraktiken in Zulieferketten thematisiert.

In einer Branche, in der der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr gering ist, funktionieren Aushandlungsprozesse von industriellen Beziehungen kaum. Die traditionellen Akteure sind schwach, besonders in Osteuropa. Die EU-Kommission schätzte 2004 ein, dass dort der soziale Dialog nicht existiert. Gerade an den Verhandlungen, die der Festsetzung von nationalen Mindestlöhnen in Osteuropa vorausgehen, wird deutlich, wie sehr sich die traditionellen Akteure (Gewerkschaften, Branchenverbände und staatliche Verwaltung) den als ehern angenommenen Gesetzen der Turboglobalisierung unterwerfen und ihren vermeintlich einzigen Wettbewerbsvorteil zu sichern suchen: Niedriglohn und schlechte Arbeitsbedingungen. In Rumänien ist der Mindestlohn branchenspezifisch gar gestaffelt und für die Bekleidungsindustrie besonders niedrig. 2003 bis 2006 lag der nationale Mindestlohn in Bulgarien, Rumänien, Serbien und Mazedonien bei etwa 80 bis 120 Euro im Monat. Auffallend sind die ähnliche Höhe und die willkürliche, niedrige Festsetzung. Interviews mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und Mitarbeitenden von weiteren Nichtregierungsorganisationen ergaben, dass der Aushandlung der Mindestlöhne keine Berechnungen über Lebenshaltungskosten zugrunde lagen.

### **Regionsspezifische Rahmenbedingungen für Arbeitsrechtsinitiativen**

In Osteuropa sind die Menschen in gesellschaftlichen Beziehungen sozialisiert, in denen industrielle Beziehungen als kooperativ vorausgesetzt wurden. Trotz der in kürzester Frist abgeforderten riesigen Anpassungsleistungen fallen gerade konfliktträchtige Aushandlungen nach wie vor schwer. Beschäftigte nehmen ihre Gestaltungsmöglichkeiten als verschwindend wahr, erdulden extrem prekäre Arbeitsumstände und ziehen die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz dem Ausstehen von Konflikten im bestehenden Beschäftigungsverhältnis vor. Sie stimmen »mit den Füßen« ab. Das macht es alten wie auch neuen Akteuren auf dem Gebiet der Frauen- und Arbeitsrechte schwer.

Den Gewerkschaften wird nicht zugetraut, an miserablen Arbeitssituationen etwas ändern zu

können. Diese Vertrauenskrise der Gewerkschaften<sup>13</sup> hat weniger etwas mit der staatssozialistischen Vergangenheit, eher mit den fehlenden Erfahrungen einer Beeinflussbarkeit zu tun. Osteuropäische Frauen- und Arbeitsrechtsgruppen beginnen, sich in diesem regionalen wie auch globalen Gefüge zu verorten. Sie kämpfen dabei in ihren Ländern zusätzlich mit einer Renaissance traditionell-konservativer Frauenrollen und dem Vorwurf des Rekurses auf sozialistische Werte bei jedem Bezug auf soziale Gerechtigkeit. Zwei Ländercharakteristiken sollen Rahmenbedingungen für das Engagement für Menschen-Arbeits-Rechte in Osteuropa skizzieren:

#### ■ Kooperation für Arbeitsrechte in Rumänien

In Rumänien hat sich in den letzten zehn Jahren eine Zusammenarbeit kirchlicher (zum Beispiel die ökumenische Organisation AidROM), gewerkschaftlicher und professionsorientierter<sup>14</sup> Gruppen und Personen entwickelt, die in einem sensiblen Kooperationsprozess Spielräume und Überschneidungsfelder ausloten und vorsichtig gegenüber staatlichen und internationalen Akteuren tätig werden. Gender-orientierte und menschenrechtsbezogene Ansätze sowie Armutsbekämpfungsnetze ergänzen sich dabei wirksamer als traditionelle gewerkschaftliche Wege. Nichtregierungsorganisationen bauen Beratungsbüros für NäherInnen ebenso wie für ArbeitsmigrantInnen, die nach Westeuropa gehen, auf, um sie über ihre Rechte aufzuklären und vor Missbrauch zu schützen. Oft sind es Netzwerke von Frauen in verschiedenen Organisationszusammenhängen, die diese Spielräume zu füllen beginnen.

Die Strategien und Instrumente dieser Netzwerke werden von einer starken Zurückhaltung und Konfliktvermeidung nach allen Seiten getragen, da es kaum zu vermitteln ist, wenn der Wettbewerbsvorteil Niedriglöhne und Billig-Arbeitsbedingungen angetastet würde. Die Interessenlagen der Beteiligten sind oft vielfältig, sodass klassische Interessenlagen industrieller Beziehungen, wie sie eine soziale Marktwirtschaft aufweist, kaum entstehen.

#### ■ Zivilgesellschaft und Arbeitsrechte in Polen

Während Rumänien nach wie vor ein starker Produktionsraum von Bekleidung ist, durchlebte die Textil-Großmacht Polen ein beispielloses Schicksal: Traditionell ein starker Modestandort mit großen Zentren wie dem um Lodz

de-industrialisierte Polen in den 1990ern zur Nähstube Europas schlechthin. Nach der Jahrhundertwende und mit dem EU-Beitritt wird nun nur noch relativ wenig genäht – in hochprekären Arbeitsverhältnissen. Die Produktion wanderte gen Osten. Die wenigen übrig gebliebenen polnischen vollstufigen Betriebe mit eigenen Marken verlagerten ihre Produktion ebenfalls. Es entstand eine zivilgesellschaftliche KonsumentInnenkampagne ähnlich denen in westeuropäischen Ländern, in denen allerdings kirchliche Akteure keine Rolle spielen.

### Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die realwirtschaftlichen Dimensionen der aktuellen Krise sind auch in der Bekleidungsindustrie gekennzeichnet durch Überproduktion. Weltweit konkurrieren Zehntausende von Produktionsstätten um die Aufträge der *buyers*, der Auftraggeber aus Bekleidungsindustrie und -handel. Die ohnehin rigiden Einkaufsgebaren dieser Auftraggeber gestalten sich in der Krise noch repressiver und willkürlicher. Der Druck der Krise vergrößert den vorhandenen Preis- und Lieferzeitendruck. Erste anekdotische Befunde sprechen von wachsender Arbeitslosigkeit durch zahllose Entlassungen und steigenden Lebenshaltungskosten. Die Krise wird gelöst auf Kosten der letzten in der Kette, der Näherinnen und Näher; sie müssen den Preis für parasitäre Handelsregime und einseitige Anpassungszwänge zahlen. Die Krise wird als Argument gegen jede Art von sozialen Verbesserungen genutzt. Dies verschlechtert die Rahmenbedingungen für die jungen Arbeitsrechtsakteure Osteuropas dramatisch.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Im Folgenden wird Mittel-, Ost- und Südosteuropa summarisch, aber unscharf als Osteuropa bezeichnet.

<sup>2</sup> Leonhard Plank, Cornelia Staritz, Karin Lukas (2009): *Labour Rights in Global Production Networks. An Analysis of the Apparel and Electronics Sector in Romania*, Wien.

<sup>3</sup> *Der globale Handel mit Textil und Bekleidung ist hochgradig reguliert. Die Brancheninteressengruppen haben wesentlich das Welttextilabkommen (ATC) beziehungsweise Multifaserabkommen (MFA) und in Europa das System der Passiven Lohnveredelung (PLV, englisch: Outward Processing Trade OPT) mitbestimmt. Beide Handelsregime – Welttextilabkommen und PLV der EU – hatten vergleichbare Auswirkungen auf die Herstellerländer, denn deren Verhandlungsmacht war derjenigen der Staaten mit den großen Absatzmärkten und den größten Handelshäusern unterlegen.*



<sup>4</sup> AGOA: African Growth and Opportunity Act von 2000, unterzeichnet von 37 afrikanischen Staaten, beinhaltet u.a. Vereinbarungen über die Liberalisierung der Märkte dieser Länder.

<sup>5</sup> Clean Clothes Campaign (2002): *Made in Southern Africa*, S. 9 – 15.

<sup>6</sup> Zuletzt Plank, Staritz, Lukas (2009).

<sup>7</sup> Jozef De Coster (2004): *The Apparel Industry in the ten EU Accession States*, management Briefing.

<sup>8</sup> Vgl. Gary Gereffi (1994): *The organization of buyer driven Global Commodity Chains: How U.S. retailers shape overseas production networks*. In: Gary Gereffi, Miguel Korzeniewicz (eds.): *Commodity Chains and Global Capitalism*. Westport, CT, S 95-122; Gary Gereffi (2005): *The Global Economy: Organization, Governance, and Development*. In: Neil Smelser, Richard Swedberg, Richard (eds.): *The Handbook of Economic Sociology*, Princeton, S. 160-182; Gary Gereffi, Olga Memodovic (2003): *The global apparel value chain: what prospects for upgrading by developing countries?* United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), Sectoral Studies Series, Vienna.

<sup>9</sup> Regina Barendt, Bettina Musiolek (2005): *Workers Voices. The Situation of Women in the Eastern European and Turkish Garment Industries*. Evangelische Akademie Meißen – Clean Clothes Campaign Amsterdam.

<sup>10</sup> Vgl. Bettina Musiolek (2002): *Made in ... Osteuropa. Die neuen 'fashion Kolonien'*. TERRE DES FEMMES – Kampagne für Saubere

Kleidung, Berlin; dies. (1999): *Osteuropäische Bekleidungsindustrie und Verhaltenskodizes - der Fall Bulgarien*. In: Bettina Musiolek (Hg.) (1999): *Gezähmte Modemultis? Verhaltenskodizes: ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten? Eine kritische Bilanz*, Frankfurt/Main, Wien; dies (1997): *Freier Fall in die Marktwirtschaft: Bei den Preußen des Balkan: ab 15 Pfennige pro Stunde*. In: Bettina Musiolek (Hg.) (1997): *Ich bin chic, und Du musst schuften. Frauenarbeit für den globalen Modemarkt*, Frankfurt/Main; Manfred Wannöfel, Ralph-Elmar Lungwitz, Yvonne Rückert (Yvonne 2006) *Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten deutscher kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine Untersuchung von Unternehmen aus den Bereichen Textil/Bekleidung und Holz/Kunststoff in Polen, Tschechien und Rumänien*. Abschlussbericht. Bochum/Chemnitz: RUB-IGM/WISOC.

<sup>11</sup> Plank, Staritz, Lukas (2009).

<sup>12</sup> Eigene Recherchen.

<sup>13</sup> Bettina Musiolek (2006): *Interessenvertretungen in der Bekleidungsindustrie Mittel- und Südosteuropas*. In: *WSI-Mitteilungen* Jg. 59, H. 1, Schwerpunktheft Weltmarkt und Gewerkschaftsarbeit, S. 47-51.

<sup>14</sup> Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Expertinnen und Experten für Human Resources – Berufsbilder, die neu entstanden sind.



## Osteuropa in der Krise: nur eine Finanzkrise oder Krise des Entwicklungsmodells?

Von Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009. Leicht aktualisierte Fassung des Beitrages von Joachim Becker für das Jahrbuch Gerechtigkeit IV (»Arme reiche EU?«) eines kirchlichen Herausgeberkreises, das Ende 2009 erschienen ist.

Ein Teil der osteuropäischen EU-Mitgliedsländern ist von der globalen Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Die Krisenverwundbarkeiten wurden während des Transformations- und Beitrittsprozesses geschaffen. Sie sind jedoch innerhalb der Region nicht einheitlich.

### Wachstumsmodelle und Krisenverwundbarkeiten

Die Gesamtregion ist wirtschaftlich sehr stark auf Westeuropa ausgerichtet worden. Manche (Teil-)Fertigungen wurden nach Osteuropa aufgrund des geringeren Lohnniveaus ausgelagert. Gleichzeitig wurde die Region zum Absatzgebiet westeuropäischer Unternehmen. Der Industrie- und Finanzsektor ist, beschleunigt nach dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen, von westeuropäischen Konzernen übernommen worden. Eine Ausnahme bildete hier allein Slowenien. Auch die Kreditvergaben in die Region stiegen steil an. Sowohl durch Direktinvestitionen als auch durch Kreditvergaben engagierten sich besonders stark Banken aus Österreich, Belgien, Griechenland (Südosteuropa) und Schweden (Baltische Länder; Maechler/Ong 2009).

Trotz dieser Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die Entwicklungsmuster der neuen EU-Mitglieder in Osteuropa aber auch. Grob lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Die Visegrád-Länder Polen, Slowakei und Tschechische Republik sowie Slowenien haben eine primär exportorientierte Entwicklung verfolgt. Das wirtschaftliche Wachstum war stark durch den Export getragen. Oft war jedoch die Zusammensetzung von industrieller Produktion und Exporten sehr einseitig. In der Slowakei etwa trug die Autoindustrie im Jahr 2007 etwa 40% zu den Ausfuhren bei (Okáli et al. 2008: 42). Damit war das Wirtschaftsmodell sehr

verwundbar. Da die Löhne noch recht niedrig waren und erst zuletzt etwas schneller stiegen, wurden Konsum und Wohnungskauf zunehmend über Kredite finanziert. Die Kredite waren in diesen Ländern meist in einheimischer Währung. Hierin unterschied sich Ungarn, das sonst viele Gemeinsamkeiten mit den anderen Ökonomien der Visegrád-Staaten aufwies, von dieser Gruppe. Hier verschuldeten sich Haushalte und Firmen ganz massiv in Devisen. Da sie aber ungarische Forint verdienten, drohte ihnen im Fall einer starken Abwertung des Forint die Schuldenlast über den Kopf zu wachsen. Daher war Ungarn, das auch hoch im Ausland verschuldet war, starker krisenanfällig als die anderen Visegrád-Staaten.

In den Baltischen Ländern und Bulgarien sowie – etwas eingeschränkter, auch Rumänien ist das Wachstum eher als finanz-getrieben zu bezeichnen. In diesen Ländern wurden die Wechselkurse oft schon vor vielen Jahren eingefroren, gleichzeitig war die Inflation höher als in der EU. Dies bedeutete eine reale Aufwertung der einheimischen Währung. Der rumänische Lei wertete auch nominal sehr stark auf. Über diesen Mechanismus wurden Importe sehr billig. Dies verminderte über die Importkonkurrenz die Preissetzungsspielräume und die Inflation, behinderte gleichzeitig aber die industrielle Entwicklung. Es entstanden sehr hohe Handels- und Leistungsbilanzdefizite. Ein Leistungsbilanzdefizit von 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gilt bereits als kritisch. In dieser Ländergruppe lagen sie aber in den letzten Jahren fast durchgängig über 10% des BIP und überschritten in Bulgarien und Lettland zeitweise sogar die 20%-Marke (Becker 2009a: 150, Astrov/Pöschl 2009: 355, Tab. 5). Um Handels- und Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, verschuldeten sich diese Länder sehr stark im Ausland, oft auch mit kurzfristigen Krediten. In dieser Außenwirtschaftsstruktur lag eine erste extreme Krisenanfälligkeit, die auch ohne die globale Krise in Kürze zu einer schweren Finanzkrise geführt hätte. Dass die Banken trotz der extremen Außenwirtschaftsdefizite und der teils schon sehr hohen Auslandsschulden immer weiter Kredite vergaben, spricht dafür, dass sie implizit davon ausgingen, die EU werde ihnen im Fall einer Finanzkrise aus der Klemme helfen. Die

Wachstumsdynamik dieser Länder beruhte sehr stark auf dem Import von Kapital, speziell in Form von Auslandskrediten. Im Inneren blühten Kredite Immobilienblasen auf. Haushalte verschuldeten sich hoch in Devisen, weil dies billiger schien. Zuweilen wurde selbst der Kauf von Kühlschränken mit Euro-Krediten finanziert. Mehr als 50% der Kredite lauteten auf Fremdwährungen, in Lettland sogar fast 90% (IMF 2009: 10, Tab. 1.1). Im Fall einer starken Währungsabwertung drohte der Mittelschicht der Bankrott und den Banken die Krise. Somit wurde die Beibehaltung des Wechselkurses zur höchsten wirtschaftspolitischen Priorität und die Mittelschichten waren engstens an das neoliberale Wirtschaftsmodell gebunden. Gleichzeitig maximierte die Verbindung extremer struktureller Außenhandelsdefizite und hoher Devisenverschuldung die Krisenanfälligkeit dieses Modells.

### Krisenverläufe

Die Krisenverläufe in den beiden Gruppen waren unterschiedlich. Die exportorientierten Länder der Visegrád-Gruppe sowie Slowenien waren vor allem durch den starken Einbruch der Exporte um ca. ein Viertel gegenüber dem Vorjahr betroffen. »Der starke Produktionsrückgang in der Slowakei folgt mit kurzer Verzögerung dem Auftragsrückgang in Deutschland«, erklärte Vladimír Vařo von der Volksbank Slovensko gegenüber dem slowakischen Wirtschaftsmagazin Trend (30.4.2009). Mit restriktiverer Kreditvergabe ist der kreditfinanzierte Immobilienboom auch erst einmal an sein Ende gekommen. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen. Die Krisendynamik geht eindeutig von den Exporten und dem Industriesektor aus. Je stärker die Exportorientierung ist, umso stärker geht jetzt auch in der Krise das BIP zurück. So lag die BIP in der Slowakei im 1. Quartal 2009 um 5,6% niedriger als im selben Vorjahreszeitraum im Vergleich zu einem Rückgang von nur 3,4% in der Tschechischen Republik. In Polen mit seiner stärker binnenorientierten und diversifizierten Wirtschaft war sogar ein leicht höheres BIP als im selben Vorjahreszeitraum zu verzeichnen (Eurostat 2009).

Weit schlimmer hat es osteuropäische Ökonomien mit dem finanzgetriebenen Modell betroffen. In Baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen lag das BIP im 1. Quartal 2009 durchgängig um mehr 10% niedriger als im selben Vorjahreszeitraum – in Lettland sogar um 18,6%. Im 2. Quartal beschleunigte sich der Rückgang zum Teil noch. In Litauen lag das BIP nun 20,4%

niedriger als im Vorjahr, in Lettland 18,2% und in Estland 16,6%. Die Rückgänge in Rumänien und Bulgarien waren mit 6,4% bzw. 3,5% etwas moderater, beschleunigten sich aber auch hier. Im Fall Rumäniens lag das BIP im 2. Quartal bereits um 8,8% niedriger als im selben Vorjahreszeitraum (Eurostat 2009). Der Hauptfaktor der Krise waren hier ausbleibende Kapitalzuflüsse, die das auslandskredit-basierte Wachstumsmodell zum Einsturz brachten. Kapitalabflüsse und eine Abwertung des Forint brachten auch die ungarische Wirtschaft bereits im Oktober 2008 ins Trudeln, da die Banken in Ungarn sehr abhängig von der Refinanzierung im Ausland waren und die Abwertung des Forint die ungarischen Mittelschicht vor große Probleme bei der Bedienung ihrer Devisenschulden stellte (Becker 2008). Besonders dramatisch waren die sozialen Folgen in den Baltischen Ländern, wo die Arbeitslosigkeit sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelte und das soziale Netz aufgrund des ultraliberalen Wirtschafts- und Sozialmodells besonders löchrig ist. In Rumänien und Bulgarien dürften die Krisenfolgen in den größeren Städten besonders heftig ausfallen. In dem Masse, in dem die Arbeitslosigkeit in Westeuropa steigt, kommt es auch in allen Ländern Osteuropas zur Rückmigration. Dieser Prozess hat bereits begonnen.

### Wirtschaftspolitik in der Krise

In der Krise ist die wirtschaftspolitische Reaktion in der EU weitgehend auf der nationalstaatlichen Ebene erfolgt. Initiativen auf EU-Ebene waren stark durch die Regierungen der großen Mitgliedsstaaten in Westeuropa geprägt und auf die Wünsche von deren Finanzsektoren abgestimmt (Becker 2009b). Der spezifischen Lage osteuropäischer Länder schenkten die EU-Gremien erst recht spät Aufmerksamkeit. Im wirtschaftspolitischen Krisenmanagement überließ die EU in Osteuropa dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Initiative. Dieser engagierte sich auch in einem Teil der Länder finanziell stärker als die EU (Becker 2009a, Galgóczi 2009).

Die exportorientierten Staaten der Visegrád-Gruppe sowie Slowenien hatten gewisse Spielräume für eine anti-zyklische, expansive Impulse vermittelnde Wirtschaftspolitik. Diese nutzten sie zum Teil auch. Formen der Kurzarbeit zählten ebenfalls zur wirtschaftspolitischen Palette (Becker 2009a: 148 f.). In Ungarn, den Baltischen Ländern und Südosteuropa stand hingegen eine sehr restriktive, scharf pro-zyklische Wirtschaftspolitik auf dem Programm. Sie erfolgte in Schlüs-

selländern – Ungarn, Lettland und Ungarn - unter der Ägide des IWF (vgl. Becker 2009a: 151 f., Galgóczi 2009). Dieser war auch bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Bedingungen für die Stützungskredite federführend. Die Wirtschaftspolitik wurde darauf ausgerichtet, die westeuropäischen Banken rückzuversichern. Der Bankensektor wurde, sofern erforderlich, direkt gestützt. Ansonsten wurde der Beibehaltung des Wechselkurses höchste Priorität beigemessen. Einerseits soll so die Abwertung der Aktiva der westeuropäischen Banken verhindert werden, andererseits sollen die Kreditverhältnisse stabilisiert werden. Als Alternative zu einer Abwertung, die angesichts der extremen Überbewertung der nationalen Währungen eigentlich angezeigt wäre, wird eine extrem restriktive Budgetpolitik verordnet. Ihr Kern sind Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Abbau von – ohnehin kärglichen – Sozialleistungen. Die pro-zyklischen Wirtschaftspolitik senkt zwar, wie angestrebt, Binnen- und Importnachfrage, verschärft aber auch die Rezession. Speziell in den Baltischen Ländern hat die Rezession ein Ausmaß erreicht, dass sie Schuldner und Banken auch ohne Abwertung in große Schwierigkeiten bringt. Bei den sozialen Diensten – Gesundheit und Bildung – kommt es zu enormen Einschränkungen und Verschlechterungen.

Im Fall Lettland formulierte der IWF sehr deutlich, im Fall Rumäniens verhaltener, dass die restriktive Budgetpolitik den Beitritt zur Euro-Zone beschleunigen sollte, womit Währungskrisen ein Riegel vorgeschoben würde. Einerseits ist angesichts der enormen wirtschaftspolitischen Probleme der betroffenen Staaten und der großen inneren Spannungen innerhalb der Euro-Zone die Realitätstüchtigkeit dieser Orientierung zweifelhaft, andererseits würden die produktiven Sektoren dieser Länder den Beitritt zur Euro-Zone bei den derzeitigen Wechselkursen kaum verkraften. Dauerhafte Stagnation wäre die absehbare Folge.

Die derzeitige Politik nach IWF-Rezeptur ist nicht nur höchst unsozial, sondern schwächt auch die ohnehin labilen produktiven Sektoren weiter. Eine kontrollierte Abwertung mit flankierenden Stützungsmaßnahmen wäre, trotz der auch mit ihr verbundenen erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Kosten, wohl vorzuziehen.

Soziale Unzufriedenheit hat zuweilen offenen Ausdruck angenommen. Vereinzelt kam es zu Streiks im öffentlichen Dienst, in Rumänien Anfang Oktober zu einem massiven Streik der öffentlichen Bediensteten. In Ungarn, Lettland und Bulgarien gab es verhältnismäßig große Protest-

demonstrationen, die sich sowohl gegen die Wirtschaftspolitik als auch allgemeiner gegen die politischen Verhältnisse richteten. In Ungarn und Lettland änderte sich daraufhin die Zusammensetzung der Regierungen, nicht aber die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

### Schlussfolgerungen

Die globale Krise hat die Schwachpunkte der osteuropäischen Wachstumsstrategien der letzten zwei Jahrzehnte offengelegt. Diese Strategien haben in Sackgassen geführt. Das gilt insbesondere in die von Auslandskrediten alimentierte finanz-getriebene Strategie. Die Wirtschaftspolitik ist in der Krise primär an den Interessen westeuropäischer Finanzinstitutionen ausgerichtet. Während die exportorientierten Staaten in Osteuropa ähnlich wie die meisten westeuropäischen Staaten Spielräume für anti-zyklische Politik haben, wird den anderen osteuropäischen Staaten unter der Regie des IWF eine extrem restriktive Politik verordnet, welche die strukturellen wirtschaftlichen Probleme nicht angeht und mit sehr negativen sozialen Folgen verbunden ist. Die Krise und die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise vertiefen die Spaltungslinien in der EU. Hieraus folgert Béla Galgóczi (2009: 6), Forscher am Europäischen Gewerkschaftsinstitut: »Das Fehlen eigener europäischer Antworten auf die Krise mit ihren schweren Folgen für die neuen Mitgliedsstaaten könnte die Zukunft eines vereinten Europa in Frage stellen.«

### Literatur

Vasily Astrov/Josef Pöschl: MOEL im Sog der Krise, in: Wifo-Monatsberichte, Nr. 5, S. 347-360

Joachim Becker (2008): Die Verwundbarkeit Osteuropas in der Finanzkrise: Immer neue Kandidaten für den Crash, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, W&E Hintergrund, Oktober, S. 3-4

Joachim Becker (2009a): Osteuropa in der Finanzkrise: Ein neues Argentinien?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise, Berlin, S. 146-154

Joachim Becker (2009b): La Unión Europea y la crisis financiera, in: Eduardo Gudynas (Hg.): La primera crisis global del siglo XXI. Miradas y reflexiones, Montevideo, S. 25-28

Eurostat (2009): BIP in der Eurozone um 0,1 % und in der EU27 um 0,2 % gesunken. Eurostat Pressemitteilung Euroindikatoren 125/2009, 2.9.2009

Béla Galgóczi (2009): Central and Eastern Europe five years after: from »emerging Europe« to »submerging« Europe? ETUI Policy Brief 4/2009, Brüssel

IMF (2009): Global Stability Report. Responding to Financial Crisis and Measuring Systemic Risks, Washington D.C.

Andrea M. Maechler/Li Lian Ong (2009): Foreign Banks in CESE Countries: In for a Penny, in for a Pound? , IMF Working Paper WP/09/54

Ivan Okáli et al. (2008): Hospodársky vývoj Slovenska v roku 2007, Bratislava



## Weg oder Wippe - Auseinandersetzung mit der kirchlichen Rede von Sünde und Vergebung

Von Klara Butting

»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.

### I

Im vergangenen Jahr hat die EKD Denkschrift »Unternehmerisches Handeln in ev. Perspektive« herausgegeben, die sehr viel Unruhe ausgelöst hat, weil das Problem und die Folgen der Globalisierung weitgehend ausgeklammert und ein Idealbild von dem ehrbaren Kaufmann der Argumentation zu Grunde gelegt wurde. Als Prof. Gerd Wagner, der Vorsitzende der Kammer für soziale Ordnung der EKD, die die Denkschrift erarbeitet hat, die Denkschrift vorstellt, wurde er auch wegen dieses Idealbilds gebeten, zu den Schmiergeldzahlungen von deutschen Unternehmen Stellung zu nehmen. Er gab die Antwort: »Wer sich empört, muss auch dran erinnert werden, dass wir alle Sünder sind« (Chrismon 8.2008, S.11). Dieser Satz ist Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Hier begegnet eine Rede von Sünde, die für kirchliche Sprache typisch ist. Sünde macht alle Menschen gleich in ihrer Bedürftigkeit gegenüber Gott. Die eigene Sündigkeit nimmt den Einzelnen das Recht, andere als Sünder/Sünderinnen anzuklagen.<sup>1</sup> Die Rede von Sünde schwächt den Protest gegen Unrecht und das Engagement für Gerechtigkeit.

Es geht in der AG zum einen um die Wahrnehmung dieser Sündentheologie. Zum anderen um die Arbeit an der eigenen Sprachfähigkeit, Sündenbekenntnis und Vergebung als Schritte auf einem Weg zu begreifen, der auf die Befreiung von realem Unrecht zielt.

### Problemskizzen

1. Aus der Zurückweisung »Wer sich empört, muss auch dran erinnert werden, dass wir alle Sünder sind« spricht eine im kirchlichen Sprachgebrauch verbreitete Vorstellung. Sünde wir als eine alle Menschen in gleicher Weise betreffende Grundhaltung begriffen. »Sünde ist Trennung des Menschen von Gott. Ihr Kern besteht nicht in diesem oder jenem Vergehen... Sie ist eine Haltung, die sich dem Glauben, der Hoffnung und der Liebe entzieht. ... Es handelt sich um eine tragische Grundsituation, die keinem Menschen unbekannt ist.«<sup>2</sup> Sünde ist etwas, das alle Menschen unabhängig von ihren Taten betrifft. Die Rede von Sünde kann deshalb – wie in der Stellungnahme von Gerd Wagner – den Blick von konkreter gesellschaftlicher Schuld ablenken. Die Rede von Sünde kann gesellschaftliche Zustände, die angeprangert und verändert werden müssten, relativieren.

2. In der Zurückweisung »Wer sich empört, muss auch dran erinnert werden, dass wir alle Sünder sind« kommt hinter der Rede von der allgemeinen Sündigkeit ein weiteres Problemthema zum Vorschein – ein Verfügen über die Vergebung Gottes. Die Behauptung, dass wir alle Sünder/innen sind, hat hier nichts erschreckendes, nichts Furcht gebietendes. Dahinter stehen unzählige Gottesdienste in denen wir mit großer Selbstverständlichkeit nämlich die eigene Sündigkeit betonen und genau so selbstverständlich Gottes Vergebung in Anspruch nehmen. »Die ungehemmte Inanspruchnahme dieser göttlichen Vergebungsbereitschaft nötigt Gott allerdings früher oder

später in eine unheilige Koalition mit der Sünde, weil er sich dieser gegenüber nur nachgiebig, aber eben nicht widerständig zeigt. Damit erweist sich dieser instrumentalisierte Gott nicht nur als eine Projektion, sondern vielmehr auch als ein ebenso heimlicher wie unheimlicher Kombattant des Bösen.<sup>3</sup> Die selbstverständliche Abfolge von Sündenbekenntnis und Vergebung führt zu einer Banalisierung des Begriffs Sünde. Die zwischen Menschen aufgeworfene Schuld wird zu einer mit dem lieben, vergebenden Gott abzumachenden Sünde verharmlost, der in der Umgangssprache begegnet. Auf diesem Weg leistet kirchliche Rede zu einem produktiven gesellschaftlichen Umgang mit Schuld kaum einen Beitrag. Vielmehr wird der Eindruck vermittelt, dass Sünde nicht weiter von Bedeutung ist.

3. Die Umgangssprache spiegelt diese kirchlichen Sprachgewohnheiten. Der Begriff Sünde begegnet uns in der Umgangssprache, wenn es um Kleinigkeiten geht. Von Diätsünden oder Verkehrssünden ist die Rede. Sünde bezeichnet dann kleine Nachlässigkeiten und kann bis zur Koketterie gehen, wie z.B. in dem Lied »Wir sind alle kleine Sünderlein.«. Kleinen Unvollkommenheiten sind gemeint, die zu jedermann und jeder Frau dazugehören – nach dem Motto: Nobody ist perfect. Sobald jedoch »etwa im Straßenverkehr etwas Ernsthaftes passiert, wird nicht mehr von Sünde gesprochen, sondern es erhebt sich die Schuldfrage.«<sup>4</sup> Wen jemand Schuld hat, dann ist das auch in der Umgangssprache eine tief ernste Sache. Und wo wirklich Schuld vorliegt, werden Menschen eher isoliert und ausgegrenzt, als für normal erachtet.

## II

In Auseinandersetzung mit einem Bild, das unsere traditionelle kirchliche Rede einfängt, und einem biblischen Text wollen wir versuchen, über Vergebung, Schuld und Sünde neu sprechen zu lernen.

### Sünde – Verharmlosung von Schuld

Das Bild zeigt die heilende Kraft der Vergebung. Es beschreibt, wie man Schuld loswird. Der Koffer, den wir als schwere Last mit uns herum-schleppen, kann abgestellt werden. Wir sind frei.

Auch der Text beschreibt die heilende Kraft der Vergebung (2 Samuel 12,1-15):

<sup>1</sup> Der EWIGE schickte Natan zu David. Er kam und sprach zu ihm: »Es waren zwei Männer in einer Stadt, einer war reich und einer arm.<sup>2</sup> Der Reiche hatte sehr viele Schafe und Rinder.<sup>3</sup> Der Arme hatte gar nichts außer einem kleinen Lamm, das er gekauft hatte. Das zog er auf und es wurde groß bei ihm, zusammen mit seinen Kindern. Es fraß von seinem Bissen und trank aus seinem Becher, es lag in seinem Schoß und war für ihn wie eine Tochter.<sup>4</sup> Da kam Besuch zu dem reichen Mann. Dem tat es leid, von seinen Schafen oder Rindern eines zu nehmen, um es zuzubereiten für den Reisenden, der zu ihm gekommen war. Drum nahm er das Lamm des armen

Mannes und bereitete es für den Mann zu, der zu ihm gekommen war.«<sup>5</sup> Da entflammte Davids Zorn gewaltig gegen den Mann und er sagte zu Natan: »So wahr der EWIGE lebt! Der Mann, der das getan hat, verdient den Tod,<sup>6</sup> und das Lamm soll er vierfach ersetzen, weil er so gehandelt und es ihm nicht leid getan hat.«<sup>7</sup> Da sagte Natan zu David: »Du bist der Mann.

So spricht der EWIGE, die Gottheit Israels: Ich habe dich zum König über Israel gesalbt. Ich habe dich aus Sauls Hand befreit.<sup>8</sup> Ich habe dir das Haus deines Herrn gegeben, die Frauen deines Herrn habe ich dir in deinen Schoß gelegt; das Haus Israel und Juda habe ich dir gegeben, und wenn das zu wenig war, hätte ich noch dies und das dazugetan.<sup>9</sup> Warum hast du des EWIGEN Wort verachtet, dass du getan hast, was in seinen Augen böse war? Urija, den Hetiter, hast du mit dem Schwert erschlagen und seine Frau dir zur Frau genommen. Ihn hast du durch das Schwert der Ammoniter getötet.<sup>10</sup> Aber jetzt: Das Schwert wird von deiner Familie und deinen Nachkommen nie mehr ablassen, weil du mich verachtet und dir die Frau Urijas, des Hetiters, genommen hast, dass sie deine Frau sein sollte.<sup>11</sup> So spricht der EWIGE: Gib Acht! Ich werde dafür sorgen, dass dir Unheil geschieht aus deiner eigenen Familie heraus. Ich werde deine Frauen vor deinen Augen nehmen und sie deinem Nächsten geben, und er wird mit deinen Frauen schlafen am helllichten Tage.<sup>12</sup> Denn du hast diese Tat heimlich begangen, aber ich werde dies vor ganz Israel und am helllichten Tag tun.«

<sup>13</sup> Da sagte David zu Natan: »Ich habe gegen den EWIGEN gesündigt.« Natan sagte zu David: »Der EWIGE Gott hat auch deine Sünde beseitigt. Du musst nicht sterben.<sup>14</sup> Weil du aber selbst die

*Feinde des EWIGE mit dieser Tat verhöhnt hast, wird der Sohn, der dir geboren wird, ganz sicher sterben.«<sup>15</sup> Dann ging Natan nach Hause.*

Die Vorgeschichte ist wahrscheinlich in groben Zügen bekannt. David, der König in Jerusalem, hat mit Batseba geschlafen, der Frau eines seiner Soldaten, Uria sein Name, der mit Israels Truppen in der Ferne für Israel kämpft. Als Batseba schwanger wird, lässt David Uria, den Mann Batsebas, ermorden. Daraufhin wird er von dem Propheten Natan zur Rede gestellt.

Gegen Menschen hat David sich vergangen, doch bekennt er seine Sünde gegen Gott und sofort wird ihm Vergebung zugesprochen:

*David sagte: Ich habe gegen den EWIGEN gesündigt«*

*Natan sagte: Der EWIGE hat dir auch deine Sünde beseitigt. (11,13).*

Wird hier das Vergehen gegenüber anderen Menschen mit Gott bereinigt und auf diesem Weg das an Menschen begangene Unrecht verharmlost?

### **Sünde – Radikalisierung der Schuld**

Wenn wir uns den Anfang der Geschichte angucken, ist allerdings sehr wohl von Davids Gewalt gegenüber Menschen die Rede. Natan erzählt von einem reichen und einem armen Mann. Wenn der Reiche, als er Besuch bekommt, das einzige Lamm des Armen schlachtet, um den Gast zu bewirten, wird im Gleichnis selbstherrliches, mitleidloses Nehmen eines Mächtigen aufgedeckt. Das ist Davids Vergehen. Keine Wort, über männlich Triebe; keine Andeutung, dass Batseba auch Schuld hätte an dem Ehebruch, dass sie sich provozierend verhalten hätte. Davids brutales Verhalten wird aufgedeckt. Seine Schuld wird thematisiert. Er nimmt sich, was ihm passt und zerstört die Liebe und das Leben anderer Menschen.

In einem zweiten Schritt stellt Natan diese Schuld in den Horizont des Vertrauens, dass Gott in Davids gesetzt hat. Mit dieser Horizontverschiebung kommt Davids Schuld als Sünde in den Blick. In fünf Sätzen wird Gottes Zuwendung zu David herausgestellt:

*V. 7 So hat die EWIGE gesprochen, die Gottheit Israels:*

*Ich habe dich zum König über Israel gesalbt, ich habe dich aus der Hand Sauls gerettet*

*ich gab dir das Haus deines Herrn und die Frauen deines Herrn,  
ich gab dir das Haus Israel und Juda,  
und wenn es zu wenig war, hätte ich dir noch dies und das hinzugefügt. (12,7-8).*

Gott hat David im Überfluss gegeben. Eine unglaubliche Karriere vom Schafhirten zum König hat David hinter sich. Angesichts dieser Geschichte ist Gott fassungslos über Davids Machtgier. Nach der Aufzählung von Gottes Tun folgt die Frage: V. 9«Weshalb hast du das Wort des Ewigen verachtet und das in Gottes Augen Böse getan?» (12, 9-10). Weshalb? Warum? Dieselbe fassungslose Frage wie bei Steuerhinterziehung von Managern, die sowieso schon millionschwere Gehälter haben. Warum immer mehr?

Es gibt keine Begründung! Nur dieses fassungslose »Weshalb?« Grundlos bricht das in Gottes Augen Böse durch Davids Taten in die Wirklichkeit ein.

Davids nimmt diese Sicht der Dinge auf, wenn er seine Schuld gegenüber Batseba und Uria als Sünde gegen Gott bekennt. David verzichtet auf jede Selbstrechtfertigung. Er stellt sich vor Gott und sagt: Ich habe die überfließende Zuwendung Gottes missachtet und damit der Bosheit in dieser Welt zu Macht verholten. Durch die Rede von Sünde werden – wenn es mit rechten Dingen zugeht – die Verbrechen gegenüber Menschen nicht verharmlost. Die Erzählung geht davon aus, dass sich die Sünde gegen Gott in der Beziehung zu Menschen realisiert. »Wir trennen uns *in* unseren Lebensbeziehungen von Gott« (Dorothee Sölle). Die Rede von Sünde stellt unser Tun gegenüber Menschen und Umwelt in den Horizont der Auseinandersetzung um die Wurzeln des Bösen. Wir erklären, dass wir mit unseren Taten unsere Bestimmung als Menschen verraten, Gottes Werk und Willen angreifen und Misstrauen und Zerstörung in der Welt zu Macht bringen.

Insofern ist Sünde immer Tat! Die Behauptung, sie wäre Haltung oder Grundsituation ist eine Verkürzung, die dem Wort seine Spitze abbricht, ungeachtet dessen, dass Sünde auch ein überpersöner Machtzusammenhang des verfehlten Lebens ist, in dem wir Menschen uns immer schon vorfinden. In der an David gerichteten Ansage »das Schwert wird von deinen Nachkommen nie mehr ablassen« (12,10) ist diese Dimension von Sünde in dem Text präsent. Mit den Folgen von Davids Machtmissbrauch müssen sich alle herumschlagen, die nach ihm kommen und nach ihm Regierungsverantwortung übernehmen.

Menschliche Vergehen nehmen Gestalt an in Misstrauen, in politischen Hierarchien, in ungerechter Besitzverteilung und formen unsere Lebensvollzüge. Doch wenn wir bekennen »Ich habe gegen Gott gesündigt«, bekennen wir die Macht Gottes und sagen: Das Böse ist keine eigenständige Gegenmacht, kein Gegengott. Egal wie schlecht unsere Erziehung, wie groß der politische Druck, wie gewalttätig die Strukturen, in den wir leben: Mit dem Satz: »Ich habe gegen Gott gesündigt« bekenne ich, dass das Böse in unserer Wirklichkeit durch mein Entscheiden und Tun Raum gewinnt.

### Die Vergebung Gottes

In dem Moment, in dem David seine Verfehlung eingesteht, spricht Gott ihn frei. Allerdings ist im nächsten Vers gleich wieder von Sterben und Tod die Rede. David wird der Tod des Kindes, das Batseba geboren hat, angekündigt. (12,14).

Folgen von Macht und Machtmissbrauch werden thematisiert. So verstehe ich den angesagten Tod dieses Kindes. Nicht als historischen Bericht über einen gestorbenen Säugling, sondern als Symbol dafür, dass männliche Gewalt und ihre Folgen ohne Rücksicht und Einspruchsmöglichkeiten Betroffener die kommende Generation in den Untergang reißen. Ich komme darauf gleich noch mal zurück.

Die Ankündigung der Vergebung einerseits und des Todes des Kindes andererseits hat christliche Ausleger/innen in Verlegenheit gebracht. »Warum ist dieser Tod nötig, wenn doch nach V. 13 Gott bereits Davids Schuld vergeben hat?«<sup>5</sup> »Wie kann Natan nach der Absolution Davids erneut an Davids Vergehen anknüpfen und damit den Tod des Kindes begründen?«<sup>6</sup> Wir stolpern über eine christliche Gnadentheologie, die behauptet, mit der Vergebung der Sünde sei die Schuld doch aus der Welt geschafft. Von unheilvollen Konsequenzen, von Schuld dürfe eigentlich nach der Vergebung doch nicht mehr geredet werden. Ich erinnere an das Bild. Der Koffer wird abgestellt und dann ist alles gut.

Die Daviderzählung sieht das anders. Davids Sünde wird vergeben. Sie wird beseitigt. Trotz dieser Vergebung haben Davids Taten Folgen, denen er nicht ausweichen kann. Dafür steht in der Erzählung der Tod des neugeborenen Sohn. Im Kontext der biblischen Erzähltradition verkörpert dieser potentielle Thronfolger Davids Zukunft, die Zukunft des maroden, gewalttätigen

Königtums. Sein Tod ist in der Erzählung das Symbol dafür, dass eine Gesellschaft, in der Recht hat, wer Macht hat, zugrunde geht.

Auch nach der Vergebung ist also von unheilvollen Konsequenzen die Rede. Auch die Gerichtsankündigungen aus Natans Anklagerede wird durch die Vergebung nicht aufgehoben. Mit dem Mord an einem seiner Soldaten und dem Ehebruch mit dessen Frau, während die Truppe im Felde steht, hat David Misstrauen gesät und wird in diesen Strudel von Misstrauen und Zerstörung selbst hineingezogen. Er hat seine Vertrauensposition als König verloren und das hat Konsequenzen: »Den Hethiter Uria hast du mit dem Schwert erschlagen ... nun wird das Schwert von deinem Haus nicht mehr weichen«. »Die Frau des Hethiters Uria hast du dir genommen ... siehe, ich werde in deinem Haus Unheil wider dich anstiften und werde deine Frauen vor deinen Augen wegnehmen und sie deinem Nächsten geben. Er wird am helllichten Tag mit deinen Frauen schlafen« (2 Sam 12,9-11). Die Gewalt, die David geübt hat, hat politische Unruhe zur Folge, die bis in seine eigene Familie hineinreicht. Später wird einer seiner Söhne, Absalom, einen Aufstand gegen David anstiften und ihn zu stürzen versuchen. David hat eine Spirale der Gewalt in Gang gesetzt, die mit diesem Aufstand Absaloms über ihn selbst hereinbricht. Und tatsächlich wird Absalom um David öffentlich zu demütigen öffentlich mit den Frauen schlafen, die Davids bei seiner Flucht in Jerusalem zurückgelassen hat (16,22).

Die Verfehlung ist nicht Vergangenheit, sondern gegenwärtig und untergräbt gemeinschaftliche Lebensvollzüge. Und nicht nur das. Die Erzählung betont außerdem, dass Gott dafür sorgt, dass David den Folgen seiner Verbrechen nicht entkommt.

Also: die Zusage gilt: »Die EWIGE hat deine Sünde beseitigt«. Das Böse, die Sünde, die durch David in die Welt gekommen ist, darf ihn nicht beherrschen. Gott macht David frei. Davids Sünde ist nicht mehr Davids Sünde, sie ist Gottes Problem. Ich greife das Bild mit dem Koffer auf. Gott tritt an Davids Seite, nimmt ihm den Koffer ab, und schleppt ihn in Zukunft selbst. Zugleich traut Gott David zu, aufs Neue den Weg der Gerechtigkeit zu gehen. So wird David von neuem handlungsfähig und kann sich in der von seiner Schuld geprägten Situation im Sinne Gottes handeln.



Doch diese Vergebung, die Gott David gewährt, tilgt nicht die Verletzungen, die durch Davids Taten anderen Menschen zugefügt wurden. Davids Schuld ihnen gegenüber bleibt. David muss mit den Folgen seiner Taten weiterleben und damit umgehen. Er muss sich den Inhalt des Koffers ansehen und aufräumen. Das Unheil, die Schuld, die durch Davids Inhumanität in die Welt gesetzt wurde, bleibt. Sie bleibt seine Lebensaufgabe.

Also einerseits gilt: Gott beseitigt Davids Sünde. David ist seiner Tat und ihren Folgen nicht mehr ausgeliefert. Andererseits gilt: Gott sorgt dafür, dass Tat und Tatfolgen auf David zurückfallen. David wird in die von seiner Schuld geprägte Situation hineingestellt. Die Konsequenzen seines Tuns hat er bleibend vor sich.

Beides geschieht: David wird frei von seiner Tat, und David wird mit den Folgen seiner Tat konfrontiert. Nur so kann es gelingen, dass in dieser Welt Wege aus Schuldverstrickung und Gewalt gefunden werden!

Durch die Befreiung des Täters/der Täterin von der Macht der Sünde wird der Täter/die Täterin

den Opfern gegenüber von neuem handlungsfähig und kann die Verantwortung für wiedergutmachende Schritte übernehmen.

Mit dem Zuspruch der Vergebung werden nicht Verbrechen an Menschen mit Gott abgemacht. Sondern: Wenn Gott David seine Sünde vergibt, befähigt er ihn dazu, mit der Zerstörung von Gemeinschaft, die seine Untaten bewirkt haben, als seiner Schuld verantwortlich umzugehen.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> *Wir gehen mal davon aus, dass die anderen nicht schwul oder lesbisch sind. Wenn Homosexualität im Spiel ist, wird überraschender Weise eine Ausnahme gemacht und die anklagende Rede von Sünde ist plötzlich doch möglich.*

<sup>2</sup> *Wolfgang Huber, Der christliche Glaube. Eine evangelische Orientierung, Gütersloh 2008, 69f.*

<sup>3</sup> *Michael Weinrich, Schuld und Sünde, in: »Wie? Auch wir vergeben unsern Schuldigern?« Mit Schuld leben, Jürgen Ebach u.a. (Hg), Gütersloh 2004, 88-123*

<sup>4</sup> *Weinrich, Schuld und Sünde 97.*

<sup>5</sup> *Walter Dietrich / Thomas Naumann, Die Samuelbücher. Erträge der Forschung 287, Darmstadt 1995, 252f.*

<sup>6</sup> *Georg Hentschel, Der Auftritt des Natan (2 Sam 12,1-15a). Die alttestamentliche Botschaft als Wegweisung: Festschrift für Heinz Reinel, Stuttgart 1990, 117-133, 124.*



## Predigt (Johannes 8, 44, 1. Mose 22,1; 22, 9-12)

Von Jirí Silný

**»Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung«, Evangelische Akademie Meißen, 2. – 4. 10. 2009.4.10. im Dom zu Meißen**

Johannes 8, 44

*Ihr seid Kinder des Teufels, der ist euer Vater, und nach seinen Wünschen handelt ihr. Er ist von Anfang an ein Mörder gewesen und hat niemals auf der Seite der Wahrheit gestanden, weil es für ihn keine Wahrheit gibt. Wenn er lügt, so entspricht das seinem Wesen; denn er ist ein Lügner, und alle Lüge stammt von ihm. (Die gute Nachricht)*

1. Mose (Luther)

22,1 Nach diesen Geschichten versuchte Gott Abraham...

22, 9 -12

*Und als sie an die Stätte kamen, die ihm Gott gesagt hatte, baute Abraham dort einen Altar und legte das Holz darauf und band seinen Sohn Isaak, legte ihn auf den Altar oben auf das Holz und reckte seine Hand aus und fasste das Messer, dass er seinen Sohn schlachte.*

*Da rief ihn der Engel des Herrn vom Himmel und sprach: Abraham! Abraham! Er antwortete: hier bin ich.*

*Er sprach: Lege deine Hand nicht an den Knaben und tu ihm nichts; denn nun weiss ich, dass du Gott fürchtest und hast deinen einzigen Sohnes nicht verschont um meinetwillen.*

Der Predigttext, den ich gewählt habe, spricht über Opfer. Ich habe bei der Vorbereitung Hilfe in den Arbeiten von Kuno Füssel und Iris Marion Young gefunden.

Das Opfer als religiöse Handlung begleitet die Menschheit in allen Kulturen seit den Anfängen und allgemein kann man sagen, dass die Opferung der Verbindung zwischen Menschen und Göttern dient. Die Kulturen und die Götter sind verschieden und verlangen auch unterschiedliche Opfer. Die Bibel trennt scharf zwischen dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, dem Vater von Jesus und allen anderen Gottheiten. Sie nennt die anderen Götzen. Götzen sind der Bibel nach von Menschen geschaffene virtuelle, durch Lüge und Täuschung wirksame Mächte. Trotzdem sind sie

mächtig, sie können sogar Menschenopfer verlangen.

Auch in der heutigen säkularen Welt, die scheinbar für die Alltagsgeschäfte keinen Gott braucht, sind Opfer sehr wichtig. Wenn sie mit einem so gottlosen Instrument wie der Google-Suchmaschine nach Opfern Fragen, werden sie millionenfach fündig.

Es sieht so aus, als ob das Opfer, opfern, Opfer bringen und Opfer sein das normalste ist. Zum Beispiel:

Hohe individuelle Mobilität verlangt Verkehrsopfer, die aber statistisch gesehen marginal sind.

Der vierhundert-prozentige Anstieg der Kriminalität mit ihren vielen Opfern ist der Preis der Freiheit, haben wir in den Neunzigern Jahren bei uns gelernt.

Höhere Interessen und Werte des Volkes oder der jeweiligen Zivilisation und Religion verlangen Menschenopfer in Kriegen und Kämpfen.

Die unsichtbare Hand des Marktes und die Sachzwänge der Wirtschaft verlangen wirtschaftliche Opfer. Besonders in der Krise müssen alle Opfer bringen: An noch mehr Luxus oder eben am Verzicht auf das Überleben. Jeder an dem Ort, wo wir durch Gottes Fügung oder durch Zufall gerade leben.

Nichts ist umsonst, das Wachsen des Wachstums, der Fortschritt hat seinen Preis, man kann nichts machen, so ist die Welt, hören wir. So reden die Priester der Götzen. So verblendet uns der große Lügner und Mörder.

Und was sagen die Opfer dazu? Bei den Versuchstieren werden oft zuerst die Stimmbänder entfernt, damit die Stimme, die ihren Schmerz ausdrückt bei der Forschung nicht stört. Ja die stummen Opfer sind die besten. Gut ist, die Opfer zu überzeugen, dass sie selber schuld sind. Die Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit können als Faulenzer und Schmarotzen dargestellt werden und viele schämen sich auch, weil sie sich als unfähige Verlierer fühlen.

Eine andere gute Methode besteht darin, einen Sündenbock zu finden. Zum Beispiel: Die Aus-

länder sind Schuld. Wichtig ist auch: Nicht aufatmen lassen. Die Opfer der Jahrhunderte des Kolonialismus und der Jahrzehnte der Globalisierung im Süden sollen jetzt noch die Kosten der Klimakatastrophe tragen – sie haben sich ja als Opfer vorzüglich bewährt. So handeln die Priester der Götzen.

Bei der Tagung haben wir uns versammelt als Menschen, die glauben, dass eine andere Welt möglich und notwendig ist und die wenigsten zum Teil dafür Kraft und Inspiration im christlichen Glauben suchen. Und tatsächlich kann man sagen, dass das Hauptthema der Bibel die Überwindung des Teufelskreises der Opferungen ist, auch wenn dass nicht immer gleich klar ist und auch wenn die Kirchengeschichte oft genug das Gegenteil bewies.

Wir haben ein der ältesten Beispiele dieser Ambivalenz gelesen. Die Geschichte über die fast erfolgte Opferung Isaaks durch seinen Vater Abraham, den Vater des Glaubens, ist bekannt. In der Bibel steht, dass Gott Abraham versucht, seinen Glauben prüft. Er soll durch die Bereitschaft, das Kostbarste zu opfern, seinen Glauben beweisen. Das Kostbarste ist für ihn sein Sohn und er zeigt sich bereit, ihn zu opfern. Gott ist dann so gnädig, dass er dieses Opfer doch nicht geschehen lässt.

Diese Geschichte verursacht ein gewisses Unbehagen und viele Menschen stößt sie ab. Was für ein Gott kann so mit seinen Menschen spielen? Das soll ein liebender Vater, der Schöpfer des Lebens sein?

Wie wäre es wenn wir die Geschichte von dem Ende her deuten? Wie wäre es, wenn diese Opfergeschichte einen Beweis des Glaubens anderer Art darstellt? Dass gerade der Glaube Abraham dazu anleitet, Isaak nicht zu opfern, nachdem ihn die Versuchung fast zum Mörder machte? Sonderbar zu denken, dass die Stimme der Versuchung, die zum Opfer des Sohnes anleitete, die Stimme Gottes sein sollte. Könnte es nicht die Stimme des Teufels, des Vaters der Lüge sein, wie später der Autor des Buches Job einen ähnlichen Test des Glaubens deutete? Dann würde erst die zweite Stimme, die Stimme des Engels, Gott gehören, die Stimme, die Menschenopfer verbietet. Ist die Interpretation zu beliebig?

In dieser Logik wird der Sinn des Opfers nicht in der Besänftigung der grausamen und unberechenbaren Gottheit durch Bereitschaft zum Menschenopfer gesehen, auch nicht in einem Tausch-

geschäft - ich gebe, damit du gibst -, sondern als Opfer der destruktiven Neigungen des Herzens, als Metanoia, als eine Wandlung zu mehr Menschlichkeit in dem Sinne des Spruches von Ireneus aus Lyon: Gloria dei, homo vivens – der Ruhm Gottes bedeutet, dass die Menschen leben können. Deshalb die Menschwerdung Gottes, deshalb die Verheißung des Lebens in Fülle, deswegen der Tod Jesu, des Unschuldigen, als Ende der Opferung.


Aber gerade dieser befreiende Glaube bringt keine schnellen und einfachen Lösungen. Es geht um die Befreiung der Opfer und der Täter zugleich, obwohl für beide die Befreiung verschieden aussieht. Wir haben während der Tagung in einer Arbeitsgruppe viel über individuelle Sünde, Schuld und Vergebung gesprochen, dass tut ja die Kirche laufend, aber wir haben uns mit den Situationen schwer getan, wo die Lage nicht übersichtlich ist. Wenn es nicht möglich ist genau zwischen Opfern und Tätern zu unterscheiden. Manchmal sind wir beides gleichzeitig oder nacheinander, weil es nicht nur um die individuelle sondern auch um die strukturelle Sünde geht, die uns alle bedroht, in der wir alle mehr oder weniger verstrickt sind. Wie kann dann eine Befreiung aussehen, die uns vor Resignation und Verzweiflung auf der einen und vor Zynismus auf der anderen Seite bewahrt? Wie sieht unsere Verantwortung in sozialen Beziehungen aus?

Wir können ein Beispiel aus unserer Tagung nehmen: die Situation in der Produktionskette der Textilindustrie, in der auf der einen Seite die asiatischen oder osteuropäischen Sweatshops und auf der anderen die schicken Modegeschäfte mit reichen Kunden stehen. Es ist ein bekanntes Beispiel der strukturellen Ungerechtigkeit, gegen die die bekannte Clean Clothes Campaign kämpft. Die Frage ist, wo liegt die Verantwortung. In wenigen Fällen ist es möglich, die konkrete Verantwortung zu finden, eine konkrete Person oder eine konkrete Firma, die Gesetze verletzt und einen Schaden kausal verursacht haben, auf den Strafe und Besserung folgen können. Komplizierter ist es mit der Verantwortung, die in den sozialen Beziehungen durch die Beteiligung an ungerechten Strukturen liegt. Strukturen, die in der Zukunft zu weiteren Schäden, weiteren Opfern führen können. In so einer Situation sind wir, wenn wir z. B. die Waren, die unter unmenschlichen Bedingungen produziert wurden, kaufen. In diesem Falle ist unsere Verantwortung eine politische und wir können diese Verantwortung nur durch eine kollektive Handlung wahrnehmen. Die Verantwortung ist jedoch nicht gleich verteilt: Die

mehr von dem ungerechten Zustand profitieren, tragen mehr Verantwortung (nicht unbedingt mehr Schuld), weil es für sie einfacher ist, gerechtere Bedingungen zu gestalten (z. B. für die Waren mehr zu bezahlen). Profiteure der ungerechten Strukturen wie die Verbraucherinnen und Verbraucher haben mehr Möglichkeiten, sich zu organisieren und wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben. Dieses Konzept der sozialen Verantwortung setzt auch die Beteiligung der Opfer der Ungerechtigkeit, die auch eine Verantwortung für die Verbesserung ihrer Lage tragen, voraus. Eine erfolgreiche Kampagne für die Überwindung der strukturellen Ungerechtigkeit hat dann, wie eine der Referentinnen unsere Tagung, Sonja Lokar, schön sagte, Gestalt eines Sandwiches: Sie wird von unten und von oben geführt, von dort und von hier gleichzeitig.

Anstatt über die strukturelle Ungerechtigkeit oder strukturelle Sünde können wir bildhaft über Götzen wie den Mammon reden. Ungerechte und gewalttätige Institutionen und Systeme von Wirtschaft und Politik stellen sich hier, obwohl von

Menschen geschaffen, als unpersönliche Kräfte dar. Wir müssen diese Lüge entlarven. Dann können wir sie durch gemeinsames Handeln überwinden. Dazu brauchen wir den befreienden Glauben der uns von der Gefangenschaft des Egoismus, Zynismus und der Resignation zur Liebe, Hoffnung und Solidarität führt. Wir sind zu dieser anspruchsvollen Ganzheit, zu einem Leben in Fülle berufen.

*Jirí Silný, Jahrgang 1951, war nach dem Studium der Theologie als Pfarrer (tschechoslowakisch-hussitische Kirche) tätig und nahm auch pädagogische Aufgaben wahr. Zur Vielfalt seiner Tätigkeiten gehören die des Journalisten, Übersetzers und des Arbeiters in der Landwirtschaft. Seit 1996 leitet er die Ökumenische Akademie Prag, die sich als »Non-Profit-Organisation« der Erwachsenenbildung widmet. »Sie behandelt Fragen aus Kultur, Politik, der Beziehungen von Kirche und Gesellschaft, sozialer Gerechtigkeit, nachhaltiger Entwicklung und insbesondere die Beziehungen zwischen Nord/Ost und Süd.« Zwei Jahre lang war Dr. Silný Präsident des Europäischen Forums Christlicher Männer, zur Zeit ist er ein Vizepräsident des Netzwerkes »Développement et Civilisation«.* 

**Anhang****Tagungsprogramm: »Stumme Krise im Osten« - 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung – Reihe Wirtschaften im Dienst des Lebens****Freitag, 2. Oktober**

**19.15 Uhr:** Begrüßung und Vorstellung  
Einführung zum Thema durch die  
OrganisatorInnen

**Europe under construction**

Statement von und Fragen an Dr. Reinhard Höppner, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt a.D., Präsident des Deutschen Ev. Kirchentages 2007 (Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, hat leider kurzfristig abgesagt)

Moderation: Dr. Bettina Musiolek

**22.15 Uhr: AusKlang im Dom zu Meißen**

mit Norbert Arendt, Dresden

Übersetzerinnen:

Simultan: Dorothee Beck, Ute Kühn

Konsekutiv: Regina Barendt, Lea Musiolek,

Natalia Priseajnuic

**Samstag, 3. Oktober****8.00 Uhr: Gedanken zum Tag**

in der Barbara-kapelle, OLKR Dr. Christoph Münchow, Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen

**9.00 Uhr: Raum Katharina**

Grußwort: OLKR Dr. Münchow

**Sozioökonomie von 20 Jahren****Transformation: Einführung und Überblick**

Dr. Jan Wielgohs, Sozialwissenschaftler, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Frankfurter Institut für Transformationsstudien

**Regionalstudien aus erster Hand:**

\* Dr. Jiri Silný: Tschechien und Slowakei

\* Sonja Lokar, Leiterin der Gender Task Force, EU-Regional Cooperation Council, und Direktorin des Mittel-Ost-Europäischen Gender-Netzwerkes, Sarajevo/Ljubljana: Balkan

\* Elisabeth Naendorf stellt kurz das Papier von Vsevolod Chaplin, Erzpriester der Russ.-Orthodoxen Kirche, vor, der kurzfristig verhindert ist: Russland

Moderation: Elisabeth Naendorf

**11.30 Uhr:** Diskussion mit den ReferentInnen

**14.00 Uhr:** Arbeitsgruppen:

**1. Wie sozial ist die EU?**

Mit: Gisela Kallenbach, Leipzig, ehem. MdEP, Sonja Lokar, Sarajevo/Ljubljana, Pfarrer Jürgen Klute, MdEP

Moderation: Dr. Bettina Musiolek

**2. Perspektiven für ein soziales Russland und die Sozialdoktrin der Russ.-Orth. Kirche**

Das Angebot besteht, sich mit der Sozialdoktrin auseinander zu setzen und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Moderation: Elisabeth Naendorf

**3. Weg oder Wippe? Auseinandersetzung mit der kirchlichen Rede von Sünde und Rechtfertigung«**

Mit PD Dr. Klara Butting, Uelzen

Moderation: Christine Müller

Klosterküche

**4. Die Krise in Osteuropa: nur eine Finanzkrise oder Krise des Entwicklungsmodells?**

Mit Prof. Dr. Joachim Becker, Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung, Department Volkswirtschaft

Moderation: Jörg Göpfert

**5. Mode Made in Osteuropa und der Türkei**

Mit Dr. Sule Daldal, Marmara-Universität Istanbul, Fachbereich Labour Economics und industrielle Beziehungen, und Regina Barendt, Clean Clothes Campaign

Moderation: Regina Barendt

**16.30 Uhr: Plenum:**

Vorstellung jeder **Arbeitsgruppe:**

Worüber konnten wir in unserer AG Konsens erzielen und worüber herrschte Dissens?

Zweite Aufgabe für die AGs: Fragen an das Podium mit EU-VertreterInnen und das Zivilgesellschaft-Podium Sonntag Vormittag formulieren und selbst stellen, nicht vorstellen!

Moderation: Elisabeth Naendorf

**17.15 Uhr:****Perspektiven einer EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik für alle Mitgliedsstaaten in Zeiten der Krise**

Input von Michael Ralph, Referent Finanzinstrumente (Europäischer Sozialfonds ...), Kabinettsmitglied in der Europäischen Kommission für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit von Kommissar Vladimir Spidla

Anschließend Podium mit

\* Michael Ralph

\* Sonja Lokar  
\* Jürgen Klute  
Moderation: Jörg Göpfert  
**19.00 Uhr:** Regio-faires Festbuffet  
**20.00 Uhr:** TanzKultur mit Krambambuli Dresden

### Sonntag, 4. Oktober

**9.30 Uhr:**  
**Quo vadis soziales Europa? Kirchen und soziale Bewegungen antworten**  
Podium mit  
\* Patrick Roger Schnabel, EKD-Büro Brüssel  
\* Jens Martens, SOCIALWATCH, Leiter Global Policy Forum Europe  
\* Martin Schenk, Diakonie Österreich, Mitglied im

Europäischen Armutsnetzwerk  
\* Sule Daldal, Marmara-Universität Istanbul  
\* Bettina Musiolek, Osteuropa-Ko-Koordinatorin, Clean Clothes Campaign  
Moderation: Christine Müller

**11.15 Uhr:**  
**Tagungs-Resümees kritischer Beobachter aus unterschiedlichen Akteursichten:**

\* Edith Säuberlich, Redaktion DROBS Dresdner Obdachlosenzeitung  
\* Unternehmer: Christoph Hille  
\* Rayana Yumasheva, Promotionsstudentin Kasachstan  
Moderation: Dr. Bettina Musiolek

**12.00 Uhr: Gottesdienst** im Dom zu Meißen  
Predigt: Jiri Silný

## Die Tagungsreihe »Wirtschaften im Dienst des Lebens«

### Wirtschaften im Dienst des Lebens

23. - 25. September 2005

Die Herausforderungen der Globalisierung

Christen weltweit sind wie viele andere Menschen besorgt über Ungerechtigkeit und Naturzerstörung durch wirtschaftliche Globalisierung.

Wirtschaftliche Globalisierung - was ist das eigentlich?

Wie beeinflusst sie unser Leben und Arbeiten? Wer sind ihre Akteure? Wer profitiert? Was haben Arbeitsmarkt- und Sozialreformen in Deutschland mit Globalisierung zu tun? Gibt es Alternativen im persönlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Handeln?

Eine Veranstaltung an der Ev. Akademie Meißen vom mit **Ulrich Duchrow**, **Christa Wichterich**, **Friederike von Kirchbach** und **German Gutierrez** (Costa Rica).

Kontakt: Dr. Bettina Musiolek, Studienleiterin Arbeitwelt & Wirtschaft,  
Tel.: 03521- 470616, Fax: 03521- 470699; [bettina.musiolek@ev-akademie-meissen.de](mailto:bettina.musiolek@ev-akademie-meissen.de);  
[www.ev-akademie-meissen.de](http://www.ev-akademie-meissen.de)



OrganisatorInnen sind die Ev. Akademie Meißen, die Arbeitsstelle Eine Welt in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, das Ökumenische Informationszentrum e.V. Dresden und das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes in Kooperation mit dem Pastorkolleg Meißen.

**Wirtschaften im Dienste des Lebens**  
**23.-25. März 2007 – Evangelische Akademie Meißen**

mit Sonja Lokar (Slowenien), Ulrich Duchrow und MdB Ottmar Schreiner, Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“

? Wie kommt es, dass sich viele Menschen ohnmächtig fühlen angesichts von wirtschaftlicher Globalisierung?

? Welche konkreten Schritte müssen gegangen werden, um die Wirtschaft in den Dienst des Lebens zu stellen?

! Es gibt Alternativen. Wie können sie umgesetzt werden?

Inhaltliche Schwerpunkte sollen sein: Arbeit und Leben, Mit Steuern umsteuern – Finanzen weltweit, Kirche zwischen Wirtschaftszwängen und christlichem Auftrag.

Bild: S. Orzechowski

## Wort aus Meißen (2007)

### Hinführung:

Warum wenden sich die Teilnehmenden einer Akademietagung mit einem WORT AUS MEIßEN zum Thema »Wirtschaft im Dienst des Lebens« an die Öffentlichkeit?

»Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens« - spätestens seit den Weltversammlungen der großen Kirchenbünde - Lutherischer Weltbund, 2003 in Winnipeg, Reformierter Weltbund in Accra 2004 und Ökumenischer Rat der Kirchen 2006 in Porto Alegre - ist diese Perspektive auch in der (nicht nur kirchlichen) Öffentlichkeit bekannter geworden. Dahinter steht die grundsätzliche Fragestellung nach der Bewertung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung. Vor allem aus den Erfahrungen der Kirchen des Südens und mit ihren Stimmen sind die Kirchenbünde mehrheitlich zu der Erkenntnis gelangt, dass der ungebremste, unregelmäßige Neoliberalismus mindestens in seinen Folgen (wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, Zerstörung der Umwelt und weitere), wenn nicht im Ganzen abzulehnen ist, um stattdessen für eine Wirtschaft, auch in den eigenen Reihen, einzutreten, die dem Leben dient.

Um die Umsetzung entsprechender Schritte auf Gemeinde- und Kirchenleitungsebene zu unterstützen und zu befördern, hatten z.B. in Sachsen die Evangelische Akademie Meißen, die Arbeitsstelle Eine Welt der Ev. Luth. Landeskirche Sachsen in Leipzig, das Ökumenische Informationszentrum Dresden und die Projektstelle des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in Leipzig im September 2005 zu einer Tagung »Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens« nach Meißen eingeladen, den kirchlichen Diskussionsprozess bekannt und konkret zu machen. Die Sächsische Landessynode befasste sich auf ihrer Frühjahrstagung 2006 ebenfalls damit und lud in einer »Botschaft an die Gemeinden« ausdrücklich zur Beteiligung und Auseinandersetzung ein, in den Gemeinden, im Vorfeld zum Gipfel in Heiligendamm, in einem Folgeseminar in Meißen. Sie forderte dazu auf, die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses wiederum einzubringen zur folgenden Frühjahrssynode 2007. Die Veranstalterinnen des Seminars 2005, nun erweitert um das Leipziger Missionswerk, nahmen den Anstoß auf und luden vom 23.-25.03.07 zu »Solidarität - die andere Globalisierung«, wieder in die Ev. Akademie nach Meißen, ein. Die 93 TagungsteilnehmerInnen verabschiedeten im Abschlußplenum das »Wort aus Meißen«, das wir

in Auszügen im folgenden dokumentieren. Den vollen Wortlaut finden Sie z.B. auf der Seite der Akademie: [www.ev-akademie-meissen.de](http://www.ev-akademie-meissen.de)

### Ausgangspunkt

Durch die Bibel zieht sich wie ein roter Faden, dass Gott auf Seiten der Armen, Unterdrückten und Schwachen steht.

Obwohl über zwölf Milliarden Menschen ernährt werden könnten, sterben täglich 100 000 Menschen an Unterernährung. Das neoliberale Gesellschaftsmodell schafft weder Wohlstand, Frieden noch Freiheit, sondern verstärkt die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, traumatisiert und desorientiert die Menschen, führt zu Kriegen und zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Demokratie ist gefährdet. Die Würde des Menschen gerät unter Finanzierungsvorbehalt.

Unser Glaube an den dreieinigen Gott stellt diese Praxis in Frage. Denn wir folgen nicht einer Vergötzung des Marktes, sondern glauben an den Gott des Lebens, der heute wie einst das Schreien seines Volkes hört.

Wir bekräftigen mit der 9. Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen von Porto Alegre, »dass eine Welt ohne Armut nicht nur möglich ist, sondern in Übereinstimmung steht mit Gottes Gnade für die Welt«, und begrüßen die Fortsetzung des im Februar 2006 angestoßenen AGAPE-Prozesses.

Wir haben uns an diesem Wochenende in Meißen getroffen, um Perspektiven für eine solidarische und umweltgerechte Ökonomie aufzuzeigen. Aus unseren Arbeitsgruppen richten wir unser Wort an die Kirchen und die Politik in unserem Land.

**1. Arbeit und Leben:** *»Nein, nicht arbeitslos, sondern erwerbslos, darauf bestehe ich.« Der Wert eines Menschen ist unabhängig von seiner Arbeit.*

### Wir stellen fest:

- »Armut wächst« – weltweit und in Deutschland. Arm und reich fallen immer weiter auseinander, allein in Ostdeutschland sind 25% dem »abgehängten Prekariat« zuzuordnen.
- Existenzangst und Angst vor Erwerbslosigkeit erreichen inzwischen auch die Mittelschichten und zwingen Menschen, eine Beschneidung ihrer Rechte und Einkommen hinzunehmen.

- Immer mehr Menschen werden arm trotz Arbeit. In Deutschland erhielten ca. 1,1 Millionen Haushalte 2006 ergänzendes Arbeitslosengeld II, weil sie zu wenig verdienen. Die Folge von Armut und Niedriglohn ist geringe Kaufkraft. Darunter leiden vor allem auch die Unternehmen, die für den lokalen Markt produzieren.

- Erwerbslosigkeit schließt Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus. Von den fehlenden und verschwundenen Arbeitsplätzen hat sich die öffentliche Wahrnehmung auf die Arbeitslosen selbst als Ursachen der Misere verlagert. Erwerbslose werden als »Schmarotzer« stigmatisiert.

### Wir setzen uns dafür ein,

- dass die Normen für menschenwürdige Arbeit, wie sie von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und von Menschenrechtserklärungen definiert wurden, weltweit und hier in Deutschland umgesetzt werden.

- dass die vorhandene Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilt wird. In den Kirchen sollen Modelle von Arbeitsplatzteilung und Sabbatjahren besonders gefördert werden.

- dass in Solidarität mit den Gewerkschaften ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 / Std. eingeführt wird, der ein Leben in Würde sichert und eine weitere Preis- und Lohnkonkurrenz nach unten verhindert.

- den Ansatz eines bedingungslosen Grundeinkommens intensiv zu prüfen.

- dass Arbeitsverhältnisse in unseren Kirchen und Einrichtungen nur sozialversicherungspflichtig und in existenzsichernder Höhe abgeschlossen werden. Arbeitsgelegenheiten (»1- -Jobs«) vernichten reguläre Arbeitsplätze und tragen Züge von Zwangsarbeit, denn eine Ablehnung führt zu Leistungskürzung bis hin zu -entzug.

- dass unsere Kirchen und diakonischen Einrichtungen Umwelt- und Sozialstandards einhalten. Produkte und Leistungen sollen vorrangig regional, ökologisch und fair gehandelt sein.

- dass die Arbeit der kirchlichen Erwerbslosen- und Beschäftigungsinitiativen, der ökumenischen, Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Initiativen ausgebaut und gestärkt wird.



- dass unsere Kirchen, Gemeinden und diakonischen Einrichtungen vor allem den Blickwinkel der Armen, Benachteiligten und Verlierenden im Globalisierungsprozess hier und weltweit zum Kriterium ihrer Entscheidungen und Stellungnahmen machen.

- die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Christen in anderen Kontinenten, die besonders unter den Folgen der Globalisierung leiden, zu intensivieren.

## 2. Öffentliche Güter und Steuergerechtigkeit

### Wir stellen fest:

- Der Staat hat die Aufgabe, ein Garant des sozialen Friedens zu sein. Wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass der Sozialstaat heute vielfach nur noch als Kostenfaktor und Wachstumsbremse betrachtet wird. Aus politisch verursachtem Kostendruck werden öffentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Verkehr (aktuelles Beispiel: die Bahn) und öffentliche Dienstleistungen privatisiert. Die ausreichende Versorgung aller Menschen mit diesen Gütern wird so behindert oder ganz versperrt.

- Subventionen und Steuersenkungen insbesondere für transnationale Unternehmen und höhere Einkommen (z.B. Abschaffung der Vermögenssteuer, Senkung des Spitzensteuersatzes) werden ohne Gegenleistung für das Gemeinwesen gewährt. Die Sozialpflichtigkeit von Eigentum scheint aufgehoben.

- Es gibt einen fatalen globalen, europäischen und lokalen Steuersenkungswettbewerb. Auch in Sachsen wetteifern Kommunen um die niedrigste Gewerbesteuer und beschleunigen damit die kommunale Verarmung.

- Öffentliche Armut und privater Reichtum treten so immer mehr in Widerspruch zueinander. Der Staat aber wird unfähig zu handeln, wenn er diese Tendenz verstärkt.

### Wir setzen uns dafür ein,

- dass der Staat ökologisch und sozial handlungsfähig bleibt. Öffentliche Güter brauchen eine ausreichende öffentliche Finanzierung, globale öffentliche Güter brauchen internationale Finanzierungsinstrumente. Dazu gehören eine internationale Devisentransaktionssteuer, die Besteue-

rung des Ausstoßes von Kohlendioxid, das Schließen von Steueroasen und die Verhinderung von Steuerflucht. Deutschland soll eine Flugticketabgabe einführen, wozu sich 25 Länder bereits verpflichtet haben.

- dass Deutschland einen größeren Beitrag zur Überwindung von Armut und Hunger in der Welt leistet. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sind endlich auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, wie es z.B. skandinavische Länder praktizieren.

Der Abbau von handelsverzerrenden Subventionen, z.B. beim EU-Agrar-Export, ist voran zu treiben. Waffenhandel ist zu verbieten.

- dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung bleiben bzw. zurückgeführt werden.

- dass Flüchtlinge bei uns ein Bleiberecht erhalten und nicht in Länder abgeschoben werden, wo ihr Leben bedroht ist. Das unmenschliche Mittel der Abschiebehaft ist abzuschaffen.

- dass im internationalen Bereich Strukturen aufgebaut werden, die eine politische Lösung internationaler Herausforderungen erlauben (Global Governance). Dabei kommt der Stärkung der Vereinten Nationen die absolute Priorität zu. Die Durchsetzungsfähigkeit des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit entsprechenden Sanktionsrechten ist erheblich zu verbessern.

Wir erwarten vom deutschen Bundestag und von der Bundesregierung, dass sie die EU-, G8-Präsidentschaft und die Konferenz »Entwicklungsfinanzierung« in Doha 2008 für diese Anliegen nutzen.

## 3. Nachhaltigkeit und Politik von unten:

*»Wir sind die erste Generation, die durch ihre ethischen Entscheidungen bestimmen muss, ob sie zugleich auch die letzte ist.«*

### Wir stellen fest:

- Das Leitbild für ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Handeln ist trotz zahlreicher Bemühungen noch nicht zu der Realität geworden, zu der es werden muss, wenn wir überleben wollen, ohne weitere Katastrophen herauf zu

beschwören. Nachhaltigkeit betrifft alle Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens.

■ Die Verwirklichung von Gerechtigkeit für alle Menschen auf unserer Erde ist nicht nur als moralisch-ethisches Prinzip erforderlich, sondern auch der wichtigste Beitrag zur langfristigen Friedenssicherung.

■ Im Jahr 2005 verbreitete die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Sachsen ein Faltblatt »Lokale Agenda 21 - eine Einladung auch an alle christlichen Gemeinden«. Darin werden die Gemeinden z.B. aufgefordert, ihre Erfahrungen und Kompetenzen in Foren und Arbeitskreisen einer Lokalen Agenda 21 einzubringen, sich als Moderatoren von Agenda-21-Prozessen zur Verfügung zu stellen und die Themen, die lokal den Agenda-21-Prozess bestimmen, in Vorträge, Gesprächskreise, Jugend- und Gemeindeveranstaltungen, Freizeiten und Gottesdienste einzubringen.

#### **Wir setzen uns dafür ein,**

■ dass der Zusammenhang zwischen dem konzi-liaren Prozeß und der Agenda 21 als wegweisend für die Gestaltung einer menschenfreundlichen Zukunft Eingang findet in das persönliche Leben jedes einzelnen, in die Arbeit der Kirchengemeinden und Kommunen, sowohl im Alltag als auch in Gemeindeveranstaltungen, Gottesdiensten und Aktionen.

■ dass Beispiele für gutes Gelingen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise öffentlich gemacht werden.

#### **4. Modelle Solidarischer Ökonomie**

##### **Wir stellen fest:**

■ Sinkende Mitgliederzahlen in unseren Kirchen und ein schrumpfendes Kirchensteueraufkommen bieten auch die Chance einer Neuorientierung. War es zu DDR-Zeiten gut für die Kirche, eine klar erkennbare Alternative der Freiheit und Demokratie zur totalitär verstaatlichten und entmündigten Gesellschaft zu sein, so wird es heute für sie zur Existenzfrage, Alternativen zur zunehmend kommerzialisierten und entsolidarisierten Marktgesellschaft zu entwickeln und Lebensraum für alle zu bieten, auch und gerade für die Verlierer des globalisierten Wettbewerbs.

■ Die weltweit vorhandenen Modelle solidarischer Betriebe basieren auf den allgemeinen Menschenrechten, besonders auf Selbstverwaltung, Demokratie, Solidarität und dem Recht auf regionale Entwicklung. Somit ist eine Alternative möglich.

##### **Wir setzen uns dafür ein,**

■ Gemeinde nicht nur als Glaubens- und Überzeugungsgemeinschaft, sondern auch als Lebensgemeinschaft zu konzipieren. Dies kann geschehen, indem die Genossenschaftsidee Eingang findet in die Gemeinden, die ja darin besteht, die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder - mindestens arbeiten und einkaufen - zu fördern.

Beispiele dafür sind:

ein gemeindlicher Bestelldienst für fair gehandelte und regionale Produkte und

Tauschringe (Verrechnungsringe für gewerbliche und private Kooperationen, Nachbarschaftshilfe, soziale Dienste)

So können Formen und Modelle Solidarischer Gemeinde-Ökonomie erprobt werden.

Wir erkennen bei den besprochenen Prozessen unseren eigenen Anteil. Es ist uns Christinnen und Christen bisher nicht gelungen, genügend Zeichen zu setzen. Wir wollen uns bemühen, wacher zu werden und unseren Beitrag als Bürgerinnen und Bürger zu leisten.

»Gott weint und spricht: 'Wer wird mir helfen, eine andere Welt aufzubauen, in der die Reichen wissen, dass sie viel erhalten haben, damit sie es mit anderen teilen und ihren Mitmenschen helfen?'» (Desmond Tutu auf dem Weltsozialforum 2007 in Nairobi)

*Die 93 Teilnehmenden der Tagung »Solidarität - die andere Globalisierung« vom 23. bis 25. März 2007 in Meißen, organisiert von der Evangelischen Akademie Meißen, der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, dem Leipziger Missionswerk und dem Ökumenischen Informationszentrum, Dresden.*

*Der Text wurde insgesamt vom Abschlußplenar bei vier Enthaltungen angenommen, ohne über einzelne Absätze abzustimmen.*



---

## Jahrgang 2009

1/09 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2008** – 68 Seiten / 5,40 €

2/09 – **Religion an öffentlichen Schulen** (Ev. Akademie zu Berlin, Katholische Akademie in Berlin, Evangelische Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz) – 84 Seiten / 6,40 €

3/09 – **»Die Zukunft beginnt heute«** (6. Fundraising-Forum Hessen und Nassau) – 36 Seiten / 4,10 €

4/09 – **»40 Jahre Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – 40 Jahre aktiv für den Frieden«** – 64 Seiten / 5,40 €

5/09 – **Religion – Konflikt – Frieden** (Beiträge zur Jahrestagung 2008 des Forschungsverbundes Religion und Konflikt) – 44 Seiten / 4,60 €

6/09 – Themen: **Der Auftrag der Erinnerung** (Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus) – **Wir sind Kirche und nicht die besseren Wirtschaftssachverständigen** (Interview mit Kirchenamtspräsident Barth) – **Kirchenbund oder Bundeskirche?** (Beitrag von Bischof M. Hein) – 24 Seiten / 3,40 €

7-8/09 – **Gesamtkonzept Elbe – eine Flusslandschaft im Wandel** (3. Elbesymposium der Ev. Landeskirche Anhalts) – 80 Seiten / 5,90 €

9/09 – **Kirche im Aufbruch – auch weltweit!** (Partnerkonferenz 2008 der EKD) – 36 Seiten / 4,10 €

10/09 – Themen: **Schutz des arbeitsfreien Sonntags** (Dr. Hermann Barth) – **Diakonie im geteilten und vereinten Deutschland** (Dr. Wolfgang Schäuble) – 20 Seiten / 3,40 €

11/09 – **Die Kirche in den Medien** (Workshop zur Medienarbeit der evangelischen Kirche) – 28 Seiten / 3,40 €

12-13/09 – **Was glauben die »Tiger« und »Drachen«?** **Religion und Wirtschaft in Ostasien** (Evangelische Akademie Thüringen) – 72 Seiten / 5,90 €

14/09 – **Wertegemeinschaft, Ordnungsfaktor, Interessenverband – welche Aufgabe haben die Gewerkschaften?** Ein Diskurs zwischen Evangelischer Kirche und Gewerkschaften (Referate eines Workshop des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD) – 52 Seiten / 5,10 €

15/09 – Themen: **Die Religion und der Staat / Herausforderungen des interreligiösen Dialogs. Hermeneutische Fragestellungen** (Vorträge von Bischof Dr. Wolfgang Huber /Türkeireise einer EKD-Delegation) – 16 Seiten / 2,60 €

16/09 – **Familie gestalten in einer sich wandelnden Umwelt – Familienpolitik in evangelischer Perspektive** – (Referate eines Workshop des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD mit Partnern) 56 Seiten / 5,10 €

17/09 – **Mein Lohn ist das ich darf? Frauen im Niedriglohn** (Texte einer Fachtagung zu Perspektiven in Gesellschaft, Kirche und Diakonie) – 32 Seiten / 4,10 €

18-19/09 – **»UM GO!TTES WILLEN? – Wir engagieren uns«** (Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft) – 120 Seiten / 7,90 €

20/09 – **Religiöse Bildung zwischen Säkularität und Pluralität** – Herausforderungen der Religionspädagogik (Texte einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 76 Seiten / 5,90 €

21/09 – **»Leitung und Führung in der Kirche – Orientierung in einem zentralen Handlungsfeld«** (EKD-Workshop) – 56 Seiten / 5,10 €

22-23/09 – **Verbundene Tagung der Synoden von EKD und VELKD und der Vollkonferenz der UEK in Würzburg** (Berichte, Predigten) – 68 Seiten / 5,40 €

24/09 – **»Eigenständig und gemeinsam: Die Beiträge der Ressorts der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik«** (8. Bericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen Entwicklungspolitik) – 28 Seiten / 3,40 €

25/09 – **32. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)** (Predigten, Grußworte Pressestatements. Aus der epd-Berichterstattung), – 64 Seiten / 5,40 €

26/09 – **Die Zukunft des Dritten Weges?** (Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll) – 36 Seiten / 4,10 €

27/09 – **Die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft – Protestantische Antworten auf die Krise** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 60 Seiten / 5,10 €

28-29/09 – **Konfirmandenzeit auf dem Prüfstand – Neue Befunde zur Bildung im Jugendalter** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 96 Seiten / 6,90 €

30/09 – **Renaissance der Kernenergie für Klimaschutz?** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing) – 28 Seiten / 3,40 €

31/09 – Themen: **Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – Die religiös-weltanschauliche Neutralität nach dem Grundgesetz** (Hans Michael Heinig) – 24 Seiten / 3,40 €

32/09 – Themen: **500. Geburtstag von Johannes Calvin** (Festakt der EKD und des Reformierten Bundes) – **Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels** (Auszüge aus der EKD-Denkschrift) – 32 Seiten / 4,10 €

Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik gGmbH  
Verlag/Vertrieb  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

---

## Jahrgang 2009

33-34/09 – 32. **Deutscher Evangelischer Kirchentag**  
(2) (Referate aus den Themenbereichen, Bibelarbeiten)  
– 96 Seiten / 6,90 €

35/09 – **Der Beitrag der Theologie in den gegenwärtigen kirchlichen Herausforderungen** (Referate und weitere Texte eines Symposions der EKD) –  
72 Seiten / 5,90 €

36/09 – **Basic Income Grant – Grundeinkommen in Namibia. Eine Herausforderung für Europa** (Texte zur internationalen Fachtagung der Vereinten Evangelischen Mission gemeinsam mit der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen) – 52 Seiten / 5,10 €

37/09 – **Fundraising in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau** (Konzeption und Implementierung von Fundraising-Management und Fundraising-Beratung) – 48 Seiten / 4,60 €

38/09 – **Vergangenheitsbewältigung in der Kirche** (Festvortrag von Axel Frhr. von Campenhausen) –  
24 Seiten / 3,40 €

39/09 – **Mit den Feinden reden? Liebe über die Nächstenliebe hinaus** (Tagung des Forum Religionen und Weltverantwortung in der Evangelischen Akademie Baden) – 28 Seiten / 3,40 €

40-41/09 – Themen: **13. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen** (Beschlüsse, Berichte) – **Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen** (Beschlüsse, Berichte) – 92 Seiten / 6,90 €

42/09 – **Fundraising im Aufbruch** (Studie zum Stand und zur Weiterentwicklung des kirchlichen Fundraisings in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 36 Seiten / 4,10 €

43-44/09 – Themen: **Wege aus der Prekarität** (Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD) – **Pro und Contra Mindestlöhne** (Argumentationshilfe

der EKD-Kammer für soziale Ordnung) –  
60 Seiten / 5,10 €

45/09 – **Ökumenischer Lagebericht 2009** –  
40 Seiten / 4,10 €

46/09 – »**Kirche im Aufbruch**« – **Zukunftswerkstatt Kassel 2009 der EKD** – 68 Seiten / 5,40 €

47/09 – **Musik und (ihre) Mission**. Im Schnittfeld von Gemeindeentwicklung und empirischer Forschung (Sozialwissenschaftliches Institut der EKD) –  
76 Seiten / 5,90 €

48/09 – **Synoden in Ulm (1)** (u.a. Bericht des Leitenden Bischofs der VELKD, Präsidiumsbericht der UEK, Bericht des Rates der **Evangelischen Kirche in Deutschland**) – 52 Seiten / 5,10 €

49/09 – **Synoden in Ulm (2) (EKD-Synode: Beschlüsse, Berichte, Grußworte, Predigten. VELKD-Generalsynode: Entschlüsseungen)** 76 Seiten / 5,90 €

50/09 – **Gemeindeguratoren – ein Zukunftsmodell?** (Referate einer Konsultation der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig) – 68 Seiten / 5,40 €

51/09 – **Synoden in Ulm (3)** (Schwerpunktthema: Ehrenamt Evangelisch. Engagiert.) – 24 Seiten / 3,40 €

52/09 – **Wie finden Erwachsene zum Glauben?** (Ergebnisse einer Studie des Instituts zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung) –  
36 Seiten / 4,10 €

## Jahrgang 2010

1/10 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2009** –  
60 Seiten / 5,10 €

2/10 – »**Stumme Krise im Osten. 20 Jahre Transformation im Zeichen der Globalisierung**« (Texte einer Tagung in der Evangelischen Akademie Meißen) –  
76 Seiten / 5,90 €

---

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation  
(ISSN 1619-5809) kann im  
Abonnement oder einzeln  
bezogen werden.  
Pro Jahr erscheinen mindes-  
tens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:  
GEP-Vertrieb  
Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt,  
Tel.: (069) 58 098-191.  
Fax: (069) 58 098-226.  
E-Mail: [vertrieb@gep.de](mailto:vertrieb@gep.de)  
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monat-  
lich 25 € inkl. Versand (mit Zu-  
gang zum digitalen Archiv: 29 €).  
E-Mail-Bezug im PDF-Format  
23,50 €. Die Preise für Einzel-  
bestellungen sind nach Umfang  
der Ausgabe und nach Anzahl  
der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den  
Preis eines Einzelexemplars;  
dazu kommt pro Auftrag eine  
Versandkostenpauschale (inkl.  
Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf  
chlorfrei gebleichtem Papier  
gedruckt.